DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

DE KNIPSELKRANT

Resistance
Documents and Analysis
[...]he Illegal Front

****

ABONNEMENT-BEDINGUNGEN

De Knipselkrant kostet 180 Gulden im Jahr incl. Porto. Es erscheinen ca. 45 Nummern pro Jahr ingesammt ca. 1900 Seiten. Seit August 1978 erscheint De Knipselkrant wöchentlich. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch, holländisch und englisch. Die Themen: Bewaffneter Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischer Widerstand, anti-AKW-Bewegung Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Grundlage für die Herstellung der Zeitung sind ca.175 Zeitungen bzw. Zeitschriften, desweiteren anderes uns zugesandtes Material. Deshalb: Wir sind jederzeit sehr interessiert an Erklärungen, Texten und übersetzungen u.a. für die Zeitung. Schickt uns also Material!
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen, und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist, mit einer der letzten Nummern eine Aufforderung, wieder einzuzahlen.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung bzw. - überweisung auf unser Postscheckkonto. (Postscheckamt Arnheim)
Buchläden: Buchläden erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Diesen Rabatt können wir nur gewähren, wenn mindestens 5 Exemplare bestellt werden.
De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland. Postscheckkonto 4246655.

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

Lebenslänglich für alle politischen Gefangenen wird vorbereitet
Hungerstreik für Zusammenlegung kriminell

Politische Berichte 07/86

Die Staatsschutzsenate in der BRD haben in den letzten Monaten den Hungerstreik von Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand für Zusammenlegung in große Gruppen und Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention "aufgearbeitet". Was dabei heraus kam ist einmalig in der Geschichte politischer Strafjustiz: (I)

Bereits im "Stammheim-Prozeß" gegen Andreas Baader u.a. hatte das OLG Stuttgart die Beteiligung an einem Hungerstreik als Unterstützung der RAF kriminalisiert (II). Dieses Urteil blieb aber zunächst vereinzelt und hatte bei den Hungerstreiks 1981 und 1984/85 keine unmittelbare Konsequenz. Mit dem Hungerstreik 1984/85 kam die Regierung zeitweise in eine schwierige Situation: die Aktionen zur Unterstützung der Forderungen der Gefangenen gewannen Gewicht, die GRÜNEN im Bundestag konnten zu einer Gesetzesinitiative gegen Isolationshaft gedrängt werden.

Doch die Geschichte dieses Entwurfs ist bezeichnend für den weiteren Gang der Auseinandersetzung gegen die Isolationshaft. Nach dem Abbruch des Hungerstreiks verschwand auch zunehmend die politische Unterstützung der Forderungen der Gefangenen aus der öffentlichen Auseinandersetzung, und so konnten es sich die GRÜNEN erlauben, den ungeliebten Gesetzentwurf in der Schublade zu lassen und ihn bis zum heutigen Tag nicht der 1. Lesung im Bundestag zuzuführen.

In den folgenden Monaten des Jahres 1985 wurde nicht nur die Isolationshaft in vollem Umfange weiter praktiziert, die Kriminalisierung und Verfolgung des Kampfes gegen die Isolationshaft wurde planmäßig von der Bundesregierung und der ihr zugeordneten Bundesanwaltschaft betrieben.

In allen ab Januar 1985 erhobenen Anklagen des Generalbundesanwaltes wegen § 129a wurde die mitgliedschaftliche Betätigung nach der Inhaftierung als Anklagepunkt eingebaut. Zur ersten Aburteilung war dann das Oberlandesgericht Stuttgart unter Vorsitz des Richters Berroth aufgerufen. Es verurteilte Claudia W. wegen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion in Tateinheit mit Unterstützen einer "terroristischen Vereinigung" zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren. Claudia W. hatte am 20.1.85, also während des Hungerstreiks, zusammen mit dem bei dem Anschlag getöteten Johannes Th. eine Niederlassung der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Stuttgart-Möhringen angegriffen. Beide waren nicht in der RAF gewesen, wollten mit ihrer Aktion die Forderungen der Gefangenen unterstützen und so insgesamt den Kampf für den Aufbau einer antiimperialistischen Front in Westeuropa voranbringen.

Aus dem Urteil gegen Claudia:

"Ganz im Sinne der ihnen aus jahrelang sympathisierender Beobachtung als terroristischen Vereinigung wohlbekannten 'RAF' ... wollten sie sich in die gemeinsame Front einreihen und einen aktiven Kampfbeitrag leisten. Daß sie damit die Möglichkeiten der 'RAF' zu wirksamen eigenen Aktionen förderten ... war ihnen nur recht und wohlbekannt. Damit haben die Angeklagte und Thimme durch ihren Sprengstoffanschlag vorsätzlich eine Vereinigung unterstützt, deren Zwecke oder Tätigkeiten darauf gerichtet sind, Morde, Sprengstoffanschläge und andere schwere Straftaten zu begehen." (III)

Gestützt auf dieses Urteil verurteilte dann am 21.1.86 das Hanseatische Oberlandesgericht Elisabeth M. wegen Unterstützens einer "terroristischen Vereinigung" und gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu 18 Monaten Freiheitsstrafe (IV).



Unterstützung des Hungerstreiks in Hamburg Jan. 1985

Elisabeth hatte am 23.1.85 an einer Aktion in Hamburg-Altona teilgenommen, in deren Verlauf zahlreiche Schaufenster zu Bruch gingen und Flugblätter für sofortige Zusammenlegung und der Losung "Nieder mit den Knästen" zurückgelassen wurden. Gerade diese Parole zeige, so die Staatsschutzrichter, daß "humanitäre Anliegen nur vorgeschützt" gewesen seien. In Wirklichkeit sei es der Angeklagten darum gegangen, "die Terroraktionen der 'RAF' zu unterstützen".

Wie willkürlich jeweils die Begründung im Rahmen des § 129a gewählt wird, zeigt gerade dieses Urteil. Es verzichtet darauf zu behaupten, der Hungerstreik selbst sei eine "terroristische Aktion". Er sei aber von der RAF unterstützt worden, "um ihn propagandistisch auszunutzen" für ihre Ziele, was "auch die Öffentlichkeit sah". Wer wie die Angeklagte in Kenntnis dieses Umstandes den Hungerstreik unterstützte, unterstützte damit auch die RAF.

Das Oberlandesgericht Koblenz weitete mit seinem Urteil v. 4.2.86 gegen Walter H. und Thilo Sch. den Anwendungsbereich des § 129a noch beträchtlich aus (V). Thilo Sch. hatte sich als sozialer Gefangener in der Vollzugsanstalt Saarbrücken dem Hungerstreik angeschlossen. In seiner Hungerstreikerklärung hatte er geschrieben:

"Weil ich selbst erfahren mußte, was es bedeutet, mit totaler Isolation und dem systematischen Entzug aller sinnlichen Reizwahrnehmungen gefoltert zu werden, was es heißt, den zerstörerischen Sonderhaftbedingungen und der lückenlosen Überwachung aller Lebensbereiche in Hochsicherheitstrakten unterworfen zu sein, und weil diese Bedingungen vom Justizapparat zunehmend als Mittel zur Ausschaltung, Brechung und Umerziehung jeglicher Art von Widerstand und unangepaßtem Verhalten konzipiert werden, da das staatliche Vernichtungskalkül also nicht nur auf die Gefangenen aus der Guerilla abzielt, stelle ich mich mit meiner Aktion bewußt in Zusammenhang mit dem Kampf der Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand." Das OLG Koblenz verurteilte Thilo zu drei Monaten Freiheitsstrafe wegen Unterstützens der RAF:

"Die Absicht, der RAF Hilfe für den Hungerstreik ihrer gefangenen Mitglieder zu gewähren, geht aus der Hungerstreikerklärung selbst klar hervor. Sein offenes Bekenntnis im Schlußwort zu einem 'revolutionär-antiimperialistischen Kampf' lassen über seine Beweggründe keine Zwei-

fel aufkommen".

Walter wurde ebenfalls zu drei Monaten verurteilt. Er soll die Hungerstreikerklärung von Thilo in einem Flugblatt verbreitet haben. "Das Flugblatt enthält zwar auch Ausführungen zu – angeblich – unmenschlichen Haftbedingungen. Angesichts des klaren Bekenntnisses zur RAF und den kämpfenden Gefangenen kann es aber nicht ausschließlich als ein Aufruf zu humanitärer Hilfe verstanden werden."

Am 5.2.86 verurteilte das Bayerische Oberste Landesgericht Volker Staub und Barbara Ernst zu je vier Jahren wegen Mitgliedschaft in der RAF. Das Gericht stellte fest, daß den beiden keine konkreten Straftaten i.S.d. § 129a nachzuweisen gewesen wären. Ihr unbedingtes Festhalten an den Zielen der RAF erfordere es aber, nahe an die Höchststrafe von fünf Jahren zu gehen.

Am 20.3.86 verurteilte das OLG Stuttgart Christa E. zu acht Jahren, Ingrid J. zu 9 Jahren und Manuela H. zu 15 Jahren Freiheitsstrafe. Christa und Ingrid wurde neben Mitgliedschaft in der RAF der Zugang zu schweren Waffen, Manuela fünf Schüsse auf Polizisten als "versuchter Mord" zur Last gelegt. Bei allen dreien wurde, so Richter Nagel in der mündlichen Urteilsbegründung, strafschärfend bewertet, daß sie am Hungerstreik "als Mitglieder der RAF teilnahmen, mit dem die Ziele der RAF gefördert werden sollten."

Die vorläufig letzte Ausweitung des Anwendungsbereiches der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" nimmt die jetzt von der Bundesanwaltschaft erhobene Anklage (VI) gegen die Mitte 1985 verhafteten Mareile Sch. und Ingrid B. vor:

Ingrid habe sich spätestens seit dem 30.6.82 der RAF angeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt saß sie, seit Mai 1980 bis Mai 1984, als Mitglied der Bewegung 2. Juni im Knast. Sie habe sich im Knast am Hungerstreik 1981 beteiligt, den "die RAF geplant und vorbereitet" habe, sie habe sich den Forderungen nach Zusammenlegung in großen Gruppen angeschlossen und mehrfach darum bemüht, mit Gefangenen aus der RAF zusammengelegt zu werden. Die Verteidiger schreiben in einer Presseerklärung:

"Mit der jetzt vorliegenden Anklageschrift wird die Konstruktion aufgebaut, daß es möglich sein soll, sich an eine bewaffnet kämpfende Gruppe im Knast anzuschließen und dadurch Mitglied in der RAF zu werden. Dadurch wird mit dieser Anklageschrift jede Lebensäußerung von Gefangenen, deren Kern die politische Identität ist, die sich natürlich vom ersten Tag an und in allem ausdrückt, kriminalisiert ... Dies bedeutet letztlich lebenslänglich Inhaftierung ... Mit dieser Konstruktion versucht die Bundesanwaltschaft (weiter) den gesamten antimperialistischen Widerstand zu kriminalisieren über die Diskussion mit den Gefangenen. Zugleich soll ein Kommunikationsverbot mit den Gefangenen aus der RAF juristisch durchgesetzt werden."



Karlsruhe 26.01.85. Die Klassenjustiz will in Zukunft solche Demonstrationen als Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" unterbinden.

(I) Hungerstreiks in den Knästen führten z.B. nach dem 1. Weltkrieg Mitglieder des Spartakus durch, vgl. Hölz, Vom weißen Kreuz zur roten Fahne, 1929. Auf den Gedanken, deswegen neue Strafverfahren einzuleiten, kam die reichsdeutsche Klassenjustiz jedoch nicht.

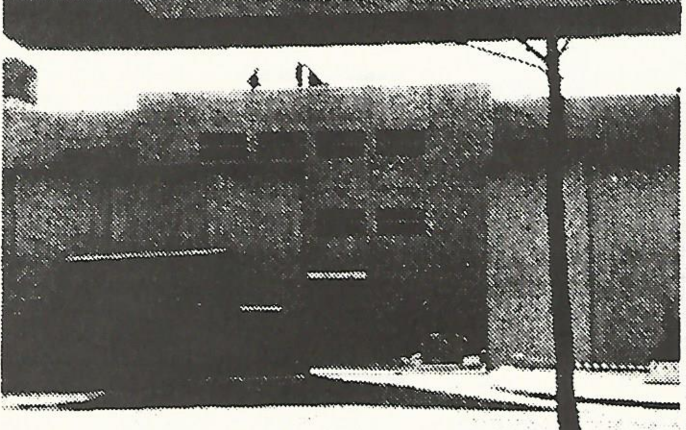
(II) OLG Stuttgart, Anw.bl.75,244

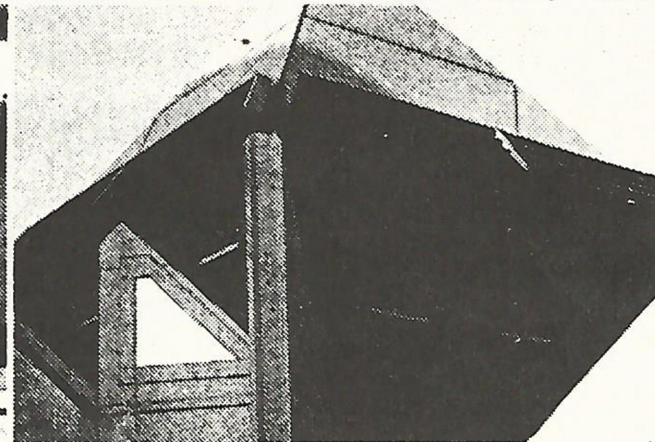
(III) OLG Stuttgart, Urteil v.23.10.85, 5-1 StE 5/85

(IV) OLG Hamburg, Urteil v.21.1.86, 2 OJs 4/85

(V) OLG Koblenz, Urteil v.4.2.86, OJs 7/85

(VI) Anklage gegen Mareile Sch. u. Ingrid B. v.5.2.86, 1 BJs 104/85 – (hem)





Hochsicherheitstrakt in Bielefeld: Statt Fenster Sehschlitze. Die Isolationshaft von politischen Gefangenen soll in den Trakten lebenslänglich dauern.

129a Prozess gegen Heidi Hutt

demnächst beginnt der prozeß (129a) gegen heidi hutt vor dem oberlandesgericht in ffm. in dem prozeß geht es um den vorwurf, das heidi die raf 1984 unterstützt haben soll. und zwar stützen sich die staatsschutzorgane auf die tatsache, daß heidi (sowie auch andere menschen) einen schlüssel zu der wohnung bergerstr. 344, in der wohnung wurden am 3. juli helmut pohl, ingrid jakobsmeier, barbara ernst, volker staub, stefan frey und christa eckes verhaftet.
wir wollen hier was zu dem prozeß gegen heidi sagen.

als die bka bullen heidi am 9.7.84 aus dem krankenhaus (wo sie wegen blindarmentzündung bzw. verdacht auf magengeschwür) verschleppen wegen 'verdacht auf unterstützung der raf' ist klar, daß nicht die konkreten tatsachen ausschlaggebend sind, sondern wie sie heidi mitgekriegt haben in stundenlangen verhörversuchen (wo sie daernd sagten, sie sei da zeugin - wenn sie aber nix sage, dann beschuldigte) - in denen heidis kontakte durchgeleuchtet werden sollten und ihre politische meinung, politische geschichte kamen sie da einfach nicht durch.
der deal - den sie da vorhatten um da irgendwie weiterzukommen: entweder heidi erzählt ihnen alles über sich, ihre kontakte ihre meinung und deren meinung etc., etc., oder heidi bekommt eine gepfefferte konstruktion angehängt lief nicht in ihrem sinn.
die tatsache, daß heidi sich mit dem antagonistischen widerstand auseinandersetzt (gefundene materialien in ihrer wohnung: zur zusammenlegungsinitiative der gefangenen aus raf und widerstand, helgasprozeß, erklärungen, material gegen nato, broschüren zu militärischen einrichtungen, zu msr etc., etc.) gab dann den rest. in der anklageschrift heisst es dann auch zur begründung der konstruktion 'heidi habe mit illegalen kontakt aufgenommen und ihnen die wohnung besorgt':
1) auf die frage nach ihrem verhältnis zur 'raf' hat sie sympathie für diese vereinigung bekundet und auf gewaltanwendungen angesprochen wörtlich zu protokoll gegeben: "die leute, die gewalt anwenden, werden ihre gründe haben."
2) '..ein aktenordner mit kopien von briefen inhaftierter 'raf'-mitglieder, prozessberichten, prozeß-erklärungen, hungerstreikinfos (81) und anderen schriften aufgefunden..'
3) 'einen von der angeschuldigten handschriftlich verfasster briefent[illegible]e frauen...hatte..mich für die auseinandersetzung an der militärstrategie entschieden..dannmit anderen gemeinsam an den fehlern und wies weitergehen kann, überlegt..kam mir zu bewußtsein, daß die auseinandersetzung mit den pol. gefangenen für mich eigentlich immer am wichtigsten waren, daß ich darin..gespürt habe, daß ne politische indentität über das zusammenkommen möglich ist, widerstand so zu entwickeln, daß zwischen widerstand und staat wirklich die machtfrage gestellt wird."
das war der konkrete boden auf dem sie heidis 'schuld' festgestellt haben - ihre indentität.
entsprechend wird heidi nach rebmanns pressekonferenz am 11.7. ein heitlich aufgebaut: 'neu rekrutierte', 'wohnungsbeschafferin', 'hat militärische einrichtungen für die raf ausgespäht', 'kurier', etc. damit verfolgen sie verschiedene ziele - zum einen die immer neu aufgewärmte denunziation der guerilla und des selbstbestimmten widerstands indem sie ihre faschistischen strukturen von befehls- und empfängertypen reinprojezieren, dann: der behauptete einheitsbrei (konkret) vom widerstand und der guerilla - was sich ja später in dem gesamtraf konzept konkretisiert und als letztes: die konkrete vor-

bereitung von heidis einknastung.
als heidi einfährt geht der versuch der bullen sie/ihre indentität zu brechen, weiter. psychoterror indem die bullen eltern und geschwister unter druck setzen (zb ruft der vater weinend im Knast an, während mai hinter ihm steht.) die eltern bekommen schauermärchan suggeriert (sachen die in heidis wohnung waren - mottorradkobis zum beispiel seien beim überfall in würzburg wahrscheinlich verwendet worden) und gehen mit den dingern im kopf zum besuch - wobei 4-5 bka-ler dabei sind und das ganze beobachten. permanente verhörversuche etc.
heidi macht dem ganzen ein ende, indem sie anfängt für sich zu überlegen, wie sie es von drinnen aus für sich weiter will - welchen anderen gefangenen sie schreiben will. kann ab dem moment, wo sie sich entscheidet auch ihnen gegenüber anders auftreten. zb. schmeisst sie eine bka-tante aus der zelle.
heidi kommt im september (mitte) 84 raus - ihr prozess ist jetzt - über anderthalbjahre später.
in diesen anderhalb jahren hat sich eine menge entwickelt. einmal zerstört der imperialismus selbst mit jedem neuen konkreten imperialistischen projekt auch den letzten schein von politischer legetimität/bzw. menschlicher perspektive auf der anderen - unserer - seite wachsen die auseinandersetzungen in ganz europa gegen nato/ kapital/imperialismus und entwickelt sich durch die bewußten kämpfe - den widerstand im politischen zusammenhang der strategie der guerilla zu entwickeln - <u>gemeinsame</u> wirkung und politische perspektive.
in dem maß, wie sich die kämpfe für unsere politische zukunft weiterentwickeln, wird die funktion der imperialistischen justiz als mittel der vernichtung des widerstands immer offener - und je weniger sie sich um den 'schein ihres systems kümmern müssen, weil der sowieso dahin ist - faschistischer.
als die sechs im sommer 84 in der bergerstr. in ffm verhaftet, quillt kurz darauf ihr entsetzen durch die staatsschutzmedien. daß die guerilla nicht tot ist. wie ('phoenis aus der asche') sich immer neu weiterentwickelt. daß die vorher gelandeten schläge - verhaftungen von christian, brigitte, heidi und später manuela happe eben nichts 'vernichtet' haben. faz v. 4.7.: 'verwunderung darüber, daß es sie terroristen noch gibt...' und 'das erstaunen über immer neue festgenommene' trotz beispiellosem apparat. besonders 'erstaunt' sie die tatsache, daß unter den festgenommenen welche sind - die sie nicht kennen, die sie nicht identifizieren können - 'über die bisher keine kenntnisse vorliegen', 'bisher nicht mit te in verbindung gebracht...'. daran bricht ihr konzept der psychologischen kriegsführung des alles wissenden apparats, der traum des gläsernen menschen von herold.
<u>das</u> trifft sie in einer politischen situation - wo sie dachten den widerspruch/widerstand gegen ihr imperialistisches projekt nato-brd (konkret im herbst 83 - stationierung der msr) langfristig plattgewalzt zu haben: durch spaltung 'gewaltfrei', 'militant', erfassung hunderttausendfach, repression (observation, verfahren etc.) stattdessen entwickelt sich weiter subjektiv, politisch und konkret der prozess des widerstands - ohne, daß sie das überhaupt ticken, einschätzen können. als unkalkulierbar wie und was sich weiter gegen sie entwickelt.
auf dem boden dieser tatsache und ihrer schiß davor bestimmen sie

ihre weiteren schritte:
einmal gegen heidi konkret, und dann mit geballter kraft als sich in der offensive der gefangenen, des widerstands und der westeuropäischen guerilla (ad/raf) im winter/frühjahr '85 genau diese für sie unkalkulierbare vereinheitlichung der kämpfe konkretisiert.
anfang '85 erklärt shulz ihren schmutzigen krieg gegen den weltweiten widerstand gegen den imperialismus zur offiziellen us-nato-kriegsdoktrin. 'prävention und vergeltung' gegen den internationalen 'terrorismus' und sagt dazu 'dieser krieg wird nicht sauber und erfreulich sein'.
wir wollen jetzt mit ein paar beispielen verdeutlichen, wie die brd seitdem diesen krieg auf der ebene der justiz mit forciert hat:
anfang januar '85 werden rainer l. und guido w. festgenommen. sie kämpfen für die zusammenlegung der hungerstreikenden gefangenen. angeblich haben sie zwei fensterscheiben einer bank eingeworfen und einen brandsatz bei einem kaufhaus gelegt. die anklage: 'unterstützung einer terroristischen vereinigung'. in vier wochen vom juni bis juli '85 werden sie in einem eilverfahren (wo sie ohne vertrauensanwälte sind) zu drei jahren ohne bewährung verurteilt.
19. januar '85 - an der uni in kaiserslautern läuft eine veranstaltung zur situation der politischen gefangenen in der brd. die politische auseinandersetzung nach dieser veranstaltung über die bestimmung der nächsten schritte für die zl versucht der staatsschutz durch bullen und justizterror zu verhindern: werbungsversuche, vorladungen, terror am arbeitsplatz, bei den eltern etc. legitimiert wird das ganze über das konstrukt gegen sieben leute 'bildung und mitgliedschaft in einer kriminellen vereinigung' - später 'unterstützung einer terroristischen vereinigung'.
20. januar '85 - nach einer militanten aktion gegen das gebäude der DVFLR (dt. verein für die forschung luft- und raumfahrt) in stuttgart - bei der johannes thimme ums leben kommt - wird claudia wannersdorfer schwer verletzt festgenommen. kern der anklage - 'unterstützung der raf' - trotz schweren verletzungen kämpft claudia weiter. sie wird ende november '85 zu 8 jahren verurteilt.
15. märz '85 - in hannover wird das unz (jugendzentrum kornstraße) und sechs wohnungen durchsucht. ermittlungsverfahren wegen 'werbung und unterstützung der raf'. auslöser/vorwand: ein artikel der nr. 8 der scene zeitung hangover. dort heißt es: 'widerstand heißt angriff, zerschlagt die nato, zerschlagt den staat, zerschlagt den aufstandsbekämpfungsapparat. zl der gefangenen aus raf und widerstand.' das ganze sollte möglichst unbemerkt passieren, einem fotografen wird mit festnahme gedroht falls er aufnahmen macht.
1. mai '85 - auf der demo zum 1. mai in münchen wird die parole 'freiheit für alle politischen gefangenen' und ein auf ein transparent gemaltes bild von ulrike anlaß gegen 15 genoss-inn-en ein ermittlungsverfahren wegen §129a einzuleiten.
3.juli '85 - ingrid barabass und mareille schmegner werden in ffm von sek kommandos festgenommen. alle zeugen der überfälle werden vorübergehend festgenommen. eine drei wochen vorher gefundene 'konspirative' wohnung soll dafür herhalten, daß die beiden legalen genossinnen 'mitglieder der raf' sind. bei ingrid heißt es 'mitgliedschaft' seit 1982, als sie im knast saß und wegen Bewegung 2. Juni verurteilt war.
30. juli '85 - hausdurchsuchung in münster und osnabrück. begründung: ermittlungsverfahren wegen 'unterstützung einer terroristi-

schen vereinigung' und 'herbeiführung einer sprengstoffexplosion' (bezieht sich auf einen anschlag der während des hs auf das türkische generalkonsulat in münster gemacht wurde.) . auf ihrer liste der beschuldigten steht auch anne holling, die zum zeitpunkt der aktion in knast und für die zl im hs war.
7. november '85 - hausdurchsuchung in ffm. begründung: ermittlungsverfahren gegen annr r. - einer aii genossin - wegen 'mitgliedschaft in der raf'. sommer 84 war sie für die staatlichen behörden nicht mehr auffindbar/kontrollierbar. dann: frühere kontakte zum 'umfeld' und durch 'fingerabdrücke auf material' (aus heidi's wohnung) bewiesene auseinandersetzung mit 'der ideologie der raf'. das ist: die auseinandersetzung mit den politischen gefangenen, insbesondere die forderung nach zl, material gegen die nato hier und weltweit, prozeß erklärungen von gefangenen, erklärungen der raf, von militanten etc. anne wurde im polizeipräsidium ed 'behandelt' und war nach zwei stunden wieder raus.
20. november '85 - erster prozeß gegen angehörige. konkret gegen irene klar: die angehörigen hatten während des hs am 6.1. vor dem privathaus des vorsitzenden im stammheimer verfahren, knospe, die zl der gefangenen aus der raf und dem widerstand gefordert. im anschluß an die aktion wurden alle festgenommen und zur ed-'behandlung' gebracht. sie waren mehrere stunden festgehalten, beschimpft, gedemütigt und körperlich mißhandelt worden. irene hatte sich geweigert und wurde dann - nach monatelanger hetze gegen die angehörigen in den medien - in einem pilotverfahren zur angeklagten. fadenscheinige verfahrensbegründung 'widerstandtgegen vollstreckungsbeamte'. das zielte gegen alle angehörigen konkret.
29. januar '86 - kurz vor dem aii- und anti-kap kongress in ffm leitet generalbundesanwalt rebmann zwei ermittlungsverfahren ein. eins gegen 'unbekannte veranstalter', wegen 'mitgliedschaft in der raf' und eins gegen drei konkrete leute, die den kongress angemeldet bzw. die räume gemietet haben wegen 'unterstützung einer terroristischen vereinigung'.
4. februar '86 - wird das urteil gegen thilo schlepper und seinen freund wegen 'unterstützung der raf' gesprochen: thilo war während des hs selbst im knast (wegen wehrdienstverweigerung) und hat sich dem hungerstreik angeschlossen um die forderung der gefangenen zu unterstützen. sein freund draußen soll seine begründung für die solidarität mit dem hs für andere 'zugänglich' gemacht haben. kaum ist thilo draußen wird er zusammen mit seinem freund wieder verurteilt: 3 monate.
als rebmann anfang '85 anfängt die konstruktion der 'vier ebenen der raf' zu propagieren (die auf tausende leute zielt: angehörige der politischen gefangenen, anwälte, besucher von politischen gefangenen, anti-imperialisten, die sich mit der politik der raf auseinandersetzen und den kampf für die zusammenlegung unterstützen, die gefangenen selbst) legt er den grundstein dessen wie die doktrin der 'prävention und vergeltung' hier auf justizieller ebene umgesetzt werden soll. es ist die konstruktion der 'gesamtraf' mit der sie durch die justiz versuchen den prozeß der politischen vereinheitlichung für das gleiche ziel - befreiung vom imperialismus - zu vernichten.
es ist die schiene um 'spezialpräventiv' (rebmann auf pressekonferenz mitte '85) die menschen kriminalisieren - die bewußtsein/identität für das gleiche ziel entwickelt haben, bzw. weiterentwickeln.

'd.h. justiziell verrechtlicht artikuliertes revolutionäres bewußtsein, bzw. solidarität wird zum 'delikt'. konkret: 'unterstützung' (z.b. prozeß und gefangenenbesucher, angehörige-...) und 'mitgliedschaft' in bezug auf die gefangenen solange sie leben, weil die politische indentität von unserem leben nicht zu trennen ist.' (christa eckes 25.7.)
während dem hungerstreik unserer gefangenen genoss-inn-en 84/85 schreiben iranische genoss-inn-en in einer grußadresse über die situation in ihrem land: '...die tiefen sozialen gegensätze und weit verbreitete armut der bevölkerung im nahen osten führt immer wieder zu aufständen und massenbewegungen gegen das herrschende system, wobei jeder mensch einen potentiellen kommunisten darstellt.'
weil der imperialismus der absolute widerspruch zu menschlichkeit ist: heißt 'präventive' maßnahmen gegen den widerstandt zunehmend schon die politische identität des menschen als todfeind ihres systems zu sehen. wie im fall von heidi und hunderten anderen. die neuen sicherheitsgesetze wollen das auch im kern. identitäten früh erkennen zu können um sie zu vernichten.
in diesem zusammenhang sehen wir den prozeß jetzt:
Heidi hat die versuche der vernichtung ihrer identität sehr konkret zu spüren bekommen - schon vor und als vorbereitung auf den prozeß: terrorobservationen meistens nach sachen die vom widerstand gelaufen sind - aktionen anfang '85, nach der air base aktion und nach dem kongreß in ffm vom 31.1.-4.2.86.
im september '85 in der nähe ihrer wohnung - fährt eine karre mit drei typen drin neben ihr im schritt-tempo. sie wundert sich, guckt rein und sieht in den lauf einer knarre, die der eine typ auf sie richtet. nach ein paar sekunden, wo sie total erstarrt, braust der wagen los und verschwindet.
es gab da ende '85 schon einen zwischenfall gegen einen genossen aus dem norden: er wurde von einem zivilbullen in der nähe seiner wohnung auf offener straße angefahren. der zivilbulle stieg dann noch aus seinem bmw aus - nimmt den knüppel mit - hält ihn über den kopf des verletzten und sagt: 'ich bring dich um'.
oder nachdem angela senftleber am 19.1.86 verhaftet wurde und sie sich gegen dumme verhörversuche ehrt, sagt ein zivilbulle, der bei ihrer verhaftung dabei war: '...ne richtige futt bist du, wenn ich dich das nächste mal festnehme, schlag ich dich tot.'
am 14.1. wird heidi - in der nähe ihrer wohnung - von vier typen, einer tante und einer knarre im bauch in einen bereitstehenden pkw gestoßen. die bullen haben es sehr eilig, sie wollen keine zeugen. erst ins polizeipräsidium, dann klapperfeld bis zum nächsten morgen, dann wieder pp und dann unter dem vorwand es ginge nach wiesbaden mit zwei zivilen pkw und blaulicht quer durch die stadt zum rebstockgelände, durch feldwege zu einem platz, wo ein bgs hubschrauber steht - dort eingeladen ohne zu sagen wohin. erst als der flug vorbei ist (außer heidi sind zwei bkaler, eine tante, ein bundesanwalt und die zwei piloten drin) kriegt heidi mit, daß sie in hannover ist. dort sitzt sie mit den bullen ca 1 1/2 - 2 stunden rum, ohne zu wissen, was das überhaupt soll. da läuft dann eine verdeckte gegenüberstellung. wie der anwalt erst später erfährt. diese verschleppung wird in der presse mehrere tage (in der taz mit name, sonst ohne) gebracht. im zusammenhang mit annelie beckers verhaftung und die von angela senftleber: 'zwei weitere frauen, die dem terroristischen umfeld der raf zugerechnet werden.

eine von ihnen, eine 25-jährige studentin, hatte schon '81 zwei monate wegen des verdachts in u-haft gesessen, konspirative wohnungen vermittelt zu haben.' (stuttgarter zeitung 15.1.) 'bei den festgenommenen handele es sich um eine 35-jährige frau und ein 25-jährige studentin, die zum umfeld der raf gezählt würden, nach denen aber noch nicht mit fahndungsplakaten gesucht worden sei.' (bonner nachrichten 15.1. und wiesbadener kurier). die 25-jährige frau, die als mutmaßliche unterstützerin der raf bezeichnet wird' (wiesbadener kurier und bonner nachrichten vom 15.1.).
am 19.2. bekommt heidi eine besuchsablehnung bei angela mit der begründung sie sei verdächtigt - zusammen mit angela 'unter falschem namen' eine wohnung beschafft zu haben. woher dieser 'verdacht' kommt, steht da natürlich nicht.
wie denn auch, wir denken - daß es eine der methoden ist, wie der staatsschutz sich auf den prozeß vorbereitet: weil sie den vorwurf vom sommer 84 mit nichts begründen können - außer heidis politischer identität, versuchen sie es mit einer anhäufung von konstruktionen, bei der ihnen auch die presse unter den arm greift - da sind es dann schon mehrere wohnungen, die sie 'besorgt' haben soll.
wir denken, daß die sachen, wie sie sie bis jetzt gegen heidi konkret gebracht haben, klar zeigen:
einmal, daß sie auf knast gegen sie aus sind und versuchen das reine gesinnungsurteil durch konstruktion zu verstecken, aber auch, wie sie sich das für die zukunft vorstellen, über 'gesamtraf' (das steckt auch hinter dieser formulierung 'noch nicht' fahndung) den gesamten widerstand kriminalisieren zu können.

Im September 1985, es war ein Samstagnachmittag an dem die Straßen wie leer gefegt waren, ging ich auf dem Marbachweg entlang. Ich merkte wie hinter mir ein Auto anfuhr. Ich ging auf dem Bürgersteig, das Auto fuhr in die Richtung in die ich ging - also auf der anderen Straßenseite. Es fuhr mit einem Meter Vorsprung neben mir her, so daß ich die Gesichter nicht sehen konnte. Als ich an dem Stück ankam, an dem ein Parkgelände an den Bürgersteig angrenzt - also ein ungeschütztes Teil - fuhr der Wagen langsamer und aus dem Fenster wurde eine Knarre gehalten, die in meine Richtung zielte. Ich realisierte nicht sofort was da geschah und dachte nur: Mensch, sind die Kinder schon verrückt geworden. Dann kam es mir komisch vor, denn die Knarre wurde mit fester Hand zielgerichtet gehalten. Ich bemerkte dann, das in dem Auto gar kein Kind saß, sondern drei Typen die ich nur von hinten sehen konnte.
Das Kennzeichen hatte eine Offenbacher Nummer. Das ging eine kurze Weile so, dann gaben sie Gas und bogen total schnell die nächste Straße rechts rein.
Ich dachte mir dann: so ist das also wenn Geheimdienstkommandos auf den Plan treten um uns zu zeigen das sie uns jederzeit verhaften können, oder wie hier: das sie auch bereit sind zuschießen. Vielleicht drücken sie das nächste Mal ab.

Ich sehe das hier als einen Versuch mich einzuschüchtern. Gegen mich läuft seit Juli '84 ein Verfahren wegen 129 a.
Und in der Woche in der das passierte, die Bullen die Aktion machten, bekam ich mitgeteilt das der Prozeß voraussichtlich Ende November beginnt. Ich denke, daß sie damit eine Situation schaffen wollten, in der ich mich nochmal entscheiden sollte: entweder für sie - und wenn nicht, dann: Vergeltung.

Als ich damals dann nach Hause ging, mußte ich an die Berichte und Erfahrungen von Genossen aus anderen Ländern denken (z.Bsp. Lateinamerika). und an Verhaftungen von Genossinnen hier (z.Bsp Inge, Ingrid, Mareile, Helga) und was sie dazu sagten / es erlebten. Das war wichtig für mich damit kein Horror aufkam Dann fiel mir noch ein was ein Palästinenser mal sagte und damit wurde mir das Vorgehen der Bullen als Reaktion klarer.

Das was der Genosse sagte finde ich treffend für die Situation jetzt:

"...es ist doch klar, daß ihr kriminalisiert werdet, daß dieser Staat euch noch in einem ganz anderen Ausmaß kriminalisieren wird wenn ihr euch ihm organisiert als revolutionäre Kraft entgegen stellt - aber diese Fragen müssen praktisch gelöst werden, und was nützt es ihm, wenn er tausende von Revolutionären ins Gefängnis wirft, wenn dafür zehntausende aufstehen und weiter = kämpfen ..."

14. 1. - 14 uhr:

als ich kurz vor dem studiewohnheim ankam (da wohne ich), sah ich dort in der ecke/ gegend typen rumstehen, die scheinba r nichts zu tun hatten. das ist für die zeit dort ungewöhnlich. dann, als ich am eingang angelangt war und die stufen raufgehen wollte, hörte ich hinter mir lautes rennen. in dem moment, in dem ich mich rumdrehen wollte, wurde ich an die mauer vom treppenaufgang geschmissen. vor mir standen ca. vier typen und eine tante. der bka'ler, der mir gegenüber stand, richtete eine knarre auf mich. ein anderer brüllte: "ausweis her. sie sind verhaftet". ich war so erschrocken daß ich tatsache meinen ausweis rausholte. währenddessen der bulle mir den ausweis abnah.m, brüllte ich was los sei. ein anderer suchte mich nach waffen ab und nahm meine tasche. dann nahm er handschellen aus seiner tasche. in dem moment kam ein student aus dem studiewohnheim. ich rief ihm zu, daß er den ra scherzberg anrufen soll , nannte meinen namen und er sollte ihm sagen, das ich festgenommen sei. als der student raus= kam und ich ihm zurief, steckte der bulle die handschellen ganz fix wieder in die tasche. das war für mich ein signal was mir zeigte, daß die verhaftung so angelgt ist, daß es niemand mitkriegen sollxxdammx- also verschleppung. ich brüllte ab jetzt um so lauter, brüllte auch um hilfe, doch die einzige passantin (außer dem student) war eine ältere frau legte einen schnelleren schritt zu - gekümmert oder so hat sich niemand.
ich rief nochmal den namen von dem anwaltund das der student da anrufen soll. die bullen wollten mich so schnell wie möglich von der straße weghaben, ich weigerte mich in dem ich mit den armen um mich haute, außerdem lief ich zur straße hin damit mehr menschen d.id die situation mitkriegen. die bullen liefen hinterher, schnappten mich , dann flog ich mit dem kopf zuerst auf den boden. ein bulle kniete sich auf meine beine, ein anderer hielt mich an den schultern fest, und drückte mich und meinen kopf auf den boden. die arme haben sie auf dem rücken mit handschellen gefesselt. die handschellen waren viel zu fest und schmerzten. sie schleiften mich zu zweit über die straße zum auto hin. ich brüllte dem student, der immernoch ganz entgeistert am eingang stand und zuschaute, andauernd zu das er den anwalt benachrichtigen soll. die bullen waren hektisch, es dauerte ihnen alles zu lange. als ich im auto war, besprachen sie sich kurz: dabei ging es darum, ob der eine noch einen streifenwagen holen soll oder nicht. der andere b. meinte: nee, jetzt weg hier.

polizeipräsidium, ca. 14 uhr 3o

sie brachten mich im pp in einen bullenarbeitsraum, da saß ich einen moment lang- dann ging's in einen anderen raum, in dem ich durchsucht wurde. hier wurden mir die hand= schellen abgemacht. ich mußte mich nackt ausziehen, die klamotten wurden kontrolliert am körper und rectal (sagt man doch so?). ich fragte wiederholt was das soll und was üb überhaupt los sei. da meinten sie, daß ich das noch früh genug erfahren werde. ich fordert ständig, daß ich mit dem anwalt sprechen will. nach der körperkontrolle wurde ich in den flur gebracht. dort stand eine horde von bullen, unter ihnen tietze. ich forderte nochmals, daß ich den ra sprechen will. da sagte titze,"daß er das"für mich" macht. ich soll ihm die telefonnummer geben. ich sagte nein und das ich das selber machen will. dann fing er an zu grinsen (die anderen b. die da noch immer rumstanden grinsten auch) und fragte, ob ich ihnen mißtrauen würde. ich antwortete, daß ich mich auf b. nicht verlasse, ich mit ihnen nix zu tun habe. dann wurde ich ins gewahrsam gebracht. mittlerweile war es ungefähr 15 uhr.

ca. 16 uhr.

nach einer stunde warten, hörte ich draußen vom flur her schreie und gerangel. dadurch habe ich erfahren das angela auch festgenommen war, denn ich erkannte ihre stimme. ich bollerte gegen die tür und rief was sie mit ihr machen. dann war stille, ich glaube, sie haben versucht sie da zur ed - behandlung zu bringen.

ca. 16.2o uhr:

bullen kamen in die zelle und wollten mich zum"fotographieren"abholen. ich sagte, daß

ich das nicht mache und sie photos von mir haben. ich weigerte mich mitzugehen. sie zogen mich dann in den flur. als sie merkten, daß ich mich weiterhin weigerte, fingen sie an zuzuhauen. ich landete wieder auf dem boden. der b. kniete auf meinen beinen. währenddessen er dasxmachte mir die handschellen anlegte, sagte er zornig: "immer das gleiche mit euch alten zecken".
im ed-raum standen schon mindestens acht bullen rum, unter ihnen tietze. mir wurden die handschellen abgemacht. im raum stand auch der b. mit der kamera. meinen kopf hielt ich nach unten. der fotograph stellt sich immer so, daß er mir gegenüber steht. sie sagten das sie die fotos sowieso bekommen würden. dann kam ein b. und wollte mir die prints nehmen. ich sagte, daß sie das doch schon alles haben, und das ich das nicht machen lasse. der meinte daraufhin: "jetzt wollen wir doch nur die kuppen". das war natürlich quatsch, denn sie haben sehr genau von allen seiten die abdrücke gemacht. mir schmerzten noch meine arme, so daß ich dort zu schwach war mich zu weigern, sondern den moment nahm um zu überlegen wie ich jetzt weiter will. darin entschied ich, daß ich mich auf alle fälle gegen das fotographieren kämpfen werde.
ich hielt meine hände vor das gesicht. mir gegenüber postierte sich der fotograph. rechts neben mir stand tietze und auf der linken seite ein anderer b. die übrigen b. waren im raum verteilt. tietze versuchte auf mich einzureden und meinte: "wir kriegen die fotos doch sowieso, und wenn es sein muß auch mit gewalt. das wir da machen wissen sie ja noch von '84." (ich habs den damals nicht gesehen). als sie merkten, daß sie mit den drohungen ihr ziel nicht erreichen, zog sich der eine b. die hemdsärmel hoch und tietze sagte: "na, sie wollten es nicht anders". dann griff er in meine haare und zog den kopf nach hinten. hinter mir stand ein b., der meine arme nach hinten zerrte und verschränkt festhielt. ein anderer b. stand links auf der seite und hielt mit beiden händen die wangenknochen fest. der "fotograph" knipste fortwährend. ich verzog das gesicht -machte grimassen - weil das meine letzte möglichkeit war meine entscheidung -keine fotos - trotz der folter durchzukämpfen. die ohren wurden im übrigen extra fotographiert. als sie dann von mir abließen waren sie ziemlich sauer. ich dachte mir, daß sie irgeneinen trick anwenden werden um noch ein foto zubekommen. so war ich darauf vorbereitet, daß sie entweder irgendwo auf dem flur stehen oder aus einem der büros rausknipsen würden. deswegen hielt ich mir auf dem weg zum gewahrsam mit meinen händen das gesicht zu. - während der ganzen tortur forderte ich das telefongespräch mit dem anwalt.
auf dem weg zum gewahrsam stand nirgends der fotograph. doch im gewahrsam selber lief dann der trick: ich wollte wissen ob angela noch da ist und wollte immer durch den durchgang hin zu den zellen rufen. die b. bauten sich um mich herum im kreis auf und stupsten mich immer wieder zurück. ich bin dann davon ausgegangen, daß angela da sein muß und sie mich abhalten wollten zu rufen. mit meinem arm schob ich den einen b. zur seite und reckte mich halb durch die tür und rief über den flur nach angela. in dem moment blitzte es: der b. stand mit seiner kamera in dem gang vor den zellen. er hatte nur auf den augenblick gewartet. das ganze -mit abhalten- war ein abgechartertes spiel. ich war wütend und fing an um mich zu heuen. dann warfen sie mich wieder auf x den boden, tietze und noch ein b. schlugen auf mich ein. ich brüllte: 'ihr schweine'usw. die bullen trugen mich dann zu zweit mit ihren b-griffen zur zelle, der eine gab mir noch einen fusstritt in den rücken und dann flog ich in die zelle.

<u>ca 17.15 uhr</u>

ein b. kommt uknd sagt, dass ich <u>jetzt</u> den anwalt anrufen kann. der war nicht in seinem büro und seine kollegin meinte, dass er auch erst später kommen wird. dann sprach sie noch mit dem bkaler salmen und wollte wissen um was es geht. der meinte nur: um eine gleichgelagerte sache wie 84.

nach dem gespräch kamen flabh und salmen- beide bka- und wollten wissen ob ich mit ihnen rede. ich verneinte und wollte wissen um was es überhaupt geht. da meinte flach: 'das können sie sich doch denken'. salmen:' ihnen fällt doch bestimmt was zu hannover ein.' dann sagten sie noch irgend nen namen und guckten wie ich reagiere. ausserdem würden sie keine auskunft geben wenn ich nicht mit ihnen reden will. dann sagten sie kurz, dass ich mit angela verdächtig bin, eine wohnung in hannover besorgt zu haben.

<u>2o.oo uhr</u>

fahrt ins klapperfeld

<u>22.oo uhr:</u>

besuch vom anwalt, der auch keine genaueren informationen hatte. er wusste nur, dass für den fall, daß ich am nächsten morgen nicht rauskomme - ich dem haftrichter vorgeführt werden.

<u>15. januar</u>

<u>8.oo uhr:</u> fahrt ins pp, warte in der zelle bis:

<u>11.3o uhr:</u> es kommen zwei b. von einem sondereinsatzkommando in die zelle, militärisches auftreten. der eine ist über sprechgeräte mit den b. draussen ständig in verbindung.(soweit ich mich erinnere hatten sie knarren bei sich, bin mir aber nicht mehr sicher.)der b. sagte: 'frau hutt, ich lege ihnen jetzt handschellen an, wenn sie sich wehren, muss ich auch gewalt anwenden. das sage ich ihnen gleich.'
ich sagte, dass ich rauskommen sollte oder dem haftrichter vorgeführt werde und wollte

wissen, was das jetzt sei. er sagte, dass er mich nach wiesbaden bringt(die baw will mit ihnen dort reden') und dass es eine kurze fahrt von minuten sei. dann wiederholte er die drohung mit gewaltanwendung. gefesselt wurde ich ins auto gebracht. vorne sassen die SEK - b. , der beifahrer hatte das maschinengewehr auf seinen beinen liegen. dann fuhren noch zwei wagen zur begleitung mit, in zivilwagen und mit blaulicht fuhren wir ungeheuer schnell durch die stadt. sie fuhren richtung rebstockgelände. ich dachte, dass ist doch niemals der weg nach wiesbaden. sie fuhren dann ganz langsam in einen kleinen ungepflasterten matschweg, eine gegend in der keine menschen mehr waren und stellten das blaulich t ab. über den kleinen weg, der mir ewig lang erschien, ging es zu einem sportfeld (wie ich später erfuhr, ist das der b.-Sportclub grünweiss) , welches mit b., die mp's im anschlag hielten abgeriegelt war. auf dem sportfeld stand ein hubschrauber vom bgs. mai (bkaler) und der bundesanwalt hoffmann, salmen und eine bka- tante warteten da. ich dachte, dass sie mit dem hubschrauber nach wiesbaden fliegen. der flugweg dauerte ziemlich lang und nachdem eine halbe stunde vergangen war, war ich mir sicher, dass sie woanders hinfliegen.

ca 13.00 - 14.00 Uhr: Der Hubschrauber landete auf einem genauso abgesicherten Sportplatz in Hannover. Beim Aussteigen fragte ich wo wir sind und was das soll. Nach einem kurzen Moment des Überlegens sagte salmen: 'in Hannover'. ich: 'wieso Hannover, mir wurde gesagt, es geht nach wiesbaden.' salmen:' wer hat das gesagt?' daraufhin sagte ich ihm, dass der Bulle, der mich abgeholt hat, mir das sagte. Er reagierte nicht mehr.
ca. 14 Uhr: Die Autofahrt ging ins pp von Hannover. Die Hände waren mir auf der Fahrt auf dem Rücken gefesselt. Sie schleußten mich über einen Gang, der voll mit b. war in einen Aufenthaltsraum von Ihnen. Ich mußte mich auf einen Stuhl setzen, den sie merkwürdig in die Mitte des Zimmers gestellt hatten. (anfänglich hatte ich mich sofort auf ein sofa gesetzt und wollte von dem Platz erst nicht weg, dann gabs ne rempelei und ich bin dann zu dem Stuhl). Ich saß da ca. eineinhalb bis zwei Stunden rum. Mai nutzte die Zeit um auf mich einzureden. salmen:' wenn sie mehr Vertrauen in uns hätten, dann wären sie schon weiter.' Zwischendrin sagte einer, gollwitzer würde ins pp kommen und die Haftprüfung machen.Sie spielten mir immer vor, dass ich einfahre. dann ging mai raus; und kam mit dem Bundesanwalt und wie sie sagten -'dem chef'- (ich glaube, das war boeden - vizepräsident vom BKA) wieder und sagten, ich könnte jetzt gehen. Auf meine Frage was hier gelaufen ist, reagierte nieman. Durch den Anwalt erfuhr ich später, dass dort eine verdeckte Gegenüberstellung gemacht wurde und ihm keine Auskunft gegeben wurde wo ich festgehalten werde (einen tag lang) .

Zur auseinandersetzung einer Münchner Genossin mit Bernd Rössner und zu den Vorfällen am 25.2.1986

ende letzten jahres hat sich eine genossin aus münchen entschlossen, bernd rössner, gefangener aus der raf, zu schreiben und zu besuchen. das war in einer situation, wo bernd bereits seit einem halben jahr keinen besuch mehr bekommen hat, nachdem sie jeden, der mit bernd eine auseinandersetzung hatte, rausgeworfen haben.

von anfang an wurde die diskussion zwischen den beiden systematisch blockiert:briefe und postkarten wurden reihenweise angehalten; eine schriftliche zusage ihres besuchsantrags wurde ihr nie geschickt. erst nachdem ein anwalt eingeschaltet wurde, bekam die frau einen termin für den ersten besuch.
kurz bevor sie dann zu bernd in die besuchszelle konnte, wurde sie in ein "verhörzimmer" geführt (was sonst nicht üblich ist) und ihr dort die bedingungen für den besuch vorgelesen: sie dürfe nicht über natoeinrichtungen und bernd nicht über sicherheitsmaßnahmen innerhalb der jva reden usw.
das hatte ganz einfach den zweck, einzuschüchtern und zu verunsichern.

am 25.februar sollte dann der 2.besuch laufen.
nachdem sie wieder in dieses dienstzimmer innerhalb der jva geführt wurde, teilte man ihr mit, "sie hätten mit ihr noch was zu besprechen." der bulle hatte dabei eine liste vor sich, von der er die fragen runterlaß. sie wollten dann wissen, "ob das autokennzeichen ... ihres sei" und "wo sie am 31.1.86 gewesen sei." desweiteren , "ob sie ihr auto verleihein würde oder nur selbst damit fährt."
die genossin sagte daraufhin, daß sie hier sei um den besuch zu machen und sie den eindruck hat, daß sie hier verhört wird.
der bulle meinte daraufhin, "diese fragen hätten sehr wohl was mit dem

besuch zu tun, daß es dabei auch nicht um eine straftat ginge."
nachdem die besucherin daraufhin eine erklärung verlangte, in welchem zusammenhang das ganze steht, bekam sie keine antwort, sondern wurde weiter mit fragen konfrontiert:
"das auto sei am 31.1. nachmittags bei ingolstadt mit 3 personen gesehen worden. die personen wurden als ein fahrer mit brauen haaren und schlampiger erscheinung, einem schlafenden beifahrer und auf der rückbank eine 28-30 jährige frau mit brille und langen haaren identifiziert." was sie wissen wollten, "wer diese personen namentlich gewesen seien".

auf ne erneute intervention, was das verhör jetzt soll, sagte der lka-bulle, "das würde er ihr jetzt nicht sagen, aber davon würde abhängen, ob sie den besuch machen kann oder nicht."

die genossin verließ daraufhin den knast mit der bemerkung, daß sie unter diesen umständen keinen besuch machen würde.

nachdem sie wieder in münchen ankam, hat sie erfahren, daß um 9 uhr - also zu einem zeitpunkt, wo sie wußten, daß die besucherin schon unterwegs war - 2 kripobeamte in ihrer wohnung nach ihr verlangt haben.
unter der androhung, die türe aufbrechen zu lassen, verlangten sie von der bekannten, die zu der zeit in der wohung war, daß sie die tür öffnete.
sie wollten wissen, wo die betreffende person sei, ob sie wüßte, ob sie ihr auto verleihen würde und zu welchem zeitpunkt sie wieder anzutreffen sei. von der bekannten selbst verlangten sie die personalien und fragten, ob sie berechtigt sei, sich in der wohnung aufzuhalten. sie kündigten sich für den abend erneut an.

man kann also davon ausgehen, daß sie sich die möglichkeit erhofft haben, die wohung zu durchsuchen, ohne daß jemand davon etwas mitbekommt.

vor kurzem wurde der genossin jetzt ein schreiben zur polizeil. vernehmung als zeuge "bezügl. benutzung des pkw ... am 31.1.86" zugeschikckt vom lka münchen.
was sie ihr konkret vorwerfen bzw. unterstellen, wurde durch das jetzt ausgesprochene besuchsverbot bei bernd rössner von der jva straubing bestätigt:
"laut mitteilung eines zeugen sei der pkw, der auf ihren namen zugelassen sei, am 31.1. von einem gesuchten terroristischen gewalttäter benutzt worden."
."bis zur klärung der angelegenheit muß jedoch der besuchsverkehr von frau ... gemäß § 25 stvollzG untersagt werden, da die hinweise auf derartige kontakte eine gefahr für die sicherheit und ordnung der anstalt, sowie die gefahr schädl. einflusses auf den gefangenen befürchten lassen."

daß die genossin aufgrund des verhörversuchs als bedingung für den besuch den knast verlassen hat, drehen sie in dem beschluß als "freiwilligen verzicht aufgrund der befragung".

wir haben diese ganzen vorfälle und unterstellungen zusammen eingeschätzt, in welchem zusammenhang sie zu begreifen sind:

es ist offensichtlich, daß der zeitpunkt des verhörs - kurz vor einem besuch bei einem gefangenen , also in einer situation, in der man sich im knast und ihrer gewalt befindet - beabsichtigt und kalkuliert war.

auf was das ganze zielt, ist die konkrete entscheidung für die konfrontation an der stelle mit dem besuch bei den gefangenen, wo sie einen vor die frage stellen wollen:"entweder besuch mit der bedingung einer kollaboration oder besuchsverbot und offende androhungen gegen seinen selbst.

man muß diese vorstöße gegen leute aus dem widerstand in der ganzen breite in diesem zusammenhang sehen:
die zwangsvorführungen von 2 leuten im stammheim-prozess gegen manu, ingrid und christa (gef. aus der raf), die aussagen machen sollten zu der zeit, wo sie vor jahren mit manu zusammengewohnt haben - der genosse wurde wegen aussageverweigerung zu 23 tagen knast mit der drohung von verlängerung bis prozessende verurteilt.

die staatsschutzmanöver in den 129a ermittlungsverfahren in hannover, wo fast der gesamten szene der 129 a 'verdacht auf tatbeteiligung' draufgeknallt werden sollte, wenn bzw. wo sie die aussage verweigert haben.

die verhaftungen von angela senftleber ende letzten jahres, von ingrid und mareille, genossinnen aus dem widerstand, denen jetzt konkret der prozess wegen mitgliedschaft gemacht werden soll -
die hohen urteile gegen genossen aus dem widerstand, 8 jahre für Claudia, 3 jahre für rainer und guido, für betsy 18 monate und kürzl. frank 3 jahre- wo sie einfach genau auf die entwicklung reagieren seit dem hungerstreik 84 für zusammenlegung und daß es ein gemeinsamer kampf war und sich diese perspektive weiterentwickelt hat.

darauf reagieren sie jetzt mit ihrer konstruktion einer "gesamt-raf", wie es jetzt auch konkret sichtbar wird:

-am besuch bei bernd wollten sie die genossin zwingen, dem staatsschutz informationen zu geben zu sich selbst und seinem zusammenhang; d.h. mit solchen unterstellungen, man würde illegale mit seinem auto durch die gegend kutschieren, soll untergeschoben werden, daß man in der 'gesamt-raf-strategie' eingebunden ist und neben den 'jobs für die illegalen' die aufgabe der 'gefangenenbetreung' hätte, also genau das, wie es rebmann in seinen "4 ebenen" propagiert und festgelegt hat.

sie zielen da genau auf unser verhältnis zu den gefangenen: solche einschüchterungen und verdächtigungen sollen bewirken, daß jeder, der die auseinandersetzung, den prozess mit den gef. genossen und genossinnen für sich anpackt und will, abgeschreckt wird. das hat auch den zweck, besuche zu verhindern, indem sie besuchsverbote verhängen und jede neue auseinandersetzung durch solche terrorisierungen verhindern wollen.

das ist ein klarer angriff auf die pol. identität von jedem einzelnen, der sich in die gemeinsame diskussion, in die konfrontation stellt.
konkret an dem punkt: gefangene und widerstand. es geht da um die entscheidung für die politik, wo sie den subjektiven prozess von jedem von uns angreifen.

diese ganzen terrormaßnahmen jetzt gegen jeden einzelnen von uns in der ganzen breite muß man auch in dem zusammenhang mit dem "antiimperialistischen und antikapitalistischen widerstandskongress" ende jan. sehen, wo wir die gemeinsame diskussion zwischen uns und den westeuropäischen genossen angepackt und durchgesetzt haben.
die taktik, die sie jetzt fahren, zielt einfach genau darauf, jeden einzelnen von uns scheibchenweise zu kriminalisieren, um durch diese art zu erreichen, uns unsere stärke an politischer kraft und mobilisierung fürs gemeinsame ziel zu nehmen.

das ist einfach auch an jeder stelle der punkt: wie wirs anpacken, an jeder stelle ihren dreck und terror umzudrehen, indem wir uns zu unseren eigenen zielen, was wir wollen, durchsetzen.

TOD DURCH ERNÄHRUNG

Vor fünf Jahren, im April 1981, starb in einem Hamburger Krankenhaus Sigurd Debus. Offiziell hatte er sich das selbst zuzuschreiben nach einem 64tägigen Hungerstreik. Dennoch ist die Todesursache bis heute nicht geklärt. Er wurde zwar zwangsernährt, aber verhungerte an den verabreichten Infusionen.

VON ANDREAS JUHNKE

KONKRET 4/86

Auf dem Obduktionstisch beim Gerichtsärztlichen Dienst in Hamburg lag am 17. April 1981 von 10.43 Uhr bis 14.30 Uhr die Leiche eines 38jährigen Mannes. Er hatte dunkles, mit grauen Strähnen durchsetztes Haar und dunkle Bartstoppeln. Ein blauer Plastikschlauch ragte aus seinem Mund, weitere aus der linken Brust und dem Penis. Beide Ellenbogen und die Unterarme waren übersät von Einstichen, über dem Bauch und an den Schenkeln fanden sich gleichfalls Spuren von Spritzen.

Sein Bauch war eine Handbreit unter Brustkorbniveau eingesunken. Der Körper machte einen abgezehrten Eindruck: Bei einer Länge von 194 Zentimetern wog er 54 Kilogramm.

Die Rippen waren deutlich hervorgetreten. Der linke Oberschenkel hatte einen Umfang von 39, der rechte von 36,5 Zentimetern.

Vor den Gerichtsärzten Professor Janssen und Naeve, den Sektionsgehilfen Westphal und Teichner, dem Polizeibeamten König und dem Staatsanwalt Ketel lag, so hatte es der anwesende Rechtsanwalt Michael Nitschke bezeugt, Sigurd Debus, geboren am 7. Mai 1942 in Freudental, gestorben am 16. April 1981 um 10.59 Uhr im Intensivpflegezimmer 84 des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek — unter scharfer Bewachung und ohne das acht Tage zuvor verlorene Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Bereits am Nachmittag des 15. April 1981 hatte sein EEG Nullinie angezeigt.

Beim Öffnen und genauen Untersuchen der Leiche entdecken die Mediziner in der Schädelhöhle eine merkwürdige Veränderung:

»Das Hirn erscheint insgesamt voluminös, das Oberflächenrelief ist deutlich abgeflacht. Beim sehr vorsichtigen Herauslösen des Gehirnes findet sich im Bereich der hinteren Schädelgrube, am Übergang zum verlängerten Mark und Rückenmark, eine ausgedehnte, ca. 2 x 3 cm große Erweichung des Hinrgewebes, praktisch ist das gesamte sogenannte verlängerte Mark davon betroffen.«

Weiter heißt es im Obduktionsprotokoll:

»Über der Oberseite beider Hirnhälften, etwa in der Gegend der sogenannten Zentralwindungen. Li. und re. jeweils ein ca. 3 x 4 cm großer, unregelmäßig begrenzter dunkelblaurötlicher Bezirk. In diesen Bereichen ist der Raum unter der Spinnwebshaut bis tief hinein in die Hirnfurchen, von dunkelblaurötlich eingedicktem Blut ausgefüllt (...) Im Bereich der zentralen Hirnstammknoten findet sich eine insgesamt apfelgroße, unregelmäßig begrenzte blutige Erweichung.« »Die Hirnseitenkammern sind von teils flüssigem, teils geronnenem Blut ausgefüllt. Bei diesen orientierenden Schnitten ist nur andeutungsweise zu erkennen, daß auch die 3. Hirnkammer von Blut erfüllt ist. Bei der Darstellung der Kleinhirnunterseite ist zu erkennen, daß auch die 4. Hirnkammer von Blut ausgefüllt ist«.

In einer Erklärung tags zuvor hatte die Justizbehörde den Eindruck erweckt, Sigurd Debus sei an den Folgen eines 64tägigen Hungerstreiks gestorben. Die Obduzenten kamen jedoch zu einem anderen Ergebnis: »Unmittelbare Todesursache ist ein Absterben von Hirngewebe mit Hirnblutungen und stark erhöhtem Hirndruck.«

Wie es zu dieser Hirnverletzung kam, ob durch einen Schlag oder durch die mangelhafte Dosierung der Nährflüssigkeit während der 27tägigen Zwangsernährung, ist bis heute nicht abschließend geklärt.

Seit fünf Jahren verschleppt die Hamburger Staatsanwaltschaft das Verfahren 134 Js 1063/81 »Todesermittlungssache Sigurd Debus«. Sein Tod, für den Verantwortliche zu benennen sind, wird nicht aufgeklärt. Die »besondere Fürsorge«, die dem Gefangenen Debus zugestanden hätte und nicht zuteil wurde, wird denen gewährt, die für seinen Tod die Verantwortung tragen: Den Ärzten Mendel Friedland und Friedrich Görlach, dem damaligen und heutigen Leiter des Strafvollzugsamts Arno Weinert, der Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser (SPD).

Ausgerechnet Bauarbeiter waren es, die am 28. Februar 1974 in Hamburg-Wandsbek Sigurd Debus, Karl-Heinz Ludwig und Wolfgang Stahl am Weglaufen hinderten, als sie, angetan mit Perücken und Sonnenbrillen, aus der »Volksbank« gerannt kamen, 87 300 DM in der Einkaufstasche und zwei amerikanische 9-mm-Revolver im Hosenbund. Zwar drohte der Fahrer des Fluchtwagens noch mit seiner Maschinenpistole, als er überwältigt werden sollte, doch weder er noch die anderen beiden machten, abgesehen von einem Warnschuß, von ihren Waffen Gebrauch.

Die drei, und der zuvor verhaftete Gert Wieland, wollten mit Anschlägen auf Innenpolitiker und Industrie-Repräsentanten Politik machen, mit sporadischen Kontakten, aber auch mit kritischer Distanz zur RAF.

Aus einem privat initiierten »Kapital«-Lesekreis heraus war Sigurd Debus zur »Bochumer Linie« der KPD/ML gekommen, hatte dort die »Rote Fahne« mitgegründet und seit etwa 1973 einen größeren Vorrat an Chemikalien angelegt, aus denen die vier Bomben für die Hamburger Innenbehörde und das Gebäude des Bundesverbands der deutschen Industrie in Köln gemischt waren.

Wegen schweren Raubs in drei Fällen und der beiden Anschläge wurde Debus am 30. Mai 1975 zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Erschwerend wurde angerechnet, daß der Angeklagte während der Verhandlung die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz begrüßt hatte.

Zwei Jahre war Sigurd Debus als Untersuchungsgefangener in »strenger Einzelhaft« gehalten worden, nach zwei Monaten im Fuhlsbüttler Hochsicherheitstrakt kam er für zweieinhalb Jahre in den Celler-Trakt. Tägliche Leibesvisitationen vor und nach dem Einzelhofgang und tägliche Zellenrazzia kennzeichneten dort seine Haftbedingungen.

Im Januar 1979 wurde er nach Hamburg zurückverlegt, wo er wieder über ein Jahr im Untersuchungsgefängnis saß, dort aber gelegentlich Umschluß mit Helmut Pohl erhielt. Vom Februar 1980 bis zum Februar 1981 war er im sogenannten Normalvollzug in Fuhlsbüttel.

Mit einer Ausnahme — im Sommer 1979 und da nur für wenige Tage — hatte Debus bis dahin nie an den Hungerstreiks der politischen Gefangenen teilgenommen. Er glaubte nicht, daß die Verantwortlichen damit zu zwingen wären, die Haftbedingungen zu verändern.

Im Februar 1981 schienen ihm die Bedingungen günstiger. Äußerungen des damaligen Innenministers Gerhard Baum (FDP) gaben ihm die Hoffnung, daß die Hochsicherheitstrakte damit weggezwungen und er mit anderen politischen Gefangenen zu einer Gruppe zusammengelegt werden könnte. »ich bin ab heute im unbefristeten hungerstreik gegen vernichtung in isolation und trakts«, schrieb er

deshalb am 11. Februar 1981 dem Hamburger Strafvollzugsamt. »ich fordere — die zusammenlegung der gefangenen aus der guerilla zu gruppen von mindestens 5 gefangenen, anwendung der genfer konvention auf die gefangenen aus der guerilla. kontrolle der haftbedingungen durch die internationale kommission zum schutz der gefangenen und gegen isolationshaft, die freilassung von günther sonnenberg.« Und, vierzehn Tage später: »in zusammenhang mit der hungerstreikerklärung weise ich ausdrücklich darauf hin, daß eine verlegung in den sogenannten normalvollzug von mir abgelehnt wird. es wird nur noch eine kollektive lösung im sinne der forderungen aus dem hungerstreik geben.«

Zusammen mit dem Gefangenen Hans-Joachim Gruschka begann Debus in Hamburg die Nahrungsverweigerung, die auch in zahlreichen Knästen des Landes stattfand. Am neunten Tag des Streiks wurden die beiden aus Fuhlsbüttel in das Untersuchungsgefängnis in der Hamburger Innenstadt verlegt, wo eine Station als 'Zentralkrankenhaus' (ZKH) eingerichtet ist. Das Knast-Hospital war schon Jahre zuvor wegen seiner mangelhaften medizinischen Ausstattung und der haarsträubenden hygienischen Verhältnisse selbst von der Bürgerschaft als eigentlich unbenutzbar und dringend erneuerungsbedürftig eingestuft worden.

Im ZKH übernahm Dr. Görlach die Betreuung der Hungerstreikenden. Dr. Friedland stand ihm als Vorgesetzter im Strafvollzugsamt zur Seite.

Auf einer Konferenz der Strafvollzugsärzte, 1975 in München, hatte Friedland in seinem Beitrag geschildert, wie er sich den Umgang mit hungerstreikenden Gefangenen vorstellt:

»1972 fing ich bereits an mit Überlegungen, wie kann man einem organisierten Hungerstreik begegnen,« erzählte er den versammelten Kollegen. *»Meine Damen und Herren, ich möchte dies mit allem Ernst sagen, hierbei handelt es sich nicht um Nahrungsverweigerer des herkömmlichen Stils, die nur aus Unmut oder psychopathologischen Ursachen, oder weil ihnen das Essen vielleicht nicht schmeckt, die Nahrungsaufnahme verweigern, sondern es handelt sich hier um Angehörige der sogenannten Roten Armee Fraktion, zu deren Kampf gegen den Rechsstaat nicht nur Bomben gehören, nicht nur Maschinenpistolen, sonden auch der Hungerstreik, wenn sie in Haft kommen. Es ist also eine Fortsetzung ihres Kampfes gegen den Rechtsstaat, den wir auch als beamtete Ärzte mitzuvertreten haben, mit anderen Mitteln, das möchte ich ganz klar sagen. Ich meine, auch sagen zu müssen, wenn jemand anderer Auffassung sein sollte, hat er meines Erachtens als beamteter Arzt im Dienste des Staates, bezahlt von den Steuergeldern unserer Bürger, nichts zu suchen. Da muß er die Konsequenzen ziehen, freie Praxis aufmachen oder etwas anderes tun. Dies ist ein Kampf und Fortsetzung eines Kampfes, den wir mil zu vertreten haben.«*

»Wir sind in Hamburg dann, nachdem der Hungerstreik dieser Baader-Meinhof-Gefangenen 27 Tage gedauert hatte, dazu gekommen, auf dem Weg eines gemeinsamen Beschlusses mehrerer Ärzte, einschließlich zweier Klinikchefs aus Hamburger Öffentlichen Krankenhäusern jetzt zu erklären, es besteht akute Lebensgefahr und Zwangsernährung ist erforderlich. Diese Erklärung wurde von acht Ärzten getragen und unterschrieben. Sie konnte natürlich nur unterstellt werden, weil wir keine Untersuchungsbefunde hatten. Wir mußten unterstellen, es besteht jetzt akute Lebensgefahr, die im wesentlichen natürlich rechnerisch gewesen ist. (...) Die künstliche Ernährung mußte mindestens eine tägliche Kalorienzufuhr von 1700 bis 1800 als unterste Grenze haben. Wurde diese Grenze nicht erreicht, vielleicht dadurch nicht erreicht, daß die Gefangenen sich die Sonde wieder herausrissen, wurden sie mit Gewalt nachgefüttert, denn ein Hinnehmen einer unzureichenden künstlichen Ernährung unter ärztlicher Verantwortung bei einer negativen Bilanz der Nahrungszufuhr, wäre nach meinem Dafürhalten dem Arzt anzulasten gewesen.«

Genauso geschah es den beiden Hamburger Hungerstreikenden — mit einem bedeutenden Unterschied: Weder Hans-Joachim Gruschka, der drei Tage zwangsernährt wurde und dann den Streik abbrach, noch Sigurd Debus erhielten die von Friedland als »unterste Grenze« definierten Kalorien.

Um 1500 Kalorien bewegten sich die Werte der in stundenlangen Infusionen durch den Tropf in die Armvenen laufenden Nährflüssigkeiten. Die Unterfütterung hatte zur Folge, daß Debus gerade in dem Zustand gehalten wurde, den er zu Beginn der Zwangsinfusion hatte. Außerdem fehlten essentielle Beimischungen. Das sehen die Gutachter heute als die wahrscheinlichste Todesursache an. Doch zunächst versuchten die Ärzte es mit konventionellen Mitteln. Dreimal täglich wurde den Gefangenen Essen in die Zelle gestellt. Unberührt ging es an die Küche zurück. Am 12. oder 13. März eröffnete der zuständige Abteilungsleiter Quast dem Gefangenen Gruschka: »Ab jetzt kümmert sich der Verfassungsschutz um Sie.« Von nun an wurden auf der Station immer wieder Männer in weißen Kitteln gesehen, die offensichtlich weder zum medizinischen, noch zum Wach-Personal gehörten. Nichts über den Zweck ihrer Anwesenheit und ihre Tätigkeit ist bislang bekannt geworden.

Am 19. März erschienen Görlach und der Vollzugsleiter Köpcke in den Zellen und eröffneten den Gefangenen mündlich und schriftlich, »es besteht jetzt Lebensgefahr. Dieser Gefahr kann nur durch medizinische Untersuchung und Behandlung sowie Ernährung entgegengewirkt werden.« Der »Kampf« hatte begonnen.

Der Gutachter Naeve kam am 6. Juli 1981 über diese Entscheidung zur Zwangsernährung zu folgendem Schluß:

»Gerichtsärztlich ergibt sich nach Studium der Krankenblattunterlagen kein eindeutiger Hinweis für das Vorliegen einer lebensbedrohlichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes des S. Debus am 19.3.81.«

Debus wog an diesem Tag 62,5 Kilogramm.

Am nächsten Tag ging es los. Debus in einem Brief an seinen Anwalt:

»Um 11.05 Uhr stürmten acht mann (sanitäter) die zelle, packten mich an beinen, armen und an der hüfte, schleiften mich zu einer vor der zelle stehenden fahrbaren liege, warfen mich mit dem bauch nach unten darauf, verdrehten mir die arme und setzten sich auf die beine, preßten den kopf auf die liege. so gings ins zkh. dort legten sie mich auf eine liege. sie schnallten mich fest: an den beinen oberhalb der füße und an den oberschenkeln mit lederfesseln. über den unterleib mit einem ledergurt und über die brust mit einem ledergurt. beide unterarme mit fesseln an die liege. im zkh war görlach dabei. nach etwa 5 minuten wurde von görlach die nadel in den linken, fixierten arm geschoben.«

Dieses »Schlachtfest«, wie es ein beteiligter Sanitäter ausdrückte, wurde einige Male wiederholt, obwohl die Gefangenen nur passiven Widerstand angekündigt und praktiziert hatten. Danach wurde die körperliche Gewalt unterlassen.

Durch den Infusionsschlauch tropften binnen Stunden 2000 ml Flüssigkeit. Ein Liter davon war Aminofusin als Baustein für Eiweißkörper, der andere bestand aus einer 20prozentigen Kohlehydratmischlösung. Ab dem 2. April wurden noch 250 ml der Fettlösung Lipofundin hinzugefügt.

Der Gutachter Kontokollias, Chefarzt der Anästhesie-Abteilung im Kreiskrankenhaus Uelzen, während und nach dem 2. Weltkrieg mit Hungerkranken beschäftigt, über die Nährflüssigkeit:

»Gerade ausreichend, den Zustand, der mit Beginn der parenteralen Ernährung vorlag, aufrecht zu erhalten,« wäre die Nahrung gewesen, die maximal 1500 Kalorien enthielt. *»Hier wird eine gewisse Eskalation vermißt an der täglichen Substitution von Flüssigkeit, Aminosäuren, Kalorien und Vitaminen, um den mit Sicherheit defizitären Energiehaushalt auszugleichen. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß die Aminosäurelösung, die der Patient erhielt, Vitamin C, B6, B2 und Niazin beinhaltet, hingegen kein Vitamin A, B1, sowie B12 und K.«*

Weil jede genaue Aufzeichnung über die Zwangsernährung fehlt, weder Wasseraufnahme, noch Wasserverluste dokumentiert waren, bemängelt Kontokollias:

»Hier entsteht der Eindruck, daß die behandelnden Ärzte über die Wichtigkeit solcher Maßnahmen, mithin auch der Dokumentation dieser Maßnahmen, nicht ausreichend informiert waren. Darüber hinaus ist unter diesen Bedingungen die Frage erlaubt, ob hier die Tragweite der parenteralen (unter Umgehung des Magen-Darm-Kanals, d. Red.) Ernährung als therapeutisches Eingreifen erkannt wurde und wenn nicht, welchen Zweck dann die Entscheidung der Zwangsernährung des Patienten Debus erfüllte.«

Den Zweck, Sigurd Debus gerade in dem Zustand zu halten, in dem er nach 37 Tagen Hungerstreik war, erfüllte der Zwang — jedenfalls vorübergehend.

Immer wieder erbrach sich Debus am Abend. Am 26. März bemerkte er Blut in seinem Stuhl. Eine von ihm verlangte Pause bei der Zwangsinfusion wurde abgelehnt. Am 31. März, elf Tage nach Beginn der Behandlung, die ihn doch eigentlich wieder zu Kräften kommen lassen sollte, ging es ihm schlechter denn je. Sein Gewicht lag jetzt bei etwa 61 Kilogramm.

Im Krankenblatt, das mit bemerkenswerter Schludrigkeit geführt wurde, findet sich für diesen Tag die Eintragung: »Allgemeinzustand fraglich verschlechtert«. Friedland und Görlach und zwei Ärzte aus anderen Krankenhäusern berieten über das weitere Vorgehen. Was diagnostiziert und angeordnet wurde, läßt sich aus den Unterlagen nicht ersehen. Die Eintragungen zeigen danach keinerlei Konsequenzen. Kalorienmenge an diesem Tag: 1219,20.

Fünf Tage später, am Wochenende des 4. und 5. April 1981, wurde eine dramatische Verschlechterung erstmals dokumentiert. Debus muß mit der Trage in seine Zelle gebracht werden, weil er umzufallen drohte. »Vertiefte Ein- und Ausatmung« wird registriert. Am Montag, 6. April, hatte sich sein Zustand weiter verschlechtert. Erstmals wurde eine Verlegung in ein öffentliches Krankenhaus erwogen. Rechtsanwalt Nitschke, der seinen Mandanten besuchen wollte, wurde an der Pforte abgewiesen. Obwohl Debus um 20 Uhr nicht mehr ansprechbar in seiner Zelle sitzend angetroffen worden war, notiert jemand mit unleserlicher Unterschrift in der Akte »keine Veranlassung für eine Verlegung«.

Am nächsten Tag, um 12.20 Uhr des 7. April, wurde Debus mit Blaulicht in das Krankenhaus in Barmbek gefahren. Er wog 58 Kilogramm.

Dort kam es zu einem rapiden Verfall. Am Abend bereits erkannte er weder Mutter noch Anwalt. Am 8. April lag er im Koma. Ab dem 10. April mußte er künstlich beatmet werden. Am 16. April um 10.59 Uhr war Sigurd Debus tot.

Welche Maßnahmen in Barmbek zu seiner Behandlung unternommen wurden, ist nicht bekannt. Entsprechende Unterlagen finden sich nicht bei der Akte und wurden auch den mittlerweile sechs Gutachtern nur in einem Fall vorgelegt.

Daß Debus an einer Hirnblutung starb, ergab zweifelsfrei die Obduktion. Wie diese entstand, ist bis heute nicht abschließend geklärt worden.

Der bislang letzte Gutachter, Professor Köstering von der Universitätsklinik Göttingen, kam zu dem Ergebnis, daß ein »Vitamin B1-Mangel, der zu lokalen Einblutungen in das Zentralnervensystem führte ... die Ursache des Todes« bei Sigurd Debus war. Der Sachverständige Kontokollias hatte auch darüber referiert:

»Es läßt sich feststellen, daß die Anwendung der parenteralen Ernährung bei dem Patienten Debus nicht in angemessener Dosierung erfolgte. Darüber hinaus wurden die für die konkrete defizitäre Situation des Energiehaushalts geltenden Regeln nicht beachtet:

- *keine ausreichende Kalorienzufuhr*
- *keine ausreichende Aminosäurenzufuhr*
- *fehlende Substitution von Spurenelementen*
- *fehlende Substitution von insbesondere B1 und Vitamin K*
- *fehlende Flüssigkeitsbilanzierung.*

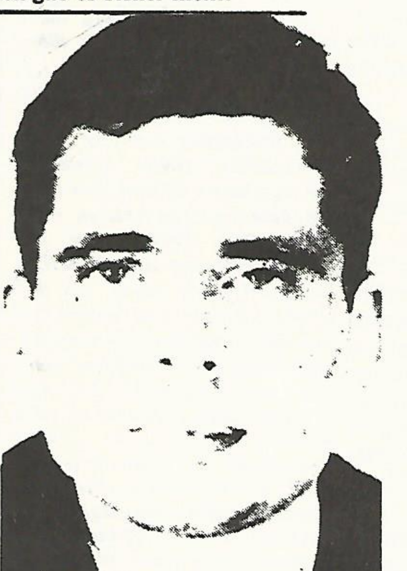
Für die Verletzung obiger Sorgfaltsregeln und die dürftige, äußerst mangelhafte Dokumentation ärztlicher und sonstiger Maßnahmen, zeichnet sich die Leitung des Zentralkrankenhauses der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg verantwortlich«.

Liegt hier der Grund, warum das Ermittlungsverfahren bis heute verschleppt wurde? Die Staatsanwaltschaft hat bis zum heutigen Tag noch keinen einzigen Beteiligten vernommen. Der als Obergutachter vorgesehene Professor Naeve ist am 22. September 1985 gestorben, jetzt sitzt Professor Janssen über dem Papier.

Rechtsanwalt Heinrich Hannover, der im Auftrag der Familie von Debus seit Jahren vergeblich wenigstens auf die Vernehmung der Zeugen drängt, bereits 1983:

»Nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis besteht der dringende Verdacht, daß der Tod des Herrn Debus von den Verantwortlichen mindestens fahrlässig in Kauf genommen worden ist. Ob dies in Form des Unterlassens oder des aktiven Tuns (traumatische Einwirkung) geschehen ist, kann bisher nicht als ausreichend geklärt angesehen werden.«

Die traumatische Einwirkung, ein Schlag auf den Kopf, der die Blutung provozierte, wird in den Gutachten mittlerweile »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen«, allerdings wurde auch nie mit allem Nachdruck in dieser Richtung geforscht. Die Unterlassung bei der Ernährung jedoch ist manifest. Konsequenzen für die dafür Verantwortlichen gab es bisher nicht.



Sigurd Debus

"Revolutionäre sind auf dem Weg der Revolution für die Revolution kämpfend gefallen. Sie sind in unseren Herzen, unserer Seele und unserem Bewußtsein begraben. Sie haben den Leitspruch "Kampf bis zur Befreiung" mit ihrem Blut auf den Weg der Revolution geschrieben, der auch unser Weg ist."

Mahir Cayan, ermordet durch Faschisten am 30.3.1972 in Kizildere/Türkei

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DEM ANTIIMPERIALISTISCHEN WIDERSTAND

ANWENDUNG DER MINDESTGARANTIEN DER GENFER KONVENTION FÜR KRIEGSGEFANGENE

Donnerstag, 3. April 1986

Wurde Asthma-Anfall doch durch Reizgas ausgelöst?

Angehörige des toten Demonstranten widersprechen der Polizei / Rechtsmediziner untersuchen Kleider

MÜNCHEN (SZ) – Der 38jährige Ingenieur Alois Sonnleitner aus München, der am Ostermontag während der Großkundgebung gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf an einem Asthma-Anfall gestorben ist, hat sich entgegen offiziellen Darstellungen zumindest zeitweise in der Nähe des Bauzauns aufgehalten. Das haben am Mittwoch die Angehörigen des Toten versichert. Sie widersprachen damit der Polizei, die behauptet hat, Sonnleitner habe nicht an der Demonstration teilgenommen, sondern sei 2,5 Kilometer vom Ort der Kundgebung entfernt mit einem Asthma-Anfall zusammengebrochen. Zwischen dem Tod des Ingenieurs und dem Einsatz des umstrittenen und hochwirksamen Reizgases CS gegen Demonstranten gebe es „mit Sicherheit keinen Zusammenhang".

Nach Angaben der Angehörigen ist der Ingenieur mit seiner Ehefrau und einer Bekannten am Ostermontag gemeinsam im Auto zur Großdemonstration nach Wackersdorf gefahren. Dort haben sie sich auch den Bauzaun angeschaut. Das sei gegen 11 Uhr am Vormittag gewesen, drei Stunden vor dem Gaseinsatz. Auf dem rund 500 Meter vom Zaun entfernten Kundgebungsplatz hat sich der Mann der Darstellung seiner Angehörigen zufolge hinter der Lautsprecheranlage auf einen kleinen Hügel gesetzt, während die beiden Frauen – um die Redner besser zu verstehen – nach vorne auf den Platz gegangen seien. Bei ihrer Rückkehr war der Ingenieur verschwunden.

Offenbar hatte er einen Asthma-Anfall erlitten und war zu seinem Fahrzeug gegangen, das er etwa zwei Kilometer vom Veranstaltungsplatz entfernt abgestellt hatte, um sein Atemgerät zu benutzen. Gegen 15.30 Uhr hatte der Maschinenbauingenieur eine Polizeistreife um eine „Steckdose für den Motor" gebeten, brach aber sofor darauf zusammen und „war nicht mehr ar sprechbar", wie die Polizei mitteilte. Er starb a dem Weg ins Krankenhaus.

Eine sofort angeordnete Obduktion des To hat ergeben, daß der Ingenieur an Asthma g ten hat und an einem akuten Anfall di Krankheit erstickt ist. Um festzustellen, o Einsatz der umstrittenen Reizgase CN ur gegen die Demonstranten für den Asthma- verantwortlich ist, hat Oberstaatsanwalt heinz Heusinger von der zuständigen behörde in Amberg eine toxikologische suchung des Verstorbenen angeordnet.

Diese Untersuchung ist nach An Münchner Giftgas-Experten Max Daur solut überflüssig: „Spuren von CN oder sich im Organismus nicht nachweiser rer hat deshalb auf Bitten der Ange Toten am Mittwoch veranlaßt, daß di stücke, die der Ingenieur bei der D getragen hat, auf CN- und CS-Rück sucht werden. Mit der Analyse wur für Rechtsmedizin in München Ergebnis erwartet der Experte in Wochen.

Sollte diese Analyse ohne Be ist dies nach Ansicht Daunderer weis dafür, daß der Gaseinsa stranten mit dem Tod des Ma hat: „Bei einem Asthma-Kra geringste Spuren von CN od bedrohenden Anfall auslöser

Daunderer versucht deshalb jetzt die Frage zu klären, ob der Ingenieur bei der Besichtigung des ... möglicherweise mit bereits am Vortag ... ückständen der Reizgase in Be- ... Alfons Humbs, der Pres- ... von Nieder- ... denfalls

... e ... i- ... er ... en- ... daß ... den- ... egab. ... Mit- ... meier. ... es Krill

Aktuelles Lexikon

CS-Gas

Die bayerische Polizei setzte bei der Demonstration gegen die geplante nukleare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf am Ostermontag auch CS-Gas ein. Der lösliche Kampfstoff wurde dem Wasser zugesetzt, das die Polizei aus Hochdruckwasserwerfern gegen Demonstranten verspritzte. CS gehört – wie das ebenfalls in Wackersdorf eingesetzte CN-Gas – zu den Reizstoffen. Die chemische Bezeichnung für CS lautet Ortho-Chlorbenzylidenmalodinitril, die Buchstaben C und S stehen für die Namen der beiden Chemiker Corson und Stoughton. Der Reizstoff kann, im Wasser gelöst, versprüht, aber auch mit verschossenen oder geworfenen Granaten eingesetzt werden. Die Wirkung von CS beruht auf einer Reizung der Augen, verbunden mit starkem Tränen- und Nasenfluß. Wer dem Gas in höherer Konzentration ausgesetzt ist, beginnt zu husten, verspürt starke Schmerzen in den Atemwegen und leidet, zum Teil wegen der Schmerzen, zum Teil wegen der damit verbundenen Erstickungsangst, an Atemnot. In der Fachliteratur werden Aussagen von Toxikologen zitiert, wonach Menschen, die chronische Bronchitis und Asthma haben, beim Einatmen von CS durch Erstickungsanfälle in Lebensgefahr geraten können. CS-Gas wurde in Kriegen häufig als chemische Waffe angewandt. Die amerikanische Armee beschoß damit Artilleriestellungen oder Tunnelsysteme während des Vietnamkriegs. Auch aus Afghanistan liegen glaubwürdige Berichte über den Einsatz von CS durch die Sowjetarmee vor.

kk



EIN MOLOTOW-COCKTAIL *setzte in der Nacht zum Mittwoch die Stuttgarter Filiale der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in Brand. Nach Ermittlungen der Polizei hatten die Täter mit einem Pflasterstein eine Scheibe zertrümmert und den Brandsatz in die Schalterhalle geworfen. Der Schaden wird auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt.*

DIE WELT - Nr. 73 - Donnerstag, 27. März 1986

Terroristen wollen Wackersdorf zum Symbol des „Widerstands" stilisieren

Einfluß auf demokratische Anti-WAA-Bewegung befürchtet / „Integrierbarer Bürgerprotest"

PETER SCHMALZ, München

Das Protestpotential gegen die Wiederaufarbeitungsanlage bei Wakkersdorf geht nach Erkenntnissen des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz über den Kreis besorgter Bürger, Umweltschützer und demokratischer Gruppen und Parteien weit hinaus bis hin zu sogenannten Autonomen und zum terroristischen Umfeld. Auch die RAF und die Revolutionären Zellen diskutieren neuerdings Aktionen gegen die WAA.

Die Terrorgruppen versuchen, die WAA zu einem Symbol des Widerstands gegen das gesamte System hochzustilisieren, erklärte Regierungsdirektor Norbert Wingerter vom bayerischen Verfassungsschutz in einem Gespräch mit der WELT. Er meint: „Das ist zur Zeit bundesweit das einzige Thema, mit dem sie ihre Leute auf die Beine bringen können."

„Militärisches Objekt"

Dabei betrachten sie die Anlage nicht als energiewirtschaftliches, sondern als militärisches Objekt. Für die RAF, so Wingerter, ist die WAA Bestandteil einer imperialistischen Kriegsführung, WAA heißt für sie Krieg.

Augenblicklich läuft in der Terrorszene eine Mobilisierungskampagne, wobei nach dem Motto „Wenn wir die WAA angreifen, greifen wir das ganze System an" Versuche unternommen werden, das Thema vor allem im Rhein-Main-Gebiet vermittelbar zu machen. Sicherheitsexperten sehen deshalb den terroristischen Anti-WAA-Kampf noch in einer Vorstufe, größere und gefährliche Aktionen aus diesem Protestbereich heraus seien erst dann zu erwarten, wenn das Thema WAA in der antiimperialistischen Ideologie verankert ist.

Daß dabei von der Terrorspitze, der RAF und den Revolutionären Zellen, über die Antiimperialisten bis hin zu dem weiten Bereich der Autonomen trotz fortbestehender ideologischer Differenzen Einigkeit besteht in der Ablehnung der WAA, wird als eine äußerst ernst zu nehmende Situation angesehen, die für die Sicherheit bedrohlich werden kann. Dies vor allem, so Wingerter, wenn es ihnen gelingt, den Widerstand in allen Ebenen zu verankern und die WAA einzubauen in ihr Hauptangriffsziel, das von ihnen als „militärisch-industrieller Komplex" bezeichnet wird.

Als erste bedeutende Aktion in diese Richtung wird der kürzlich abgehaltene „Frankfurter Kongreß" angesehen, auf dem ein 66seitiges Strategiepapier diskutiert wurde, das die ideologische Handschrift der RAF trägt. Daraus wird die künftige Angriffskonzeption deutlich: Es sollen Firmen und Personen getroffen werden, die direkt oder indirekt mit kerntechnischer oder im weitesten Sinne militärischer Produktion zu tun haben.

Bedenkliche Transparente

„Das Interesse besteht darin, aufzuzeigen, wo die Schweine sitzen, sie zu benennen und angreifbar zu machen." In dem Papier werden Firmen wie RWE, Siemens, Dywidag und Allianz mit Beteiligungen und Eigentümerverhältnissen genau aufgeschlüsselt und Adressen genannt.

Mittlerweile versuchen Terrorgruppen auch Einfluß auf die demokratische Anti-WAA-Bewegung zu nehmen. Sie sprechen vom „integrierbaren Bürgerprotest". Norbert Wingerter betont zwar, daß an den WAA-Demonstrationen in überwiegendem Maße demokratisch gesinnte Leute teilnehmen, sieht es aber als bedenklich an, daß bei Demo-Zügen in Schwandorf offen Transparente mit den Konterfeis der Terroristen Baader und Enslin getragen werden.

Anschlag in Westberlin Sieben Araber verletzt

Berlin (dpa)

Über die Hintermänner eines Sprengstoffanschlags auf die Geschäftsräume der „Deutsch-Arabischen Gesellschaft" in Berlin-Kreuzberg, bei dem am Samstag sieben Araber zum Teil schwer verletzt worden waren, gibt es bisher keine Erkenntnisse, berichtete der Staatsschutz in Berlin. Die Detonation des kiloschweren Sprengstoffes im ersten Stock des 12geschossigen Hochhauses hatte hohen Sachschaden angerichtet.

Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) sprach von einem „barbarischen Gewaltakt". In dem Hochhaus, das in Berlin auch als Sinnbild einer verfehlten Stadtentwicklungspolitik gilt, wohnen viele Ausländer – insbesondere Türken. Die „Deutsch-Arabische Gesellschaft" in Berlin-Kreuzberg, die im vergangenen Jahr gegründet worden war, ist regelmäßiger Treffpunkt für Araber unterschiedlicher Herkunft. Ziel der Vereinigung ist die Verständigung zwischen Deutschen und Arabern.

Auch fünf Bankfilialen wurden durch Brandbomben- und Pflastersteinwerfer erheblich beschädigt. Menschen wurden nicht verletzt. Von den Tätern fehlte jede Spur. Das Motiv ist unklar. Betroffen waren Filialen der Deutschen Bank, der Commerzbank und der Berliner Bank.

SDZ 1-4-86

*HANS JOSEF HORCHEM**

Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985

BEITRÄGE ZUR KONFLIKTFORSCHUNG 1 1986

Zusammenfassung

Motivation, Ideologie und die Rechtfertigung von Gewalt der einzelnen terroristischen Gruppen werden von deren Umfeld beeinflußt. Bei der RAF (Roten Armee Fraktion) war das bis in den Anfang der 80er Jahre die studentische Protestbewegung, die ihr Konzept der Stadt-Guerilla entwickelte. Das Umfeld der RZ (Roten Zellen) waren anfangs ebenfalls studentische und intellektuelle Zirkel mit dem Strategiekonzept, sich gegenüber der RAF abzuheben; sie wollten die Revolution nicht von studentischen Eliten bestimmen lassen, sondern forderten eine Rückkoppelung zu den Massen. Inzwischen hat die Friedensbewegung den Sympathisanten der RAF und der RZ Elan und Kraft genommen. Sie und die verschiedenen Organisationen der Grünen und Alternativen haben deren Umfeld assimiliert und auch jene Kräfte eingebunden, die früher die RAF und die RZ unterstützt hatten. Die kriminelle Energie der RAF wurde dadurch nicht gebrochen. Sie nahm den bewaffneten Kampf über logistische Operationen hinaus wieder auf. Die RZ haben mit ihren Aktionen die angestrebte Massenbasis nicht gefunden, gingen jedoch nach dem Zusammenbruch des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen erneut zu Operationen über. Die Guerilla Diffusa als terroristische Kleingruppe der autonomen Linken ist erst auf dem Wege, revolutionäres Profil zu gewinnen. Konsequente Reaktionen der Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte haben den Neo-Nazis entscheidende Verluste beigebracht und ihr Umfeld derzeit ausgetrocknet. Auch ihre Verbindungen in den Nahen Osten sind zerfallen. – *Die Redaktion*

Die Ausgangslage

Am 4. Dezember 1984 begannen die Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF) einen Hungerstreik. Die Aktion wurde begleitet von Terroranschlägen der „Illegalen“, das heißt der Mitglieder der Kommando-Ebene. An einigen Attentaten beteiligten sich RAF-Sympathisanten. Ihren Höhepunkt erreichten die koordinierten Operationen von Hungerstreik und Terror mit der Ermordung des französischen Generals René Audran am 25. Januar 1985 und des MTU-Vorstandsvorsitzenden Dr. Ernst Zimmermann am 1. Februar 1985.

Die Bevölkerung war geschockt. Man hatte geglaubt, der Terrorismus in Deutschland sei besiegt. Die neue Allianz zwischen der deutschen RAF und der französischen Action Directe (AD) weckte Befürchtungen, „Euro-Terroristen“ könnten wie 1977 – dem Jahr der Ermordung Bubacks, Pontos und Schleyers – das Land erneut mit einer Welle der Gewalt überziehen. Selbst kritische SPD-Politiker riefen nach der Anwendung des Kontaktsperregesetzes. Die Bundesanwaltschaft blieb besonnen.

Der „Offensive 84/85“ waren acht kollektive Hungerstreik-Aktionen vorausgegangen, und zwar vom

17. Januar	bis	16. Februar 1973,
8. Mai	bis	29. Juli 1973,
13. September 1974	bis	5. Februar 1975,
29. März	bis	30. April 1977,
9. August	bis	2. September 1977,
10. März	bis	20. April 1978,
20. April	bis	26. Juli 1979,
2. Februar	bis	18. April 1981.

Wie diese Aktionen war auch der neunte Hungerstreik darauf angelegt, daß die RAF-Mitglieder „bis zur letzten Konsequenz“, das heißt bis zum Tode, durchhalten sollten. Diese Zielvorstellung wird belegt durch die Bezugnahme auf den Terrorismus der IRA. In der Erklärung der RAF zum Hungerstreik heißt es: „Der Streik der irischen Gefangenen 1981 ist uns Orientierung.“ Im Jahre 1981 waren zehn Mitglieder der IRA am Hungerstreik gestorben.

Bei dem Hungerstreik der RAF im Jahre 1981 hatte Sigurd Debus den Tod gefunden (16. April 1981). Damals hatte die RAF ihre Aktionen weder durch Terroranschläge begleitet noch sich in einer Erklärung zu dem Streik geäußert.

Bei dem Hungerstreik der RAF vom 4. Dezember 1984 bis 5. Februar 1985 waren die Anschläge der „Illegalen“ von Beginn an eingeplant und ein Grundelement der gesamten Operation. Wie bei den vorausgegangenen Streikaktionen mußten auch jetzt einzelne Gefangene in Haftkrankenhäuser überführt werden. Bei einigen wurde Zwangsernährung angeordnet. Die Anschläge außerhalb der Haftanstalten unterstützten das Durchhaltevermögen der Gefangenen. Alle „Bekenntnisse“, die zu den Attentaten veröffentlicht wurden, nahmen Bezug auf den Hungerstreik.

Die erfolgreiche Koordinierung verschiedener Operationsbereiche entspricht dem von der RAF postulierten Anspruch einer „gemeinsamen Offensive der Guerilla“, die schon in dem im Sommer 1984 sichergestellten „Planungspapier“ formuliert worden war. Sowohl die Gefangenen als auch die Mitglieder der

* Dr. jur. Hans Josef *Horchem*, geboren 1927 in Erp, war nach dem Studium der Geschichte und der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Mainz und Köln Richter in Nordrhein-Westfalen; von 1957 bis 1968 Bundesamt für Verfassungsschutz; von 1969 bis 1981 Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg. 1978 Berater der spanischen Regierung in Fragen der Bekämpfung des Terrorismus. Seit 1981 Berater der baskischen Regierung in Fragen der inneren Sicherheit. – Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des Autors, die im Juli 1985 in den „Informationen für politologische Zeitfragen“ (IPZ), Zürich, veröffentlicht und für die „Beiträge zur Konfliktforschung“ Anfang Januar 1986 auf den neusten Stand gebracht wurde.

Kommando-Ebene mußten aber schon während der Gesamtoperation realisieren, daß die Anschläge nicht mehr die Resonanz fanden, die sie bis Anfang der 80er Jahre gehabt hatten. Die Zusammenarbeit mit der AD blieb ein Einzelfall. Zur Bildung der angestrebten „Anti-Imperialistischen Front in Westeuropa" kam es nicht. Einige der Gefangenen beteiligten sich nicht an dem Hungerstreik. Sie nahmen dabei in Kauf, daß sie sich dadurch automatisch aus den Reihen der RAF ausschlossen. Die Aktionen selbst zeigten und die spätere Entwicklung bestätigte, daß in der RAF die Überzeugung schwindet, den „bewaffneten Kampf" gewinnen zu können. Die Mitglieder des Kommandos werden aber auch ohne Aussicht auf Sieg weiterkämpfen. Die Gefahr des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland bleibt auch für die Zukunft bestehen. Kurzfristig werden die Anschläge sowohl in der Anzahl als auch in der Qualität eskalieren können.

Das Umfeld

Die einzelnen terroristischen Organisationen haben unterschiedliche Wurzeln. Ihre Entwicklung hängt von den jeweils gegebenen historischen Bezügen ab. Motivation, Ideologie und die Rechtfertigung von Gewalt werden von dem Umfeld der einzelnen Terror-Organisationen beeinflußt, spiegeln sich in ihm wider und lösen so neue Motivationen aus.

Eine der wichtigsten Wurzeln der RAF war die studentische Protestbewegung. Sie bestimmte das Umfeld der RAF bis in den Anfang der 80er Jahre. Entsprechend der Grundideologie der Studentengenerationen von 1964 bis Ende der 70er Jahre bildete der Marxismus-Leninismus auch die Basis für die Strategie-Papiere der Roten Armee Fraktion (RAF). Aus dem Praxisgebot des Marxismus-Leninismus entwickelten die Vordenker der RAF ihr Konzept der „Stadt-Guerilla".

Die Herkunft dieses Begriffs aus Lateinamerika verdeutlicht die zweite wichtige Kategorie für Motivation und Ideologie der RAF, nämlich die Probleme der Dritten Welt durch bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik lösen zu wollen.

Umfeld der Revolutionären Zellen (RZ), der zweiten deutschen Terror-Organisation, waren in der Anfangsphase ebenfalls studentische und intellektuelle Zirkel. Das Strategiekonzept der RZ war aber von Anfang an davon bestimmt, sich gegenüber der RAF abzuheben. Im Gegensatz zu der Theorie der RAF, nach der studentische Eliten die Revolution bestimmen sollten, forderten die RZ eine Rückkoppelung zu den „Massen". Das sollte dadurch geschehen, daß man die einzelnen revolutionären Aktionen an konkrete gesellschaftliche Konflikte anknüpfte.

Inzwischen ist der Sympathisantenkreis sowohl für die RZ als auch – noch deutlicher – für die RAF geschrumpft. Eine steigende Anzahl der Sympathisanten, die früher die RZ und RAF zumindest in der Agitation unterstützten, kann sich heute nicht mehr mit deren Zielen identifizieren. Nach der Besetzung Afghanistans durch die Sowjets und mit der neo-kolonialistischen Politik der Sowjets in Afrika ist die linke Propaganda hohl geworden, die alle Probleme der Dritten Welt auf angebliche kapitalistische Ausbeutung zurückzuführen sucht. Die hohen und wohl für längere Zeit konstanten Arbeitslosenzahlen in Europa scheinen zu verlangen, daß man sich zuerst mit der Lösung der entsprechenden sozialen Fragen hier beschäftigt, statt die ökonomischen und sozialen Probleme in Lateinamerika oder Schwarzafrika anzuklagen.

Schon Ende der 70er Jahre begannen einige Mitglieder der RAF, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Im Mai 1979 stellten sich nach einem Aufruf des Bundesinnenministers zwei Mitglieder der RAF, die mit Haftbefehl gesucht wurden, den Behörden. Im Juni 1979 erklärte sich Astrid Proll, die am 15. September 1978 in London festgenommen worden war, mit ihrer Rückführung in die Bundesrepublik Deutschland einverstanden. Kristina Berster, festgenommen am 16. Juli 1978 in Vermont/USA, erklärte sich ebenfalls zur Rückkehr bereit und wurde am 1. November 1979 in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben. Rudolf Raabe stellte sich im Juli 1980, Günter Maria Rausch im Oktober 1983 freiwillig den Untersuchungsbehörden.

Das Umfeld und die Friedensbewegung

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland hat den Sympathisanten der RAF und RZ Elan und Kraft genommen. Die Breitenwirkung, welche die Friedensbewegung inzwischen erzielt hat, macht deutlich, daß die Chancen progressiver Politik größer sind, wenn ihre Verwirklichung gewaltfrei angegangen wird. Der Wunsch, das gesellschaftliche System zu verändern, manifestiert sich heute auch bei der extremen Linken in Reformvorhaben und nicht in Revolution. Er kanalisiert sich in Institutionen und Organisationen, die inzwischen zum Teil in die Parlamente eingezogen sind. Das ideologische und aktivistische Kräftepotential, das bis vor wenigen Jahren noch frei war als Umfeld und zum Flankenschutz terroristischer Organisationen, ist inzwischen aufgegangen und assimiliert worden durch die Friedensbewegung und die verschiedenen Organisationen der Grünen und Alternativen.

Das alternative Spektrum ist, insgesamt gesehen, immer noch mehr eine „Bewegung" als eine „Partei". Seine Organisationsstrukturen stellten sich bisher nur als Hülle dar, in der sich divergierende Interessen mit wechselnden Zielrichtungen zu einer neuen politischen Kraft gebündelt haben.

Andere Bewegungen, die von zum Teil ähnlichen Motivationen getragen sind, sich aber nicht zu einer Partei kristallisieren konnten, sind gescheitert. Die erste Bewegung dieser Art war die „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung" der Jahre 1951/52. Sie mußte ohne Erfolg bleiben, weil sie von Kommunisten initiiert und von Vehikeln der damaligen KPD organisiert und getragen war.

Die zweite Bewegung entwickelte sich, als die Nato-Konferenz im Dezember 1957 beschloß, die europäischen Mitgliedstaaten mit Atomwaffen-Depots auszurüsten. Auch sie war von Kommunisten beeinflußt. Die Führungsgremien vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und von der SPD versuchten zögernd, die Aktion „Kampf dem Atomtod" auf eine allgemeine Volksbefragung hinzulenken. An den einzelnen Kundgebungen beteiligten sich bis zu 150 000

Menschen. Das Bundesverfassungsgericht verbot am 30. Juli 1958 auch diese Volksbefragung.

Die dritte Bewegung hatte ihre Wurzeln im Protestpotential der studentischen Jugend der 60er Jahre. Ihren explosiven Höhepunkt erreichte sie mit den Aktionen der APO (Außerparlamentarischen Opposition) in den Jahren 1967/68. Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Bewegungen handelte es sich bei ihr um den Protest einer neuen Generation, die in das Wirtschaftswunder hineingewachsen war, es aber nicht mitgestaltet hatte.

Erste organisatorische Impulse kamen von der aus den Ostermärschen hervorgegangenen und kommunistisch beeinflußten Kampagne für Abrüstung (KFA). Zur Avantgarde wurde der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS).

Die APO zerfiel, als die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 in die CSSR einmarschierten und nachdem die Anti-Notstands-Kampagne im Herbst 1968 gescheitert war.

Die Regierung Brandt/Scheel versuchte, den reformfähigen Teil der Bewegung aufzufangen und für sich zu gewinnen. Vor allem die SPD konnte eine große Anzahl von Jungwählern mobilisieren. Von 1969 bis 1973 traten 100 000 Studenten und Jungakademiker der Partei bei. Die Kader-Organisationen der Neuen Linken verkümmerten zu Sekten.

Der Anfangsglanz des „Historischen Bündnisses" zwischen SPD und FDP verblaßte bald. Die Reformvorhaben der neuen Koalition stießen auf ökonomische Grenzen. Der Erwartungsüberhang, den die Regierung im Hinblick auf die Möglichkeiten der Ost- und Entspannungspolitik erzeugt hatte, wurde sichtbar. Helmut Schmidt löste Willy Brandt als Kanzler ab. Die Aufbruchsstimmung der Jahre, in denen man „mehr Demokratie wagen" (Brandt) wollte, machte einer Phase der Ernüchterung und Desorientierung Platz.

Gleichzeitig hatten sich Bürgerinitiativen gebildet, die sich der Bewältigung unterschiedlichster Probleme widmeten, zu deren Lösung die etablierten Parteien nicht fähig oder willens schienen. Aus ihnen entstand, sich zum Teil damit überlappend, eine breite Ökologie-Bewegung. Parallel dazu entwickelten sich, zunächst als Sub-Kultur, die Alternativ-Bewegung sowie die Frauen-Bewegung.

In diese politische Mischung trat die Friedensbewegung mit zunächst formierender Kraft. Auch sie war in ihrer Entwicklungsphase bis hin zum ersten Jahrestag des „Krefelder Appells" am 21. November 1981 maßgeblich von Kommunisten beeinflußt. Mit der Oppositionsrolle der SPD seit Oktober 1982 und nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag hat sich die nichtkommunistische Basis der Friedensbewegung aber entscheidend verbreitert. Die Gesamtbewegung dürfte nach wie vor über rund 1,5 Millionen Anhänger verfügen. Sie hat einen Sympathisantensaum, über den inzwischen fast fugenlos ökologische Denkweisen und Umweltschutzprogramme in die einzelnen Stämme – wie zum Beispiel die Alternativ- und Frauen-Bewegung – hineingeflossen sind. Umgekehrt haben die sich als Partei verstehenden Grünen ihre programmatischen Schwerpunkte von der Ökologie- und Anti-Kernkraft-Thematik auf Fragen der Abrüstung und des Friedens verschoben. Mit dem Blick auf Friedens-, Alternativ- und Frauen-Bewegung können sich die Grünen deshalb zu Recht als parlamentarischer Arm einer breiten außerparlamentarischen Opposition verstehen.

Eine zu breite Toleranz gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen (symptomatisch ist die lange Diskussion über die Straffreiheit bei Unzucht mit Minderjährigen) hat zu Wahlverlusten beigetragen. Die Fixierung auf ökologische Randprobleme hat der Glaubwürdigkeit Abbruch getan. Inzwischen deutlicher gewordene gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Tendenzen und darauf folgende neue Einsichten der Wähler dürften den Grünen aber helfen, bis weit in die 90er Jahre das politische Spektrum der Bundesrepublik mitzubestimmen. Die Politik der SPD gegenüber den Grünen in Hessen etwa zeigt nicht nur Sachzwänge für die Sozialdemokraten, sondern auch die Notwendigkeit für die Grünen, kompromißfähiger zu werden.

Wählbarkeit und Bündnisfähigkeit der Grünen werden sich erhöhen, wenn sich die Partei – wie in Einzelfällen schon geschehen – weiterhin von kommunistischen Beeinflussungsversuchen abgrenzen kann. Die Abwendung von künstlichen Organisationssystemen (die Fragwürdigkeit des Rotationsprinzips ist schon häufig angesprochen worden) wird stabilisierende Wirkungen haben. Die zurückhaltende Sympathie liberaler Zeitungen ist von einem nicht zu unterschätzenden Propagandawert. Die Alternativ-Presse, die eine Auflage von mehr als 500 000 Exemplaren im Monat hat, bringt organisatorische Einflüsse. Die linksradikale „taz" mit rund 40 000 Exemplaren täglich ist zu einer Plattform und zu einem Diskussionsforum für alle Basisbewegungen geworden. Weit über deren Anhängerzahl hinaus hat sich eine neue Mittelklasse gebildet, die die gleichen Besorgnisse hat und zu den gleichen Zielen tendiert wie die neuen sozialen Bewegungen, für welche die Grünen als Repräsentant stehen.

In diese neue Klasse eingebunden sind auch die Kräfte, die noch vor wenigen Jahren die RAF und die RZ unterstützt hatten. Ihre politische Energie ist heute mehr praxisbezogen und deshalb kompromißbereiter als das frühere RAF- und RZ-Umfeld. Dieses arbeitet auf Bündnisse zwischen SPD und Grünen hin. In der dazugehörenden politischen Landschaft hat sich ein Klima entwickelt und ist nach wie vor existent, das demjenigen der ersten Jahre der Koalition Brandt/Scheel ähnelt. Es ist zwar weniger schwärmerisch als damals, eine Art „Aufbruchsstimmung" ist aber dennoch virulent. Die Zukunftserwartungen, die damit verbunden sind, dämpfen die Vorstellungen, daß nur der „bewaffnete Kampf" zu einer Änderung des gesellschaftlichen Systems führen (RAF) oder daß nur die Schaffung neuer „revolutionärer Subjekte" zu einer Änderung der Lage beitragen könnten (RZ). Solange diese Erwartungen nicht enttäuscht werden, sind die Chancen, neue Kämpfer für den deutschen Terrorismus „außerhalb des legalen Umfeldes" rekrutieren zu können, gering.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) und die „Offensive 84/85"

Die Organisation der RAF setzt sich nach wie vor aus drei Kreisen zusammen, die sich gegenseitig berühren und in einigen Fällen überlappen. Es handelt

sich um die Kommando-Ebene (den harten Kern), um das „legale" Umfeld und um die inhaftierten Terroristen.

In Haft befanden sich Ende 1985 noch 46 Terroristen.[1] Davon gehören und gehörten 43 zur RAF und drei zur „Bewegung 2. Juni", die inzwischen in der RAF aufgegangen ist. Von den 46 inhaftierten Terroristen sind 25 ehemalige RAF-Kämpfer und die drei Terroristen der „Bewegung 2. Juni" rechtskräftig verurteilt. Einige der Gefangenen, die sich am Hungerstreik nicht beteiligten, können nicht mehr zur RAF gerechnet werden. Dazu gehören zum Beispiel Jürgen Grashof, Klaus Jünschke, Siegfried Haag und Stefan Wischnewski.

Das RAF-Umfeld umfaßt nach wie vor rund 200 Personen. Aus diesem Kreis hat sich bisher der Nachwuchs der RAF rekrutiert. Der harte Kern der Kommando-Ebene besteht noch immer aus nur 15 bis 20 Personen. Aus der RAF der 70er Jahre stammen davon Inge Viett (geboren am 12. Januar 1944 in Stemwarde) und Henning Beer (geboren am 30. September 1958 in Hamburg). Die anderen „Kämpfer" sind erst 1984 zum harten Kern gestoßen.

Mit Haftbefehl gesucht werden insgesamt 31 deutsche Terroristen (Stand: Ende 1985).[2] Terroristen, die inzwischen den „bewaffneten Kampf" aufgegeben haben – wie zum Beispiel Hans-Joachim Klein –, sind auch noch in der Fahndungsliste aufgeführt.

Vier Frauen, die der Zielfahndung unterliegen, sind inzwischen aus der RAF ausgeschieden und haben sich terroristischen Organisationen in Nahost angeschlossen. Dabei ist der genaue Aufenthaltsort von Ingrid Siepmann (Jahrgang 1944) nicht bekannt. Susanne Albrecht (geboren am 1. März 1951 in Hamburg) war lange Zeit in einem PLO-Lager im Südjemen und lebt jetzt in einem Camp der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) in Damaskus. Friederike Krabbe (geboren am 31. Mai 1950 in Bentheim) war zunächst Mitglied der palästinensischen Terror-Organisation „15. Mai" (Abu Ibrahim) und arbeitet jetzt für das PFLP-Special-Command (Wadia-Hadad-Gruppe) in Bagdad.

Trotz der wiederholten Versuche zu rücksichtsloser Anwendung von Gewalt, die schließlich in der Ermordung von General Audran und Dr. Zimmermann gipfelten, befindet sich die RAF seit Jahren in einem Prozeß langsamen Verfalls. Die Deklination wird schon deutlich durch die Tatsache, daß die RAF seit 1980 keine „Strategischen Papiere" mehr veröffentlicht hat. Die Unterlagen, die im Juli 1984 in den Wohnungen von RAF-Terroristen in Frankfurt und Karlsruhe gefunden wurden, enthielten keine strategischen Konzeptionen, waren vielmehr ausdrücklich als „Planungs- und Diskussionspapier" bezeichnet. Die Reste der Ideologie der RAF sind seit 1980 nicht mehr ausdrucksfähig. Auch die interne politische Agitation konnte vielfach nicht eine Entwicklung verdecken, die aus der Existenz eines ideologisch motivierten „Kämpfers" in das hoffnungslose Dasein eines Desperados führen mußte. Daraus folgten Rückschläge.

Die Niederlagen, die die RAF erlitt, konnten ihre kriminelle Energie aber nicht brechen. Nach dem Scheitern des Versuchs, 1981 erneut eine „revolutionäre Situation" zu schaffen (Anschlag auf das Luftwaffen-Hauptquartier der Nato in Ramstein/Pfalz; Attentat auf den Kommandierenden General der US-Army in Europa, General Frederick J. Croesen), beschränkte sich die RAF 1982 auf logistische Operationen. Am 15. September 1982 überfielen Christian Klar, Adelheid Schulz, Inge Viett und Brigitte Mohnhaupt eine Bank in Bochum und erbeuteten 126 000 DM. Am 11. und 16. November 1982 wurden Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar festgenommen. Zahlreiche Depots mit Waffen, Munition, Geldmitteln und falschen Ausweispapieren wurden ausgehoben. Am 26. März 1984 verübten vier andere Mitglieder der RAF einen Raubüberfall auf eine Bank in Würzburg. Sie erbeuteten 171 000 DM.

Die RAF hatte also Erfolge errungen trotz der Tatsache, daß führende Mitglieder durch Festnahmen und Verhaftungen ausgefallen waren. Das führte zu Überlegungen, den bewaffneten Kampf über logistische Operationen hinaus wieder aufzunehmen.

Bei der Festnahme von sechs Kernmitgliedern der RAF im Juli 1984 in Frankfurt und Karlsruhe zeigte sich, wie weit diese Überlegungen schon gediehen waren. Die Beamten des Bundeskriminalamtes fanden in den Wohnungen der Terroristen neben zahlreichen anderen Unterlagen das oben erwähnte „Planungs- und Diskussionspapier". Der Inhalt dieses Papiers war offensichtlich schon mit den inhaftierten RAF-Mitgliedern besprochen worden und hatte aus den Gefängnissen Korrekturen erfahren. Es enthielt eine Analyse der derzeitigen politischen Lage in der Bundesrepublik, die auch von linken Sympathisanten wohl als realitätsfremd betrachtet worden wäre. Auf der anderen Seite enthielt es Pläne, die genau durchkalkuliert zu sein schienen und die in drei Stufen verwirklicht werden sollten.

Im Herbst 1984 sollten Sprengstoff-Attentate gegen Schlüsseleinrichtungen des „Nato-Militärapparats" (US-Army und Bundeswehr) durchgeführt werden. Einzelne Objekte waren als Angriffsziele gekennzeichnet. Die Ergebnisse der Aufklärung (zum Beispiel die Nato-Pipelines im süddeutschen Raum) waren beigefügt. Sie stammten offensichtlich aus dem RAF-Umfeld.

Gleichzeitig sollten die inhaftierten RAF-Mitglieder einen Hungerstreik starten mit der Forderung, in den Haftanstalten zusammengelegt zu werden. Dies ist das alte Ziel, „interkommunikationsfähige Gruppen" zu bilden. Bemerkenswert dabei ist, daß in dem Planungspapier von einer Befreiung der „inhaftierten Genossen" nicht mehr die Rede war.

In der dritten Stufe sollten „Repräsentanten der Repression" getötet werden.

Mit einer Zeitverschiebung von sechs Wochen versuchte die RAF dann tatsächlich, ihren Drei-Phasen-Plan zu verwirklichen. „Planungstreue" ist eine Eigenschaft, die von der RAF bisher immer wieder angestrebt und verwirklicht wurde. In den ersten Tagen des Dezember 1984 begannen die Gefangenen ihren Hungerstreik. Am 18. Dezember versuchte ein RAF-Kommando einen Bombenanschlag auf die Nato-Schule in Oberammergau. Wenn die Aktion für die RAF zum Erfolg geworden wäre, hätten rund 30 Menschen sterben müssen. Die Operation schlug fehl, weil der Zünder der Bombe wegen der damals herrschenden Kälte nicht detonierte. Am 15. Januar 1985 veröffentlichten AD und RAF ein gemeinsames Kommuniqué: „Für die Einheit der Revolutionäre in

Westeuropa", in dem sie die Gründung einer „Einheitsfront zur Bekämpfung des Nato-Imperialismus" ankündigten. Am 25. Januar 1985 ermordeten Terroristen der AD den französischen General René Audran vor seiner Wohnung in Paris. Ein „Kommando Elisabeth van Dyck" erklärte sich für die Tat verantwortlich. Elisabeth van Dyck war eine Aktivistin der RAF, die 1979 in Nürnberg tödlich verletzt wurde, als sie sich ihrer Festnahme zu entziehen versuchte. Am 1. Februar 1985 erschossen zwei Terroristen der RAF den deutschen Rüstungsmanager Dr. Ernst Zimmermann in seinem Haus in der Nähe von München. Diese Aktion firmierte unter dem Namen „Kommando Patsy O'Hara", der Name eines Mitgliedes der IRA, das bei dem Hungerstreik im Jahre 1981 den Tod gefunden hatte.

Der Hungerstreik der inhaftierten Mitglieder der RAF und die Operationen der Kommando-Ebene wurden begleitet durch Anschläge und Anschlagsversuche aus dem „legalen" Umfeld der RAF. Während der Gesamtzeit des Hungerstreiks ereigneten sich 15 Sprengstoff- und 23 Brandanschläge. Die Hälfte davon richtete sich gegen militärische Objekte.

Bei einem Anschlagsversuch am 20. Januar 1985 gegen das Rechenzentrum Bau GmbH in Stuttgart-Vaihingen kam es für die Terroristen zu einer Panne. Johannes Thimme und Claudia Margarete Wannersdorfer, beide zum RAF-Umfeld gehörend, transportierten einen Sprengsatz in einem Kinderwagen zum Tatort. Die Bombe explodierte vorzeitig. Johannes Thimme wurde getötet; Claudia Margarete Wannersdorfer wurde schwer verletzt. Thimme war bereits von 1978 bis 1980 als Miglied der RAF und 1981/82 wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung inhaftiert gewesen.

Nach dem Mord an Dr. Ernst Zimmermann brachen die Gefangenen den Hungerstreik ab. Die RAF veröffentlichte eine „Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks", die zeigt, daß sich die Terror-Organisation ihrem entscheidenden Ziel – nämlich der Errichtung einer anti-imperialistischen Front in der Bundesrepublik und in Westeuropa – ein erhebliches Stück näher gekommen zu sein glaubte. Die RAF stellte zunächst realistisch fest, daß die anti-imperialistische Front noch nicht das politische, praktische und organisatorische Niveau entfaltet habe, das notwendig sei, „dem offenen Vernichtungsinteresse des Staates die Grenze zu setzen"; sie hielt aber den „Sprung zur Einheit der westeuropäischen Guerilla und die Realisierung einer neuen Qualität von Angriffsstrukturen" tatsächlich jetzt für möglich.

Sie führte das zurück auf die Konzentrierung auf Aktionen, die dem Gesamtkonzept folgten, und auf die Vermeidung von bloßen Sympathie- und Störaktionen. Diese Vorstellungen fanden sich bereits in Ansätzen in einem „Zellen-Papier", das im Oktober 1982 an mehrere Häftlinge gerichtet war. Schon damals wurden im Hinblick auf einen etwaigen neuen Hungerstreik „demonstrative und zugleich appellierende Aktionen" als falsch bezeichnet. In dem Zellen-Zirkular hieß es weiter:

> wenn, dann hit-and-run-aktionen. daß sie klar als aktionen der militanten szene zu erkennen sein müssen. und daß sie in ziel und mittel als aktion auf diesem terrain auf die metropolenstrategie bezogen sein müssen.

Trotz dieser Appelle um Beschränkung und Begrenzung erfolgten am 8. April 1985 (Ostermontag) weitere Anschläge und Anschlagsversuche aus dem RAF-Umfeld.

Eine „Illegale militante kämpfende Einheit Johannes Thimme" zündete einen Sprengsatz bei der Internationalen Schiffs-Studiengesellschaft (ISS) in Hamburg-Wandsbek. Ein weiterer Sprengsatz in einem im Nachbarhaus gelegenen Büro der ISS konnte rechtzeitig entschärft werden.

Eine „Kämpfende Einheit Ulrike Meinhof" beschädigte mit einem Sprengstoffanschlag die Nato-Pipeline bei Ippingen im Kreis Aalen.

Drei Mitglieder der RAF versuchten, sich in Uniformen der Bundeswehr Zugang zu einem Munitionsdepot in Neukirchen bei Traunstein zu verschaffen. Sie scheiterten an der Aufmerksamkeit des Wachtpostens.

Am 8. August 1985 verübte die RAF einen schweren Bombenanschlag auf den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt am Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt. Sie brachte eine Auto-Bombe zur Entzündung, tötete zwei Amerikaner und verletzte elf Passanten. Am 7. August hatten zwei Mitglieder der RAF den amerikanischen Soldaten Edward Pimental mit einem Genickschuß ermordet, um seine Identifizierungskarte zu rauben. Mit ihr erschlich sich die RAF den Zugang zu der abgesperrten Air-Force-Base. In dem späteren „Bekennerbrief" behauptete die RAF, es habe sich um eine gemeinsame Aktion mit der AD gehandelt. Der „Bekennerbrief" war mit „Kommando George Jackson" unterzeichnet. Jackson war Mitglied der amerikanischen Black-Panther-Bewegung und wurde bei einer Gefängnisrevolte getötet.

Solidarisierungs-Aktionen

Neben dem Hungerstreik und dem „bewaffneten Kampf", das heißt den Bombenanschlägen und den Morden, gehörten zur „Offensive 84/85" auch öffentliche Solidarisierungsaktionen, die in das Gesamtkonzept der RAF passen.

Während des Hungerstreiks veranstalteten Unterstützerkreise, Angehörige und Rechtsanwälte der Gefangenen rund 60 Diskussionsabende und Solidaritätszusammenkünfte, an denen sich jeweils etwa 200 Personen beteiligten. Eine Veranstaltung in Frankfurt/Main am 11. Januar 1985 hatte 650 Besucher.

Etwa 15 Demonstrationen wurden durchgeführt. In Hamburg beteiligten sich 1 000 Personen, in Berlin 1 500 und in Göttingen 500. Für eine Demonstration in Karlsruhe vom 26. Januar 1985 war etwa zwei Wochen lang bundesweit geworben worden. Sie hatte danach 1 750 Teilnehmer, von denen mehrere hundert vermummt waren.

Durch Programme illegaler Radiosender fand die RAF im linken Umfeld vorübergehend eine nicht unerhebliche Publizität.

Am 10. Januar 1985 besetzten Angehörige inhaftierter RAF-Mitglieder und Personen aus dem terroristischen Umfeld das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Bonn.

Noch nach den Morden an General Audran und Dr. Zimmermann besetzten Sympathisanten der RAF die Landesgeschäftsstelle der hessischen Grünen in Frankfurt/Main. Die Grünen duldeten die Aktion. Die Besetzer räumten die Büros erst am 7. Februar 1985.

Auf Erklärungen der RAF selbst folgten weitere Solidarisierungsaktionen, die aber mit der RAF nicht koordiniert waren. Großen Einfluß für derartige Folge-Demonstrationen hatten die „Erläuterungen der RAF zum Hungerstreik".[3]

Am 24. Januar 1985 verfaßte der ASTA der Universität Bremen eine „Erklärung zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen". Der Rektor und der Akademische Senat protestierten. Der ASTA nahm zu den Protesten am 31. Januar Stellung und unterstrich sein Engagement für die RAF-Gefangenen.[4]

Auch im Ausland kam es zu Solidarisierungen. Am 3. und 4. Januar 1985 blockierten Jugendliche die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag. Andere drangen in das deutsche Generalkonsulat in Amsterdam ein und besprühten die Wände. Ein Intercity-Zug Amsterdam-München wurde kurz nach der Ausfahrt aus dem Hauptbahnhof Amsterdam durch Notbremsung zum Stehen gebracht und dann von 30 Personen mit RAF-Parolen beschmiert.

Am 8. Januar 1985 fand in Paris eine Solidaritätsveranstaltung statt, an der sich 40 Personen beteiligten.

Am 15. Januar 1985 wurde in Brüssel ein Sprengstoffanschlag gegen ein Kommunikationszentrum der Nato, in Barcelona gegen eine Niederlassung von Daimler-Benz verübt.

Am 24. Januar 1985 besetzten Sympathisanten der RAF in Genf die Räume des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Eine Zäsur hätten die Morde an General Audran und Dr. Zimmermann bringen müssen. Das Bekennerschreiben[5] signalisierte das Ende der „Offensive 84/85". Trotzdem veröffentlichte noch am 4. Februar 1985 eine große Gruppe europäischer linker Organisationen und Persönlichkeiten in der alternativen „taz" (Tageszeitung) eine Anzeige, in der sie die Bundesregierung drängte, die Forderung der RAF nach Zusammenlegung der Gefangenen zu erfüllen. Am zahlreichsten unter den Organisationen und Personen, die diese Erklärung gegen die sogenannte „Isolationsfolter" unterzeichneten, sind Namen aus der Schweiz.[6]

Die Revolutionären Zellen (RZ)

Die strategischen Konzepte der RZ waren von Anfang an davon bestimmt, gegenüber der RAF eine eigenständige Position zu beziehen. Die RZ wollten im Gegensatz zur RAF-Theorie, nach der studentische Eliten die Revolution bestimmen sollten, eine Rückkoppelung zu den „Massen". Das sollte dadurch geschehen, daß man die einzelnen revolutionären Aktionen an konkrete gesellschaftliche Konflikte anknüpfte.[7] Aus dieser Grundüberzeugung entwickelte sich die sogenannte „Anknüpfungsstrategie". Deren erste Devise lautet:

> Aktionen primär unter dem Gesichtspunkt der Vermassung durchzuführen, d.h. sie dort anzusetzen und mit den Mitteln durchzuführen, die sie für die Leute machbar machen bzw. mit denen sie sich identifizieren können.[8]

Die vierte Ausgabe der RZ-Zeitung „Revolutionärer Zorn" brachte die sorgfältigste Ausarbeitung der ideologischen Grundlagen der RZ. In ihrer Bewertung der politischen und ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre konzentrierte sie sich auf die Politik der Multinationalen Konzerne, die für sie zum Inbegriff des Imperialismus wurden. Die partielle Industrialisierung der Dritten Welt durch das internationale Kapital habe die frühere indirekte Abhängigkeit dieser Länder vom Weltmarkt in eine direkte Abhängigkeit von den Investitionsentscheidungen der großen Konzerne verwandelt. Außerdem habe sie dem transnationalen Kapital die Möglichkeit eröffnet, nur einen geringfügigen Anteil der in den Ländern der Dritten Welt erarbeiteten Gewinne dort zu re-investieren und den größten in die „Metropolen" zu transferieren.

Nach der Festnahme des Studenten Hermann Feiling im Juni 1978, der bei einer Bombenexplosion in seiner Heidelberger Wohnung beide Beine und das Augenlicht verlor, konnten erste Einblicke in die Organisationsstruktur der RZ gewonnen werden. Abweichend vom Modell der Stadt-Guerilla der RAF bemühen sich die Mitglieder der RZ, ihre Legalität solange wie möglich aufrechtzuerhalten. Sie leben nicht ständig im Untergrund, sondern haben sich in Kleingruppen orientiert, die weitgehend unabhängig voneinander operieren. Die Mitgliederzahl der einzelnen Zellen beträgt zwischen fünf und acht Personen. Die Mitglieder kennen sich teilweise nur unter Decknamen.

Nach einer Analyse des Bundeskriminalamtes vom Mai 1984 stellt die

> terroristische Vereinigung RZ ... gegenwärtig das stärkste und gefährlichste terroristische Gewalttäterpotential dar. Die Zahl der von ihr seit 1973 verübten Gewalttaten übersteigt bei weitem den Umfang der kriminellen Tätigkeit der „Bewegung 2. Juni" und der „Roten Armee Fraktion", deren Brutalität sie bisher allerdings nicht erreicht hat. Dank ihrer Struktur, die nach dem Prinzip weitgehend unabhängig voneinander operierender und gegeneinander abgeschotteter Kleingruppen aufgebaut ist, konnte es ihr bisher gelingen, sich, bis auf geringe Ausnahmen, dem polizeilichen Zugriff zu entziehen.

Das linke Umfeld der RZ hat inzwischen eine andere Bilanz gezogen. Wortführer der Kritik war zunächst die Zeitschrift „radikal", die seit Ende 1983 nicht mehr erschienen ist. Die Kernpunkte der von ihr postulierten linken Skepsis haben aber nach wie vor Gültigkeit. Sie gipfeln in der Frage: Was hat der Kampf der RZ – nach zwölf Jahren – tatsächlich gebracht? Die Antwort, die „radikal" lieferte, war folgende: Die RZ haben mit ihren Aktionen die angestrebte Massenbasis nicht gefunden.

Spätere linke Kommentare sagten, die RZ hätten die derzeitige politische Entwicklung in der Bundesrepublik, die auf eine Veränderung des gesellschaftlichen Systems durch Reformen (Grüne-SPD) und nicht auf eine revolutionäre Situation hinauslaufe, falsch eingeschätzt. Sie seien auf dem Wege, in elitärer

Arroganz zu verkümmern.

Ideologischer Windbruch ist tatsächlich bei den RZ zu verzeichnen. Ihre Zeitschrift „Revolutionärer Zorn" ist seit Januar 1981 nicht mehr erschienen. In den letzten 24 Monaten sind vier Kernpapiere konzipiert worden, die danach zum Teil in der linken Tagespresse veröffentlicht wurden. Es handelt sich um eine „Aufarbeitung gegen die Startbahn West" in Frankfurt[9], um eine Bewertung der Friedensbewegung (Dezember 1983)[10], um ein Diskussionspapier zur 35-Stunden-Woche[11] und um ein Interview des Frauensektors der RZ, „Rote Zora"[12].

Das Diskussionspapier über die Zukunft der Friedensbewegung hat als Grundlage eine gescheite Analyse der geopolitischen Situation, die Kritik an den Entwicklungen im Ostblock nicht ausspart. Es erklärt beispielsweise, daß die Sowjetunion mangels ökonomischer Potenz in der Dritten Welt sehr schnell an ihre Grenzen stoßen werde und sich auf „die Reklamation eines weltpolitischen Idealismus im Namen der Völkerfreundschaft oder aber auf rein militärische Formen der Sicherung von Einflußzonen" beschränken werde. Was bleibe, sei „im wesentlichen Waffenhilfe für nationale Befreiungsbewegungen, die nach ihrem Sieg – wie Nicaragua – auch im Interesse der Sowjetunion versuchen müssen, einen dritten Weg zu gehen; denn diese (die Sowjetunion) kann sich weder ökonomisch noch machtpolitisch weitere Kubas leisten".

Die Bewertung der Friedensbewegung selbst verrät deutlich resignative Züge. Nach der Stationierung der Pershing II würden – so die RZ – „die radikale Linke und zentrale Inhalte ihres (der Friedensbewegung) bisherigen Selbstverständnisses auf der Strecke bleiben".

Der „zunehmende Einfluß der Grün-Alternativen, der Kirchen, der traditionellen Kommunisten und Sozialisten und schließlich der Integrationsapostel aus den Reihen der Sozialdemokratie" würde einer „Transformation der Friedensbewegung in einen neuen Befreiungssozialismus" entgegenwirken. Revolutionäre Gewalt sei nicht nur unerwünscht, sondern werde auch bei der radikalen Linken zunehmend abgelehnt.

Aus dieser Selbsteinschätzung der RZ hatte sich zunächst eine bemerkenswerte Zurückhaltung im operativen Bereich entwickelt. Informationen des Verfassungsschutzes wiesen darauf hin, daß Planungen zu Anschlägen durch eine Phase von Diskussionen ersetzt worden seien. Die Überlegungen innerhalb der RZ gipfelten in der Frage, ob ein politisch-subversiver Kampf auf die Dauer – zumindest in der derzeitigen politischen Situation – nicht mehr Erfolg verspreche als „revolutionäre Akte".

In dieser Phase praktischer Abstinenz schrumpften die Mitgliederzahlen der RZ. Vor zwei Jahren schätzten die Verfassungsschutzbehörden die Anzahl der Mitglieder auf rund 200. (Die einzelne Zelle hatte und hat fünf bis acht Kämpfer.) Heute beziffern die Verfassungsschützer die Mitglieder aller RZ auf etwa 50, höchstens auf 80 Mitglieder. Schwerpunkte sind nach wie vor das Rhein-Main-Gebiet, Nordrhein-Westfalen und Berlin.

Im Zusammenhang mit der „Offensive 84/85" der RAF haben die RZ keine terroristischen Aktionen durchgeführt. Eine am 13. Februar 1985 in der linksorientierten „taz" veröffentlichte Stellungnahme der RZ zu den Aktionen der RAF stieß in den Reihen der eigenen Anhänger auf Widerspruch.[13] Offensichtlich haben die RZ in ihrem Bemühen, sich von der Ideologie und Strategie der RAF abzugrenzen, noch keine einheitliche Linie gefunden.[14]

Nach dem Zusammenbruch des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen gingen die RZ erneut zu Operationen über. Mit vier Bombenanschlägen „bestraften" sie Firmen, die durch ihre Politik oder mit ihren Geschäftsbeziehungen angeblich die streikenden britischen Bergarbeiter bekämpft hatten.

Am 28. April 1985 brachten sie mittels Zeitzünder mehrere Sprengsätze zur Explosion am Gebäude des Arbeitgeberverbandes und an der Niederlassung der Chemiefirma Hoechst in Köln sowie am Gebäude der Hauptniederlassung der Deutschen Bank in Düsseldorf.

Am 30. Mai 1985 sprengten sie eine unterirdische Öl-Pipeline der Nato in der Nähe von Frankfurt/Main.

Guerilla Diffusa

Dies ist der Begriff, unter dem die schmalen terroristischen Aktivitäten der „autonomen Linken" zusammengefaßt werden. Es handelt sich um Kleingruppen, die erst auf dem Wege sind, durch Einzelaktionen „revolutionäres Profil" zu gewinnen. Manchmal ist nicht zu unterscheiden, ob nicht politische Phraseologie nur Deckmantel für bloße Kriminalität ist.

Drei Beispiele aus dem Jahre 1984 können das verdeutlichen:

Im September 1984 wurden vier junge Männer aus Berlin nach einem Banküberfall in Höxter/Westfalen festgenommen. Durchsuchungen der Wohnungen in Berlin förderten politisch-ideologisches Schriftmaterial zutage, das intellektuellen Ansprüchen kaum genügen konnte. Auf der anderen Seite wurden Unterlagen gefunden, nach denen die „Terroristen" in Berlin fünf Brandanschläge mit Molotow-Cocktails durchgeführt hatten. In einem Falle hatten die Täter sich – fälschlicherweise – als „Revolutionäre Zelle" zu dem Anschlag bekannt.

Im Oktober 1984 wurden vier junge Leute aus Hamburg bei einem Attentatsversuch gegen eine Versicherung in Münster/Westfalen festgenommen. Sie stammten aus dem sozial-revolutionären Umfeld eines Hamburger Jobberladens und aus der linksextremistischen „Arbeitslosenhilfe" Hamburgs.

Im November 1984 wurden in Rheda/Wiedenbrück drei Automaten-Knacker festgenommen. Bei der Vernehmung gestanden sie, Anschläge gegen einige Einrichtungen der Britischen Rhein-Armee mit Molotow-Cocktails durchgeführt zu haben. Ein politischer Bezug fehlte. Es handelte sich um bloßes Rowdytum.

Die Guerilla Diffusa stellt eine Mischung dar, die nach wie vor mehr ein Problem der allgemeinen Verbrechensbekämpfung ist als Schwerpunkt der Aufklärung des terroristischen Umfeldes sein kann. Fälle, in denen diesem Bereich zuzuordnende Personen in den Terrorismus der RZ oder RAF überwechselten, sind bisher nicht bekanntgeworden.

Internationale Verbindungen

Aus dem linksextremistischen Terrorismus der RZ sind dem internationalen Terrorismus in Einzelfällen Kämpfer zugewachsen, die sich maßgebend an Gewaltoperationen beteiligten. Als Beispiele sind zu nennen Johannes Weinrich, der als Mitglied einer zu dem Terrornetz von Iljitsch Ramirez („Carlos") gehörenden Gruppe am 13. Januar 1975 zwei Raketen auf ein Flugzeug der El Al in Paris-Orly abfeuerte, und Hans-Joachim Klein, der sich am 21. Dezember 1975 an dem Überfall der Gruppe „Carlos" auf die Versammlung der OPEC in Wien beteiligte. Seither sind keine Mitglieder der RZ mehr als Söldner internationaler Terrororganisationen hervorgetreten.

Die RAF hatte es verstanden, über Sympathisantengruppen im westlichen Ausland mehrere Jahre lang eine internationale Solidarisierung mit dem deutschen Terrorismus zu promovieren. Die „Kampagne gegen Isolationsfolter" zum Beispiel erreichte eine bemerkenswerte Breitenwirkung in linken Kreisen von Holland, Belgien und Frankreich. Diese Solidarisierung ist tot. Die entsprechenden Unterstützungs-Komitees existieren nicht mehr. Das „legale" Umfeld der RAF hat keine internationalen Verbindungen mehr.

Die Kontakte, die die RAF zu den italienischen Roten Brigaden (BR) hatte, waren nie etablierte Verbindungen von Organisation zu Organisation, sondern liefen stets über persönliche Beziehungen zwischen herausragenden Mitgliedern der RAF zu bestimmten Funktionären der Roten Brigaden (BR). Nach den durchschlagenden Verlusten der BR und den Festnahmen der entsprechenden RAF-Mitglieder sind auch diese Kontakte tot.

Vor einem Jahr versuchten zwei führende Repräsentanten aus dem Umfeld der RAF, Verbindung mit der ETA aufzunehmen. Der Versuch, unter Umständen zu gemeinsamen Operationen zu kommen, wurde aufgegeben, weil die ETA-militar als eines ihrer Hauptziele „vollständige Amnestie" für alle ihre Kämpfer will, die RAF als Kampfziel aber die gewaltsame Befreiung der „inhaftierten Genossen" hat.

Die PLO und ihre Unterorganisationen haben der RAF schon seit Jahren die Unterstützung entzogen. Nach der ersten und einzigen gemeinsamen Operation, der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut", die mit dem auch für die PLO niederschmetternden Debakel in Mogadishu endete, warfen die Palästinenser der RAF vor, aus einem Überhang an Ideologie die terroristische Praxis zu verkennen.

Seit Anfang 1984 hatte sich bei den RZ und aus dem Umfeld der RAF ein steigendes Interesse an Operationen der französischen Action Directe (AD) gezeigt. Die linken Terroristen in der Bundesrepublik bewerteten die AD als die zur Zeit einzige funktionsfähige marxistisch-leninistische Terrororganisation in Europa. Bekennerbriefe und andere Publikationen der AD wurden mit Interesse gelesen und intern besprochen. Aus diesem Interesse entstand schließlich die Zusammenarbeit zwischen RAF und AD, die in der Ermordung von René Audran und Ernst Zimmermann gipfelte.

Die neue Allianz könnte die Operationsmöglichkeiten sowohl der RAF als auch der AD stärken. Das ist zumindest der Wunsch der führenden Mitglieder. Auf der anderen Seite bleibt fraglich, ob das Bündnis von Dauer sein kann. Die AD hat keine finanziellen Reserven. Sprachprobleme und Unterschiede in Charakter und Wesen zwischen den Mitgliedern der RAF einerseits und der AD andererseits werden die künftigen Kooperationen wahrscheinlich mehr auf Propagandamaßnahmen zurückführen als gemeinsame Aktionen zulassen.

Ein Überraschungserfolg, den die RAF während ihrer jüngsten „revolutionären Aktion" erringen konnte, war die Wiederaufnahme von Beziehungen zu den Palästinensern. Mit Beginn des Hungerstreiks hatten Vertreter des „legalen" Umfeldes versucht, Kontakte zum Hauptquartier der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) zu knüpfen. Am 16. Januar 1985 kam es zu einer ersten Begegnung. Ingrid Barabass, Regina Nicolai und Adler, Rechtsanwalt von Brigitte Mohnhaupt, trafen im Hotel Berlin in Ost-Berlin mit Abu Sharif, dem Sprecher der PFLP, zusammen. Ergebnis des Gespräches war ein Interview, das Bassam Abu Sharif der „Tageszeitung (taz)" gab, in dem er unter anderem erklärte, die PFLP unterstütze die Forderung der RAF nach einer Zusammenlegung der Gefangenen.[15]

Bis auf weiteres dürfte sich diese Allianz auf Propaganda beschränken.

Schlußfolgerungen

Die Guerilla Diffusa ist ohne politische Bedeutung. Sie ist in die Prestige-Gewalttätigkeit linker Rowdys eingebunden und stellt keine besondere Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar.

Die Revolutionären Zellen (RZ) werden der Diskussion über die Qualität ihrer Aktionen nicht ausweichen können. Es ist nicht abzusehen, ob sie willens und auf Dauer in der Lage sind, den „bewaffneten Kampf" wieder aufzunehmen. Wegen der von ihnen beanspruchten „Rückkoppelung zu den Massen" hängen ihre Aktivitäten von der gesamtpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik ab. Aussichten auf „rot-grüne Bündnisse" werden ihren reformistischen Zweig stärken. Auf der anderen Seite können weitere – beispielhafte – Erfolge der französischen Action Directe Anlaß sein, zu Gewalthandlungen zurückzukehren. Diese würden gemäß der immer noch existenten Gesamtstrategie der RZ vorwiegend auf multinationale Einrichtungen zielen, die sich – in den Augen der RZ – an der „Ausbeutung der Dritten Welt" beteiligen.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) hat ihre Konzeption trotz der zahlreichen Niederlagen, die sie in den letzten Jahren erlitt, nicht aufgegeben. Ihre kriminelle Energie ist ungebrochen. Ihr Umfeld ist intakt. Ihr Sympathisantentum allerdings ist geschrumpft. Sie hat wiederholt Kritik aus dem linken Spektrum erfahren, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Strategie als auch hinsichtlich ihrer Taktik. Dieser Kritik hat sie keine neuen Argumente entgegengesetzt. Diskussionswürdige Papiere hat sie nicht mehr produziert. Ihre internationalen Verbindungen sind zusammengebrochen.

Die führenden Mitglieder hatten die Grenzen der Operationsmöglichkeiten der RAF erkannt. Sie forderten mit dem Hungerstreik der Gefängnisinsassen nicht mehr deren „Befreiung", sondern nur noch ihre Zusammenlegung zu „interkommunikativen Gruppen".

Trotz dieser Beschränkung blieb die RAF ohne Erfolg. Die Bundesregierung gab nicht nach. Die Protestdemonstrationen zur Unterstützung des Hungerstreiks blieben überschaubar. Die flankierenden Sprengstoff- und Brandanschläge aus dem „legalen" Umfeld endeten, als der Hungerstreik zusammenbrach. Die Anschläge am 8. April in Hamburg-Wandsbek und in Ippingen müssen als unkoordinierte Attentate aus dem Umfeld, als eine Art „Nachbeten", gewertet werden. Der Versuch, Munition und Sprengstoff in Neukirchen zu beschaffen, der offenbar tatsächlich von einem Kommando der RAF ausging, scheiterte.

Die neuen Verbindungen zu französischen Terroristen und zu den Palästinensern hatten das Prestige der RAF in der Welt des internationalen Terrorismus gestärkt. Dies wirkt für die Kämpfer der RAF sicher als Erfolg. Auf der anderen Seite fehlen der RAF nach wie vor eine überzeugende Analyse der derzeitigen politischen Situation und Theoretiker, die eine neue Strategie formulieren könnten. Deshalb ist die RAF auch für die nahe Zukunft weiterhin ohne motivierende Vision für ihren „Kampf".

Ihre Anhänger versteifen sich gegenüber dieser Erfahrung mit der Behauptung, daß der „bewaffnete Kampf" auch ohne Aussicht auf Sieg fortgeführt werden müsse. Der jetzige harte Kern der RAF nähert sich damit dem Zustand der Hoffnungslosigkeit. Seine Mitglieder werden zu Desperados. Diese Kämpfer können nicht mehr argumentieren, geschweige denn überzeugen. Sie können nur noch töten – mit dem Risiko, selbst den Tod zu finden.

Anmerkungen

1 Zahlenangabe vom Bundeskriminalamt (BKA) im Januar 1986.
2 Zahlenangabe vom BKA im Januar 1986.
3 „Hungerstreikerklärung der RAF", verlesen von der angeklagten Terroristin Gisela Dutzi am 6. Dezember 1984 in der Hauptverhandlung vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.
4 Erklärung des ASTA zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen in der Zeitung „Treibsand" vom 24. Januar 1985.
5 Bekennerschreiben der RAF vom 1. Februar 1985.
6 „taz", 4. Februar 1985.
7 „Revolutionärer Zorn", Nr. 1, Mai 1975, S. 6.
8 Ebenda, Nr. 4, Januar 1978, S. 17.
9 Sonderdruck der RZ, August 1983.
10 „taz", 16. Januar 1984.
11 Sonderdruck der RZ, März 1984.
12 „emma", Juni 1984.
13 „taz", 21. Februar 1985.
14 Ebenda, 21. Februar 1985.
15 Ebenda, 19. Januar 1985.

Bezugsbedingungen: Die „Beiträge zur Konfliktforschung" erscheinen viermal im Jahr und sind durch jede Buchhandlung oder unmittelbar von der MARKUS-VERLAGSGESELLSCHAFT mbH, Hohenzollernring 85/87, 5000 Köln 1, zu beziehen.



Anschlag auf die Texaco-Raffinerie in Hemmingstedt, Brandanschlag auf eine Polizeistation, dann Anschläge auf das Kernkraftwerk Brokdorf und das Bayer-Chemiewerk – das war die Manöverlage für eine einwöchige Übung von 450 Mann der Grenzschutzabteilung Küste 3 des BGS in Brunsbüttel. Chemiewerke und Schleuse wurden bis an die Zähne bewaffnet bewacht, das gesamte Stadtgebiet "beweglich überwacht". Krönender Abschluß: Der BGS stürmte im Kugelhagel ein Haus. Bilanz: Ein "Terrorist" tot, zwei verletzt. – (chb)

Who is who in der Bundeswehr

Das einzige aktuelle Nachschlage-Handbuch über politische, militärische und zivile Persönlichkeiten aus dem Verteidigungsbe-

Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie. Herausgegeben durch Manfred Sadlowski, verantwortlich für den Inhalt: Karl-Heinz Hahslach, 6. Ausgabe – 1985/86 . 1985. 616 Seiten, 446 Porträtfotos, Plastikeinband, DM 68,–. ISBN 3-7637-5285-4

reich der Bundesrepublik Deutschland ist – noch einmal um wichtige Informationen erweitert und auf den neuesten Stand gebracht – zum sechsten Mal erschienen.

Kernstück des Handbuchs 1985/86, das als ein »Who is who in der Bundeswehr« gelten darf, bildet sein erster Abschnitt mit den 326 Lebensläufen (einschl. Porträtfotos) von Parlamentariern, Offizieren in Generals- bzw. Admiralsrängen sowie Beamten und Angestellten in vergleichbaren Stellungen. In weiteren Abschnitten werden in gleicher Weise 115 Repräsentanten der Verteidigungsindustrie und leitende Beauftragte in Verbänden vorgestellt, die mit den Einrichtungen der Landesverteidigung eng zusammenarbeiten. Diese Lebensdaten werden ergänzt durch umfangreiche Stellenbesetzungs- und Anschriftenlisten. Hinzu kommt das vollständige Kontakt- und Adressenmaterial für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr und der NATO.

Friedrich Holtzendorff

Franse politie zwijgt over arrestatie van André Olivier

1-4-86 Gaz.v.Antw.

Vermoedelijke leider Action Directe in Lyon aangehouden

De Franse politie bewaart voorlopig het stilzwijgen over de arrestatie van André Olivier, een van de vermoedelijke leiders van de extreem-linkse terreurgroep Action Directe, die vrijdag in Lyon werd aangehouden.

Olivier, een 39-jarige voormalige leraar, werd samen met een tweede verdachte in zijn auto gearresteerd door een politiemacht van 50 man. De tweede arrestant werd geïdentificeerd als de 26-jarige Bernard Blanc, die beschouwd wordt als een kleine misdadiger. In eerste instantie was hij aanzien voor Georges Cipriani, een andere leidende figuur van Action Directe. De twee mannen waren in het bezit van een heel wapenarsenaal waaronder twee revolvers, een Uzi-machinepistool en ingekerfde kogels. Olivier droeg een kogelvrij vest en in de auto lagen spullen om zich te vermommen, o.m., pruiken en vrouwenkleding, naast verscheidene indentiteitspapieren.

Hoe de politie-aktie precies werd opgezet, werd niet meegedeeld, maar de auto van Olivier en Blanc zou vanuit Parijs gevolgd zijn.

Het was wel bekend dat Olivier, die sinds 1979 ondergedoken zat, familie had in Lyon. Zijn 16-jarige dochter Anne was bij hem toen hij werd gearresteerd. Aangenomen wordt dat de mannen een roofoverval wilden plegen om aan geld te komen voor aanslagen of voor hun eigen onderhoud.

Olivier, een voormalige leraar, wordt in Frankrijk gezocht wegens doodslag. Hij zou betrokken geweest zijn bij bomaanslagen op de Bank of America en enkele NAVO-installaties in België in 1985. Action Directe wordt verdacht van banden met de CCC, de Strijdende Kommunistische Cellen.

Action Directe ontstond in 1979 door het samengaan van twee extreem-linkse groepjes en een groep maoïsten van de harde lijn. Aanvankelijk pleegde de groep bomaanslagen die enkel materiële schade veroorzaakten, maar in januari 1985 vermoordde een kommando van Action Directe generaal Rene Audran, de belangrijkste wapenhandelaar van de Franse regering. Action Directe werd op 18 augustus 1982 buiten de wet gesteld.

Enkele uren na de arrestatie van Olivier ontploften in verscheidene steden een groot aantal bommen. Er werden in totaal 16 explosies gemeld in Marseille, Aix-en-Provence, Nice en Parijs, maar er werd alleen materiële schade aangericht. Aanvankelijk dacht de politie dat het om wraakakties ging door Action Directe, maar in een anoniem telefoontje werd de verantwoordelijkheid later opgeëist door het Corsicaanse Nationale Bevrijdingsfront.

SDZ 1-4-86

Mitbegründer der Action Directe in Lyon festgenommen

Paris (dpa)

Der von der französischen Polizei gefaßte Andre Olivier (43), der als Mitbegründer der linksgerichteten Terror-Organisation Action Directe gilt, hat nach Ansicht der Behörden seit Jahren kaum mehr politische Motive für möglicherweise von ihm begangene oder geplante Straftaten. Olivier wurde am Sonntagabend in Lyon gemeinsam mit dem 26jährigen Bernard Blanc und seiner Freundin Joelle Crepet (29) offiziell unter Anklage gestellt, nachdem die drei am Karfreitag von 50 Polizisten festgenommen worden waren. Unterlagen mit politischem Inhalt, die in Oliviers Wohnung gefunden wurden, stammten aus der Zeit bis 1982. Aus diesen und dort entdeckten Plänen von Banken schloß die Polizei, daß er aus dem Terror-Milieu in die nicht politisch motivierte Kriminalität übergewechselt ist. Auch ein Zusammenhang der Festnahmen mit einer Serie von 13 Bombenanschlägen in Südfrankreich am Freitagabend bestätigte sich nicht. Zu diesen Attentaten, die nur Sachschäden anrichteten, bekannte sich die verbotene korsische Separatistenorganisation FLNC.

SDZ 14-3-86

Irischer Ex-Terroristenchef zu zehn Jahren Haft verurteilt

Dublin (dpa)

Irlands ehemaliger meistgesuchter Terrorist, Dominic McGlinchey, ist in Dublin zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Der 31jährige frühere „Stabschef" der Irischen Nationalen Befreiungsarmee (INLA) wurde für schuldig befunden, bei seiner Verhaftung vor zwei Jahren auf Polizisten geschossen zu haben. Kurz vor seiner Verhaftung hatte McGlinchey in einem Interview mit einer Dubliner Zeitung erklärt, er habe persönlich an 30 politischen Morden in Nordirland und an rund 200 Attentaten mitgewirkt.

Die irische Polizei hat in Dublin die mutmaßliche IRA-Terroristin Evelyn Glenholmes festgenommen. Die 29jährige Frau, die aus Belfast stammt, ist von den britischen Behörden mit neun Haftbefehlen zur Fahndung ausgeschrieben. Sie wird mit fünf Bombenanschlägen der verbotenen Irisch-Republikanischen Armee in London im Jahr 1981 in Verbindung gebracht. Bei den Anschlägen kamen drei Menschen ums Leben.

Uitlevering IRA-lid Kelly tegengehouden door stokoud verdrag. Rechtbank legt begrip politieke daad eng uit.
De Volkskrant 29-3-1986

AMSTERDAM. — De rechtbank in Amsterdam heeft dinsdag uitspraak gedaan in de door Groot-Brittannië aangekaarte uitleveringszaken van McFarlane en Kelly. Daar is de kous niet mee af. Zowel de raadsman van de beide IRA-leden, mr W. van Bennekom, als het Openbaar Ministerie hebben besloten in cassatie te gaan bij de Hoge Raad.

Uitleveringskwesties trekken nogal eens de aandacht. Eind jaren zeventig vroeg de Bondsrepubliek Duitsland de uitlevering van de RAF-leden Folkerts en Wackernagel, onder meer wegens het ontvoeren en doden van de voorzitter van de Duitse werkgeversorganisatie Schleyer. Onlangs trok het uitleveringsverzoek van de ontvoerders van Doderer en Heineken de aandacht. En zaterdag waren we getuige van de verbijsterende jacht op de IRA-activiste Evelyn Glenholmes, die — voor de tweede keer op één dag — door de Ierse rechter werd vrijgelaten omdat het Britse verzoek haar uit te leveren niet klopte.

De IRA-leden McFarlane en Kelly waren op 25 september 1985 uit de Maze-gevangenis in Noord-Ierland ontsnapt. McFarlane zat een gevangenisstraf van vijf maal levenslang uit wegens een aanslag op een bar in Belfast, waarbij vijf mensen gedood werden. Kelly hoefde maar twee maal zijn leven lang in de gevangenis te zitten wegens in 1973 gepleegde bomaanslagen in Londen.

De uitlevering van de twee Noord-Ieren werd niet alleen gevraagd om die gevangenisstraffen te kunnen voortzetten, maar ook wegens misdrijven die zij bij de ontsnapping zouden hebben gepleegd en waarvoor zij — uiteraard — nog niet waren berecht.

De uitlevering van Kelly vond de rechtbank niet toelaatbaar, omdat de bij de ontsnapping mogelijk gepleegde misdrijven — moord en poging tot moord — van politieke aard zijn. En voorts omdat de bomaanslagen destijds (1973) volgens de Britse wet geen delicten waren waarvoor uitlevering kan worden toegestaan. McFarlane mag volgens de rechtbank wel worden uitgeleverd, maar alleen voor zover het de in 1976 gepleegde bomaanslag in Belfast betreft.

Waarom eigenlijk wordt er vaak zo moeilijk gedaan als uitlevering wordt gevraagd ? Waarom bijvoorbeeld zou Frankrijk de Heineken-jongens, als Nederland daar om vraagt, niet gewoon op de trein zetten? Frankrijk kan er toch van uitgaan dat zij hier eerlijk zullen worden berecht?

Bom in café leidde „niet rechtstreeks" tot Ierse eenwording

Van oudsher bestaat er tegenzin om dit soort medewerking aan andere staten te geven, onder andere uit overwegingen van gastvrijheid en bescherming van (politieke, maar ook andere) vluchtelingen. Maar daar tegenover staat ook altijd de noodzaak rekening te houden met de wensen van bevriende staten geen gastvrijheid aan hun vijanden of „hun" misdadigers te verlenen.

Om ergens een weg te vinden tussen deze tegengestelde belangen zijn er tal van bi- en multilaterale uitleveringsverdragen gesloten. Voor Nederland zijn de belangrijkste: het Europese „Verdrag betreffende Uitlevering" waarbij zo'n twintig landen zijn aangesloten (waaronder de Bondsrepubliek Duitsland, Griekenland, sinds kort ook Frankrijk, Turkije, Israël en Zwitserland); de uitleveringsverdragen met het Verenigd Koninkrijk en met de Verenigde Staten en het verdrag met Suriname, waarvan de werking overigens in verband met de decembermoorden 1982 is opgeschort.

De inhoud van deze verdragen verschilt nogal, waardoor het uitleveringsverzoek van het ene land kan stranden waar een soortgelijk verzoek van het andere land succes heeft.

Maximum straf

Behalve verdragen waarbij Nederland partij is, bestaat er vanaf 1967 een Nederlandse Uitleveringswet, die een uitwerking is van artikel 2 van de Grondwet. Volgens de Uitleveringswet mag uitlevering alleen plaatsvinden als dat in een verdrag is geregeld. Nederlanders mogen nooit worden uitgeleverd. Uitlevering kan alleen worden toegestaan als de opgeëiste persoon verdacht wordt van een feit waarop een maximum straf van een jaar of meer staat. Of indien hij voor zo'n feit al een vrijheidsstraf van tenminste vier maanden kreeg opgelegd. Uitlevering wordt niet toegestaan voor strafbare feiten van politieke aard.

De rechtbank beoordeelt het uitleveringsverzoek. Acht zij de uitlevering niet toelaatbaar, dan màg die ook niet plaatsvinden. Oordeelt zij de uitlevering wel toelaatbaar, dan kàn de minister van Justitie de uitlevering gelasten, maar hoeft dit — afhankelijk van het betrokken verdrag — niet altijd.

In de oudere verdragen kwam niet het beginsel voor dat de uit te leveren persoon verdacht moet worden van een feit waarop een straf van een jaar of meer staat, of al een straf van tenminste vier maanden kreeg opgelegd. De feiten waarvoor uitlevering kon plaatsvinden, werden vroeger in de verdragen bij name genoemd. Dit werd pijnlijk ondervonden bij het uitleveringsverzoek in de zaak-Heineken. Frankrijk had het Europese verdrag nog niet geratificeerd en het negentig jaar oude Verdrag van Parijs liet daardoor de uitlevering maar beperkt toe.

Stokoud

Ook de Engelse regering merkt het nu weer. Zij krijgt het eveneens stokoude, uit 1898 daterende Verdrag van Londen tegengeworpen. Mogelijk had Kelly wel uitgeleverd kunnen worden, als het Verenigd Koninkrijk zich maar bij het Europees verdrag zou hebben aangesloten.

Interessant is de toepassing door de rechtbank in Amsterdam van het principe dat niet wordt uitgeleverd bij politieke misdrijven. Toen McFarlane in 1976 de bom in een bar in Belfast wierp, werd deze volgens zijn lezing bevolkt door „protestantse gangsters die onze winkelruiten ingooien en erger". De rechtbank achtte echter niet aannemelijk dat „McFarlane er in redelijkheid van kon uitgaan dat deze zaak rechtstreeks kon leiden tot het bereiken van zijn politieke doeleinden: „de staatkundige eenwording van geheel Ierland, de verdrijving van de Britse troepen uit Noord-Ierland en de bescherming van het katholieke republikeinse volksdeel aldaar".

Dit rechterlijke oordeel valt niet gemakkelijk te begrijpen als men het vergelijkt met de conclusie van de rechtbank dat de bij de ontsnapping gepleegde strafbare feiten wèl politiek van aard waren. McFarlane zat nu eenmaal in de gevangenis voor die — in de ogen van de rechtbank — niet politieke bom en wilde zijn vrijheid onder meer om weer soortgelijke — in de ogen van de IRA wèl politieke — activiteiten te kunnen ondernemen.

De in deze rechtspraak neergelegde maatstaven zijn wel erg eng. Niet één afzonderlijke actie pleegt „rechtstreeks" tot het gewenste revolutionaire resultaat te leiden, maar — wellicht — vele, telkens weer herhaalde acties. En evenmin kan het politieke karakter zonder meer aan de mate van succes worden afgemeten.

Afschuwelijk

Wellicht werpt men mij tegen dat die bomaanslagen zó afschuwelijk zijn dat het politieke karakter er niet toe doet. Uitleveringswetten en -verdragen maken echter geen onderscheid naar de *ernst* van de politieke feiten. Het gáát

daar immers juist zeer vaak om ernstige en afschuwelijke feiten. En het is precies de bedoeling van wetten en verdragen in dat soort politieke zaken de betrokkenen van uitlevering te vrijwaren. Dit ligt enigszins anders bij het Europees Verdrag tot Bestrijding van Terrorisme, maar de bij de ontsnapping gepleegde feiten vielen — althans voor Nederland — niet onder het bereik van dat verdrag.

Het Verenigd Koninkrijk heeft vele uitleveringsverzoeken bij andere landen ingediend. Volgens Van Bennekom werden die bijna nooit ingewilligd, en wel op grond van het politieke argument. Alleen de Ierse Republiek (!) heeft twee maal een IRA-lid uitgeleverd aan Engeland. Wordt McFarlane het derde Engelse succes?

PETER INGELSE

Weigering uitlevering laat strafvervolging hier onverlet

IRA-vonnis vooral feitelijk

Door onze redacteur NRC
mr. F. KUITENBROUWER

AMSTERDAM, 26 maart — Het verbod van uitlevering voor politieke delicten is een kenmerk van de liberale westerse democratie. Maar voor Nederland valt op dit punt van oudsher moeilijk te spreken van „een praktijk met een eigen gezicht", zo signaleerde de expert in het vreemdelingenrecht mr. A.H.J. Swart in 1973. De rechtbank Amsterdam heeft dan ook een opmerkelijke uitspraak gedaan door gisteren uitlevering te weigeren in het geval van één van de twee IRA-leden die hier in januari met een arsenaal aan wapens waren opgepakt.

Voor een deel waren het min of meer technische overwegingen die de doorslag gaven. Zo overwoog de rechtbank ten aanzien van de bomaanslag in Londen waarvoor Kelly tweemaal levenslang had gekregen in 1973, dat op het moment van zijn veroordeling geen wederkerigheid op uitleveringsgebied bestond tussen het Verenigd Koninkrijk en ons land. Ten aanzien van enkele aspecten van de ontsnapping uit de befaamde/beruchte Maze-gevangenis werd in aanmerking genomen dat onvoldoende materiaal was aangedragen om uitlevering te rechtvaardigen.

Feitelijk oordeel

De kern van de zaak was het verweer van de twee IRA-strijders dat hun politieke motieven in de weg stonden aan uitlevering. De officier van justitie had dit categorisch afgewezen: volgens hem onbrak een direct verband tussen doel en middelen. Deze maatstaf is ontleend aan een serie uitspraken van de Hoge Raad in de tweede helft van de jaren zeventig. Daarin werd als uitgangspunt genomen of de delicten in kwestie „gezien de omstandigheden waaronder zij worden begaan, een overwegend politiek karakter hebben".

In het geval van een door Frankrijk opgeëiste bankrover Joseph B., die zich erop beriep slechts de OAS te hebben willen dienen, ging dit niet op. In het geruchtmakende geval van de RAF-leden Folkerts en Wackernagel werd weliswaar op één punt een voorbehoud gemaakt (de gewelddadige ontvoering van en moord op werkgeversvoorzitter Schleyer) maar dat had voor een deel te maken met de manier waarop de Bondsrepubliek het uitleveringsverzoek had ingekleed en stond niet in de weg aan uitlevering van het tweetal op andere gronden.

Voorzichtig

De Hoge Raad huldigt kortom een voorzichtige benadering, geïnspireerd op de zogeheten „predominantie-toets" zoals die door de waakzame Zwitsers is ontwikkeld. Duidelijk is, zo tekent prof. mr. J. Remmelink (advocaat-generaal bij de Hoge Raad en medespeler in sommige van deze zaken) aan in zijn boek Uitlevering (1985), dat ons hoogste rechtscollege het zwaartepunt legt bij de feitelijke rechter die over uitlevering voor politieke delicten moet oordelen. Daar zit de ruimte, voorzover die er is, want feitelijke oordelen zijn voor de Hoge Raad (die zich concentreert op de uitlegging van het recht) slechts in beperkte mate te corrigeren.

De Amsterdamse rechtbank heeft deze ruimte benut, getuige de uiteenlopende resultaten waartoe zij komt ten aanzien van twee IRA-verdachten, die beiden worden opgeëist voor bomaanslagen. De bomaanslag op een café (beweerd protestants bastion) in Belfast met als gevolg vijf doden, waarvoor McFarlane vijf maal levenslang kreeg, wordt niet gekwalificeerd als politiek delict omdat de verhouding tussen doel en middelen zoek was en niet aannemelijk werd gemaakt dat de aanslag direct de politieke doeleinden van de IRA diende. Maar voor de massale uitbraak uit de Maze-gevangenis, waaraan de beide IRA-leden deelnamen, overheerste dat politieke doel wel.

Gijzeling

De optelsom van een technische blokkade (bomaanslag) plus het politiek motief (ontsnapping) dient volgens de Amsterdamse rechtbank Kelly te vrijwaren van uitlevering. Dit staat uiteraard los van een eventuele strafvervolging in Nederland wegens verboden wapenbezit. Voor McFarlane wordt uitlevering alleen toelaatbaar geacht wegens de bomaanslag. Aan deze beslissing van de rechtbank is een advies verbonden aan de minister van justitie. Deze dient zich te houden aan een rechterlijk verbod van uitlevering, maar hoeft een toegestane uitlevering niet tot uitvoering te brengen. De rechtbank vraagt in het geval-McFarlane aandacht voor de mogelijkheid dat zijn leven gevaar loopt bij uitlevering omdat Britse gevangenisbewaarders gezworen zouden hebben hem te doden.

Een belangrijke nieuwe factor in de IRA-zaken is het verdrag tegen het terrorisme van de Raad van Europa dat ons land vorig jaar heeft aanvaard. Dit sluit het beroep op het politieke karakter van delicten verregaand uit ten aanzien van de uitlevering voor bepaalde gewelddaden, zoals wederrechtelijke vrijheidsberoving (gijzeling). Daarvan was sprake in het geval van de uitbraak uit de Maze-gevangenis. Maar de Amsterdamse rechtbank vindt dat deze onder de omstandigheden niet buitensporig kan worden geacht.

Veel hangt, zoals gezegd, in uitleveringszaken af van het oordeel van de feitelijke rechter. Het is ook de bedoeling van de wetgever dat het daarbij blijft, aldus prof. Remmelink vorig jaar. Maar hij moest vaststellen dat cassatie in uitleveringszaken bepaald niet zeldzaam is en bovendien in een betrekkelijk groot aantallen tot (gedeeltelijke) vernietiging van de beslissing aanleiding geeft.

GAZ 28-3-86

Truman verloor voet bij aanslag van Griekse terroristen

Een Griekse terroristische groep, die zich de «Revolutionaire Groep Christos Kassimis» noemt, verklaarde maandag de bomaanslag van afgelopen zaterdag op het standbeeld van de Amerikaanse president Harry Truman in Athene gepleegd te hebben.

De verklaring stond te lezen in het linkse dagblad Eleftherotypia. De groep had de verklaring in een vuilnisvat in de stad gelegd.

De aanslag komt drie dagen vóór de aankomst van de Amerikaanse minister van Buitenlandse Zaken, George Schultz, in Athene. De terreurgroep zegt dat de aanslag is gepleegd om «de vertegenwoordiger van het Amerikaanse imperialisme» te verwelkomen. Volgens de daders is het beeld van Truman het symbool van de Amerikaanse overheersing in Griekenland. Het beeld staat in een klein park, in de buurt van de ambtswoning van de Griekse president.

Het beeld werd in 1963 geschonken door Amerikanen van Griekse afkomst, die op deze manier hun dankbaarheid wilden tonen voor de meer dan 2 miljard dollar aan militaire en ekonomische hulp die Griekenland na de oorlog van de Amerikaanse regering kreeg in het raam van de zogenaamde Truman-doctrine, die de indijking van de Sovjet-invloedssfeer tot doel had. In het geval van Griekenland werd het geld vooral gebruikt om tijdens de burgeroorlog van 1947 tot 1949 de kommunistische guerrilla te bestrijden.

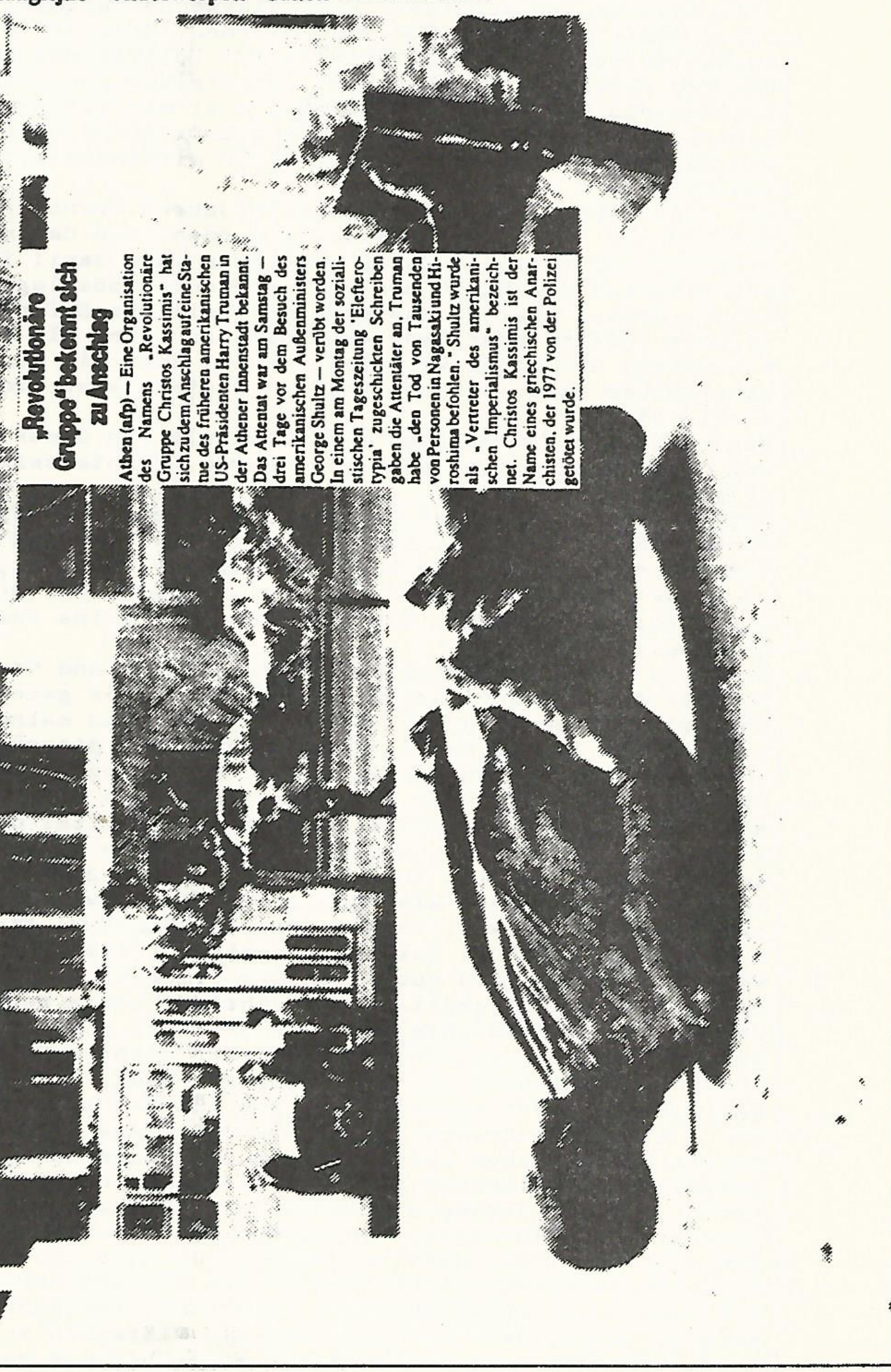
De aanslag tegen het beeld, dat hierbij een voet verloor, is de tweede anti-Amerikaanse aktie binnen een week. Vorige week dinsdag ontplofte er in de kelder van een Grieks-Amerikaans kultureel centrum in Athene een bom, gepleegd door de «Revolutionaire Volksstrijd» (Ela).

Christos Kassimis was een Griekse anarchist, die werd verdacht van banden te hebben met de Duitse Baader-Meinhofbende. Hij kwam in 1977 bij een vuurgevecht met de politie om het leven.

De Amerikaanse minister komt dinsdag vanuit Turkije in Athene aan. In het centrum van Athene wordt woensdag een demonstratie tegen zijn bezoek gehouden. Hiertoe hebben linkse politici, onder wie vooral kommunisten, het initiatief genomen.

Men neemt aan dat de toekomst van de Amerikaanse bases en het vraagstuk-Cyprus belangrijke onderwerpen zullen zijn. Schultz voert o.m. besprekingen met premier Andreas Papandreoe, zijn ambtgenoot Karolos Papoelias en president Christos Sartzetakis.

Eind 1988 loopt het Amerikaans-Griekse verdrag over de Amerikaanse bases in Griekenland af. Washington wil van de Griekse leiders, en vooral van premier Papandreoe, weten wat Athene daarna met de bases wil. De socialistische eersteminister heeft bij herhaling gesproken over «een akkoord de bases te ontmantelen».



„Revolutionäre Gruppe" bekennt sich zu Anschlag

Athen (afp) — Eine Organisation des Namens „Revolutionäre Gruppe Christos Kassimis" hat sich zu dem Anschlag auf eine Statue des früheren amerikanischen US-Präsidenten Harry Truman in der Athener Innenstadt bekannt. Das Attentat war am Samstag — drei Tage vor dem Besuch des amerikanischen Außenministers George Shultz — verübt worden. In einem am Montag der sozialistischen Tageszeitung 'Eleftherotypia' zugeschickten Schreiben gaben die Attentäter an, Truman habe „den Tod von Tausenden von Personen in Nagasaki und Hiroshima befohlen." Shultz wurde als „Vertreter des amerikanischen Imperialismus" bezeichnet. Christos Kassimis ist der Name eines griechischen Anarchisten, der 1977 von der Polizei getötet wurde.

An die Arbeiterklasse und alle Werktätigen:

Wenn ich diese Zeilen schreibe mache ich mir keine Illusionen darüber, dass sie eine "Lücke" in der Presse oder den Medien finden werden, denn von ihnen werde ich als "Terrorist" bezeichnet und sie schlagen Lärm wegen meiner Gefährlichkeit, um meine lebenslange Strafe in Vernichtungsknästen zu rechtfertigen. Aber ich beanspruche das Recht, sich auszudrükken, das in früheren Zeiten den Verurteilten zustand, besonders wenn ich - wie in diesem Fall - ein Sündenbock bin, an dem man eine für viele andere Kämpfer der Arbeiter- und Volkssache beispielhafte Lehre exerzieren will, damit sie davon überzeugt werden, dass sie sich der reaktionären, ausbeuterischen und militaristischen Politik des Regimes zu beugen haben. Das mag vielleicht irgendeinem Leichtgläubigen als einfaches Zusammentreffen von Umständen erscheinen, aber man ist ja ein kommunistischer Arbeiter mit einiger Erfahrung und glaubt nicht mehr an Zufälle oder Götter, und man verspinnt verschiedene Fäden miteinander...
Zum Beispiel:
Als meine Wenigkeit vor eineinhalb Jahren verhaftet wurde, war ich kurz davor durch Folter umgebracht zu werden, wie das mit Espana Vivas, Arregui, Zabaltza und vielen anderen geschehen war, damit ich unterschriebe, dass ich Mitglied der GRAPO bin und mich dem Bombenlegen und Guardia-Töten gewidmet habe...Aber da das eine polizeiliche Erfindung ist war meine Wenigkeit bereit, eher "verschwunden" zu sein, als diese Lügen zu unterschreiben; und nicht weil ich glaube, dass die Guardias und Capitostes (?) unberührbar sind, sondern weil es einfach eine widerwärtige Lüge der Polizei ist.
Ein weiteres: Vor einigen Tagen erhielt ein Genosse und Freund der AFAPP von Córdoba einen von einem "Kommando G" unterzeichneten Brief, in dem folgendes steht:
"Alter, es geht uns auf den Sack, das du nach Madrid zu den Prozessen des Mörders Balmón fährst. Wir wissen wer d bist und wo du in Córdoba wohnst und das du hier Familie hast. Du wirst beobachtet, wir folgen dir. Wenn du zu weiteren Prozessen kommst, legen wir eine Bombe in diesen widerwärtigen Bus aus Córdoba. Gib acht, du oder deine Familie können ins Gras beissen..."
Ähnliche Drohungen erhalten andere Freunde und Genossen, die mit diesem Bus der Arbeitersolidarität zu den Prozessen gekommen sind, weil sie sehr wohl wissen, wer ich bin und meine Ideen und meinen Kampf teilen. Nicht einmal mein Anwalt Rafael Sarazá wurde von diesen Drohungen ausgenommen, wodurch er gezwungen wurde, meine Verteidigung abzugeben.
Bis jetzt habe ich vier Prozesse gehabt, in denen sie beabsichtigten, mich und die PCE(r) in die bewaffnete Aktivität der GRAPO zu verstricken, ohne das zu erreichen, und deswegen mussten sie mich freisprechen. Aber gerade haben sie mich zu nicht weniger als 21 Jahren verurteilt; aber weder als "Autor" noch als "Anstifter" von bewaffneten Aktionen, was das eigentliche Ziel war, sondern als PROVOKATEUR! Bisher hatten sie einen schon alles genannt: Roter, Kommunist, Mörder, Terrorist ..., aber Provokateur noch nie, und noch weniger erlegten sie einem mit dieser kriminellen Leichtfertigkeit eine 21jährige Strafe deswegen auf.
Und da man im Gefängnis ist, hat man Zeit und setzt zusammen... die Polizei, "El País", das "Kommando G", der Richter De la Concha (gilt als der "schärfste" Richter der Audiencia Nacional, Anm.)... all das bedeutet das gleiche und jeder einzelne ist ein Rädchen in diesem widerwärtigen Werk des schmutzigen Krieges... so wie die Dinge liegen werden sie alle denken dass sie mich schon längst hätten umbringen sollen, wie sie das mit den anderen Revolutionären gemacht haben, das hätte ihnen Komplikationen erspart... Genau deswegen erlernen die "Kommandos G", die GAL und andere Gewächse des PSOE-istischen Anbaus immer mehr Hauptrollen.
Aber Tatsache ist, dass ich noch lebe, dass ich wirklich Kommunist bin, dass ich Verantwortlichkeiten in der Führung der PCE(r) erfülle und dass die Partei der Arbeiterklasse sich nicht für Kuhhandel oder Kompromisse hergibt, noch, dass sie sich für ein Plätzchen an der "demokratischen" Sonne verkauft, sondern dass wir gegenüber der reaktionären Politik des

Regimes weiterhin zu Boykott und Widerstand aufrufen. Wir bestehen weiterhin darauf, immer wieder, Jahr für Jahr und Toter für Toter, die Arbeiter für den gewerkschaftlichen und politischen, den legalen und den illegalen Kampf zu organisieren... Und hier reicht die Freiheit nicht weiter als bis zu den Ausbeutern, ihren Guardias und jenen Händlern, die ihnen Lob preisen... alles übrige ist Terrorismus. Aber klar, einen Kommunisten für seine politische Arbeit unter den Massen in einer vorgeblichen Demokratie zu verurteilen wäre ein Skandal und liesse ihnen die Hosen fallen... dieses Pack!...: Sie müssen uns verurteilen, aber es kommt ihnen nicht gelegen, das wegen "kommunistischer Identität" zu machen, auch haben sie weder eine reale Basis, noch Beweise um uns als Terroristen zu verurteilen! Wie dann die physische Vernichtung rechtfertigen, die Folterungen, die Urteile gegen die Aktivisten der PCE(r) und den schmutzigen Krieg?
In diesen Tagen haben sie auch meinen Genossen Lucio García Blanco, den Verantwortlichen des Propagandaapperates der Partei zu sechs Jahren verurteilt. In seinem Fall sagen sie, es sei wegen "VERSUCHTER ZUSAMMENARBEIT mit bewaffneten Banden" (bald werden sie uns wegen des blossen Denkens verurteilen); und mich zu 21 Jahren wegen PROVOKATION... Das heisst, dass sie aus ihrer eigenen Legalität springen müssen und Delikte erfinden, die nicht existieren, um ihre Verkommenheit zu verbergen und die Illegalität und den Terrorismus zu rechtfertigen, die sie zu ihrer Lebensform gemacht haben... Soviel ich weiss, sind sie die einzigen Provokateure von Schmerz Elend und Tod in der Arbeiterklasse; da ist das Gesetz nicht mehr als ein Terrorcodex um die Ausbeutung aufrechtzuerhalten...
Klar, ich muss zugeben,dass die Aufrufe der PCE(r) zum Widerstand und Kampf für sie eine allgegenwärtige Provokation bedeuten, da wir Millionen von immer mehr schikanierten und kampflustigeren Arbeitern den Weg zeigen, damit sie sich nicht mit Füssen treten lassen,noch rauswerfen, noch beschiessen, noch als Missile-Futter für die Yankee-Interessen zu dienen. Aber ich kann versichern, dass wir - in diesem Sinn - weiterhin mit all unseren Kräften provozieren und alles Mögliche tun werden, um den Kampf und den Widerstand der Massen zu organisieren...; und nicht nur den Widerstand, sondern auch die Offensive bis zur Machtübernahme durch das Proletariat, damit der Boden, die Fabriken und die ganze Wirtschaft, die Waffen und selbst das Gesetz nicht länger Unterdrückungsinstrumente in den Händen von einigen Wenigen sind und damit sie im Dienst der Arbeiter stehen, und so in deren eigenen Händen.
Mir bleibt nur noch, einen Aufruf zur Mobilisierung und zum Kampf zu machen, einen Aufruf, dass wir immer mehr "Provokateure" seien, und auch, dass wir versuchen dieses Urteil zu Fall zu bringen, denn es ist definitiv eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Gewalttätigkeit.

Salud. Wir werden siegen!

José Balmón Castell, Aktivist der PCE(r)
Gefängnis von Alcalá-Meco, 13.12.1985

STAATSSTREICH INKLUSIVE

Jürgen Roths Reportage über den internationalen Waffenhandel: »Makler des Todes«

VON OTTO KÖHLER

Das BKA hatte sorgfältig gezielt. Doch diesmal ging der Schuß nach hinten los. Im Dezember kam — wie branchenüblich — der Prospekt mit dem Frühjahrs-Programm des Hamburger Verlags Rasch und Röhring auf den Markt. Eines der angekündigten Bücher — *Jürgen Roth: Makler des Todes — Waffenhändler packen aus* — mußte das Bundeskriminalamt interessieren: »Killer im Auftrag des BKA«, hieß es in der Ankündigung.

Den Killer hat Roth in London getroffen. Er arbeitet für eine private Organisation, die mit verschiedenen Regierungen bei der »Terrorismusbekämpfung« kooperiert. Seine Tätigkeit begann er als Berater der »Special Forces« in Vietnam, erledigte später — wieder als »Berater« in Angola und Rhodesien »besondere Aufgaben« und besitzt eine funktionierende Weltanschauung: »Das Kriterium für mich und meine Leute, mit denen ich zusammenarbeite, ist eindeutig. Wir arbeiten für die westliche Lebensweise und gegen die kommunistische Gefahr.«

Arbeitsnachweis des Killers: Für die Briten jagte er IRA-Terroristen in Nordirland und ermordete IRA-Waffenschmuggler; für die Iraker organisierte er Kommandounternehmen gegen iranische Ölanlagen, und für die Spanier liquidierte er einen baskischen Separatisten in Frankreich.

Das heißt: Der Killer weiß, wie man delikate Aufträge im Ausland erledigt. Und darum bekam er im Frühjahr 1978 einen Anruf aus Wiesbaden vom BKA.

Was dann geschah, stand schon in der Verlagsankündigung vom Dezember, steht aber auch — und genau das wollte das BKA verhindern — im Buch, dessen achttausend Exemplare überall im Buchhandel, jedoch nicht mehr beim Verlag erhältlich sind. Als Auslieferungstermin hatte Rasch und Röhring den 28. Februar angekündigt. Darauf verließ sich das Bundeskriminalamt. Am 26. Februar traf in Hamburg ein Brief aus Wiesbaden ein, in dem das Bundeskriminalamt Autor und Verlag aufforderte, bis zum 28. Februar eine rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, bestimmte Aussagen nicht weiter zu verbreiten. Widerstand war zwecklos. Denn in solchen Fällen droht ein Streitwert von 500.000 Mark. Allein die Prozeß- und Anwaltskosten müßten dem 1983 neugegründeten Verlag das Genick brechen, selbst wenn er in letzter Instanz siegen würde. So bekam das BKA seine Unterschrift, doch der Verlag hatte den Auslieferungstermin vorgezogen. Das BKA war seiner eigenen Hinterlist zum Opfer gefallen: wenn man die Unterlassungserklärung — so kalkulierte das BKA offenbar — erst unmittelbar vor der Auslieferung des Buches fordert, dann ist der Schaden für den Verlag am größten.

Die BKA-Geschichte, die der Verlag nicht mehr verbreiten darf, geht so: Das BKA hatte erfahren, daß IRA-Leute Waffen durch die Bundesrepublik transportierten, doch die Spur war den Kriminalisten in der Bundesrepublik verloren gegangen — die IRA-Schmuggler waren schon in Mulhouse, Frankreich. Auftrag für den Killer und seine Organisation: »Bringt uns die Leute nach Deutschland, da wir den Franzosen nicht trauen können.« Der Killer nahm einen erfahrenen Ex-Fremdenlegionär namens Yves Kergal mit. Auf einem Parkplatz bei Colmar fanden sie das Schmuggelfahrzeug. Es kam zu einer Schießerei. Kergal tötete einen der drei Waffenschmuggler. Weiter in dem vom Verlag zu unterlassenden Text: »Den anderen beiden sagten sie, daß sie nur noch wenige Sekunden hätten, um zu entscheiden, ob sie weiterleben wollten oder nicht. Sie spuckten alles aus, was die beiden BKA-Killer wissen wollten. Die Killer informierten das BKA. 'Das Bundeskriminalamt hatte die Situation sofort unter Kontrolle. Sie gaben uns detaillierte Informationen, was wir mit dem LKW und den IRA-Waffenschmugglern machen sollten.' Am verabredeten Ort wartete die Gruppe auf die BKA-Leute. Die kamen in einem VW-Kastenwagen, der in derselben Farbe und mit derselben Aufschrift wie der LKW bemalt war — getarnt als Transporter einer Lebensmittelfirma. Legal war es nicht, daß die BKA-Beamten die IRA-Schmuggler auf französischem Boden festnahmen — doch die Operation klappte. Eine halbe Stunden später waren sie mit ihren Gefangenen auf bundesrepublikanischem Gebiet.«

Unbestritten ist bisher jene andere Geschichte vom »Pistolenkreislauf«, die geeignet ist, mit dem etwa entstandenen, aber unbegründeten Verdacht aufzuräumen, das BKA habe grundsätzlich etwas gegen Waffenhändler. Der Pistolenkreislauf funktioniert, laut Roth, so: Ein Waffenhändler kauft im Auftrag bundesdeutscher Dienststellen, Pistolen oder andere Waffen in großen Mengen. Und die findet man dann bei Terroristen. Wie es sich ziemt, werden die Pistolen beschlagnahmt. Aber später tauchen sie erneut bei Terroristen auf. Und werden erneut beschlagnahmt.

Aussage des renommierten Waffenhändlers Günther Leinhäuser über das, was der einen »Mißbrauch des Waffenhandels« nennt: »Selbst das Bundeskriminalamt, BKA, versuchte, die Studentenbewegung in den sechziger Jahren zu kriminalisieren. Also Leute von uns sind von deutschen Diensten angesprochen worden, um Waffen zu liefern. Die haben sich zwar nie als Leute des deutschen Dienstes ausgegeben, sie hatten nur engen Kontakt zu ihm.«

Roth war in die Waffenhändler-Szene geraten, als er für das Fernsehmagazin »Monitor« über die katholische Geheimorganisation »Opus Dei« recherchierte. Einer der bekanntesten internationalen Waffenhändler Prinz Michel de Bourbon



Vom Söldner bis zum Sani liefern Waffenhändler alles — zu Festpreisen (Beispiel aus »Internationale Wehrrevue)

offenbarte sich Roth als Mitglied des Opus Dei. Sein Glaubensbekenntnis: »In der einen Hand halte ich eine Bombe, in der anderen einen Rosenkranz. Ich bin ein tiefgläubiger Mensch.« Der Prinz unterstützt den französischen Rassistenführer Le Pen. Er schätzt ihn wegen der Qualifikationen, die er im Algerien-Krieg zeigte. Bourbon: »Le Pen nahm einen Mann fest und fragte ihn, wo die Leute seien, die seine Kompanie angreifen wollten, die in Algerien stationiert war, um das Land zu beschützen. Dieser Mann sagte ihm: 'Von mir erfahren Sie nichts.' Er wurde in Stücke geschnitten. Um so schlimmer für ihn. Für mich hat die Einzelperson gegenüber einem Volk keine Bedeutung.«

Dieses gelebte Christentum weiß sich der Amtskirche eng verbunden. »Unser polnischer Papst ist der einzige, der den Mut hat, Richtlinien zu geben, und meine Beziehung zur Kirche erhält sich durch den Papst. Aber andere Priester sind für mich oft Linke, die in der Kirche Einzug halten... Ich finde meinen Mut wieder durch die Opfer der libanesischen Priester, die den Libanon verteidigen. Denn sie stehen in vorderster Linie und verstopfen sich ihre Ohren, während sie mit Maschinengewehren schießen. Diese Priester sind Heilige für mich.«

Heilig sind dem Prinzen, der von der Ungleichheit der Menschen und der Minderwertigkeit fremder Rassen überzeugt ist, auch die Waffenfabriken des Vatikans, über die er unbefangen spricht. Er nennt die Rüstungsfabrik Santa (»Heilige«) Barbara in Spanien und das Brüsseler Waffenunternehmen PRB. In beiden stecke das Kapital der Kirche.

Sein eigener Waffenkatalog reicht, wie er gern bestätigt, »von Teilen für Maschinengewehre, Pistolen, Granaten bis zur Munition diverser Kaliber — alles, um einen kleinen Krieg zu führen.« Der Prinz, der sich heute noch zur Inquisition und zum Vierteilen ungehorsamer Mitmenschen bekennt, mag vielen altmodisch erscheinen.

MacMillian Associates dagegen im englischen Reading genießt in Fachkreisen einen hervorragenden Ruf. Die Firma liefert zu Festpreisen den Putsch von der Stange. Der Ansus-Foundation in Amsterdam, der das Linksregime in Surinam mißfiel und die in Zeitungsanzeigen nach tätiger Abhilfe suchte, unterbreitete MacMillian am 22. Juli 1985 folgendes Angebot: »Ich bin in der Lage, für Sie das benötigte militärische Fachpersonal zu rekrutieren. Das sind insbesondere Ex-SAS-Elitesoldaten, Fallschirmjäger, Marinekommandos (Briten, Südafrikaner und Amerikaner) sowie Experten für Sprengstoffeinsätze, für Kommunikation, Medizin und Piloten... Die Rekrutierung des Personals wird voraussichtlich einen Monat ab Beginn Ihrer Instruktionen dauern. In dieser Zeit werden die notwendigen Impfungen und Reisedokumente beschafft werden.«

Eine genaue Kostenaufstellung für ein Söldnerheer von fünfzig Mann und einen Einsatz von drei Monaten lag bei. Der Putsch ist auch für gehobene Mittelstandunternehmen erschwinglich. Er kostet im Angebot von MacMillian 600.000 englische Pfund. Und die lassen sich, wie die Bürgerkriegslieferfirma mitteilt, leicht finanzieren: »1. Durch die amerikanische Regierung (CIA). Sie gibt möglicherweise Unterstützung, wenn sie erkennt, daß es im amerikanischen Interesse liegt, die Macht zu übernehmen... 2. Gesellschaften: Da Sie Bodenschätze erwähnen, gibt es eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß eine große Minengesellschaft interessiert wäre, wenn Sie ein attraktives Angebot unterbreiten würden.«

Damit die Auftraggeber des Putsches nicht völlig die Hände in den Schoß legen müssen, erbittet MacMillian für die Vorbereitung des Aktionsplanes einige Informationen. Beispielsweise: »Fotos der Regierungs- und Militärführer und Instruktionen, ob sie gefangengenommen oder eliminiert werden sollen.«

Doch den Zuschlag für den Putsch in Surinam erteilte die Ansus-Foundation nicht dem britischen Bürgerkriegsunternehmen MacMillian sondern dem kanadischen Söldnerführer Captain Zack (»Töten ist mein Geschäft. Ich bin wie ein Tier. Ich rieche den Feind.«) Er ist teurer. Fünf Millionen Dollar. Aber jeder kann ihn sich leisten. Er bekommt nur Erfolgshonorar. Und das zahlt dann die Staatskasse. Als Trinkgeld gibt es — das ist vereinbart — dazu noch den Chefposten bei den 'Special Forces' der Surinamiwischen Streitkräfte.

Aber auch bei unzweifelhaft seriösen Geschäftspartnern wie MacMillian könnte sich unser Bundeskriminalamt allein schon für den Streitwert gegen Rasch & Röhring ein Viertel Staatsstreich in Südamerika bestellen.

Jürgen Roth: Makler des Todes. Waffenhändler packen aus. Verlag Rasch & Röhring, 224 Seiten, DM 32.-

Atombomben-Explosion simuliert. Katastrophen-Ubung in Nordfriesland.
TAZ 19-3-1986

Von Nico Sönnichsen

Was am Wochenende in Husum durchsickerte und noch am Montag von der Kreisverwaltung in Nordfriesland offiziell bestätigt wurde, ist seit gestern angeblich nicht mehr wahr. Der weithin sichtbare Rauchpilz, der am Samstag im Rahmen einer Katastrophenschutzübung des Kreises Nordfriesland in der Nähe der deutsch-dänischen Grenze aufstieg, sei lediglich die Rauchwolke einer simulierten Sprengung eines munitionsbeladenen Güterwaggons gewesen, hieß es gestern in der Husumer Kreisverwaltung und im Bundesverteidigungsministerium.

Am Montag dagegen hatte Kreispressesprecher Hans-Peter Schantz auf Anfrage bestätigt, daß bei Süderlügum an der dänischen Grenze die Explosion einer Atombombe simuliert worden sei. Die se Übung sei eine von zehn Vorgaben des Bundesverteidigungsministeriums gewesen, das einen Teil der Kosten der kreisweiten Übung übernommen habe. Auf den Landstraßen Nordfrieslands hätten die Zivilschutzeinheiten daraufhin nach Ausrufung des Verteidigungsfalles für Nordfriesland geübt, „wie die Massenfluchten in den Griff zu kriegen sind". Auch diese Aussage vom Montag dementierte Schantz am Dienstag als „Irrtum". Es sei nur geübt worden, wie man einer Panik bei Naturkastastrophen vorbeugen könne.

Gut 1.000 Katastrophenschützer waren am Wochenende im Einsatz, einschließlich des gesamten zur Verfügung stehenden freiwilligen technischen Materials aller Katastrophenschutzverbände und einiger Bundeswehreinheiten. Um 13.45 Uhr war für das Kreisgebiet der Verteidigungsfall ausgerufen, mithin jede Übung zum Bestandteil des militärischen Szenarios geworden. Nach Aussagen vom Montag gehörten zu den Vorgaben aus Bonn auch der Angriff auf und die Zer-

störung eines Atomwaffentransports sowie eines Bundeswehrtransports mit gefährlicher Munition. „Ich will Ihnen lieber nicht sagen, wie der Katastrophenstab auf die simulierte A-Bomben-Explosion reagiert hat", hatte Pressesprecher Schantz am Montag geäußert.

Die Beteiligung des Bundesverteidigungsministeriums an der „mit militärischen Komponenten kombinierten Zivilschutzübung" wurde gestern in Bonn nicht bestritten. Die „erweiterte Katastrophenschutzübung" sei zustande gekommen, nachdem der Kreis Nordfriesland das Bundesverteidigungsministerum um die Übernahme der Kosten gebeten habe. Seit einem Jahr hatten das Bonner Ministerium und die nordfriesische Kreisverwaltung die Übung an allen Fraktionen im nordfriesischen Kreistag vorbei geplant und vorbereitet.

Military Technology · MILTECH · 2/86



Spotlight on Belgian Defence Industry

Recently Military Technology sent this author to Belgium to visit that country's defence industry. Time was extremely limited so as to be able to meet the deadline needed to ready the report for this issue. It soon became obvious that the single week allocated for the visits would not suffice to do full justice to the successes and efforts of Belgian defence industry as a whole. The author selected, therefore, some firms whose products are primarily aimed to meet the need of the land and air forces on national and international markets. Later issues this year will give coverage to FN, ASCO/BMF, PRB, ACEC and OIP.

Belgium, located in the heart of Europe, features a dense technical and economic infrastructure which greatly aids the country to play a major role in overall technological progress. Though the defence industry has recently not produced indigenous major weapon systems it is considered to be a reliable partner of the international giants in the business. Meticulous execution of subcontracted work has brought Belgium sizeable and continuous orders from Europe and the USA. But also original national developments are noteworthy; specifically on the electronics design and manufacturing level Belgian industry is among the world leaders. This is examplified by the activities of MBLE.

Philips & MBLE Associated activities cover almost 80 years in electronics and electrical engineering. Established in 1911, the company has succeeded in consolidating its position step by step in the most important areas. Components, civil and military telecommunication, electronic instrumentation, emission spectrometry, nuclear physics, aeronautics, remote control, rangefinding, radiocommunication and satellite guidance, are among today's products. The original activities were mainly devoted to the development and production of electric light bulbs. The company started however as far back as 1924 to produce electronics valves and broadcasting equipment.

After the Second World War, the company became a member of the worldwide Philips concern under the name MBLE (Manufacture Belge de Lampes et de Matériel Electronique), and expanded and diversified its efforts in order to cover the three classical aspects of any technological integration: components, equipment and systems. Its continuing ability to adopt progress and to pioneer certain fields results mainly from the company's intensive research effort, which has been one of its principles since its inception. It is this characteristic which is primarily responsible for the company's success and expansion, to the point where it, today, employs some 3000 persons, of which approximately 450 are engineers and research workers. By investing annually more than 10% of its turnover into basic research and development, the company affirms its intention to increase its efforts in the field of high technology products.

From 1st January 1982, the company became N.V. Philips & MBLE Associated S.A. and acquired the responsibility of the complete professional electronic market of Philips and Belgium, with headquarters in Brussels. Within the company, the Defence division is particularly looking for active and fruitful cooperation with industries in aerospace, electronics and other defence related areas on an international level and assumes the worldwide marketing of military radiocommunication systems developed and produced by Philips & MBLE Associated.

The division's first task is to provide marketing services for the worldwide Philips enterprise in Belgium in the military and para-military sectors. This includes police telecommunications, automotive communication networks, switching centres etc. Part of this task is to sell to the Belgian Army and further to export MBLE produced equipment.

The second task is to create telecommunication equipment for the battlefield. MBLE specialises in the design and production of HF equipment. It is now mass-producing its tactical VRC-600 HF transceiver and the necessary periphery. It is highly advanced equipment of considerable sophistication and therefore quite frequently too expensive for export to the Third World. This led to a gap in marketing potential. MBLE therefore joined forces with MEL in Britain, a firm which also specialises in HF, (as typified by its successful CLANSMAN line). MEL, which also belongs to the Philips group, came to an agreement in 1977 with MBLE to jointly design a somewhat simpler transceiver family on the basis of the VRC-600. This was eventually given the name CALLPAC. It is in mass-production today for the Third World and substantial numbers have been sold.

The PRC/VRC 2000 CALLPAC is produced in Belgium as well as in Britain. Both MBLE and MEL are able to produce the basic system as well as its periphery in their factories if deemed necessary. The common procedure, though, is to fabricate specific modules which are then interchanged between MBLE and MEL and assembled into the desired CALL-

PAC format. All hardware components are fully interchangeable whether produced in Britain or Belgium. The world markets have been divided geographically between MBLE and MEL, with political considerations also playing a role: MBLE for example sells in Argentina, where MEL is not allowed to go after the Falkland conflict.

On the whole, MBLE-manufactured defence radio equipment systems are today in service in numerous countries. In Europe: in Belgium and France; in Africa: Zäire, Ruanda, Mozambique, Togo, Upper-Volta and Algeria; in Asia: Thailand, Papua New Guinea and Australia; in South America: Brazil and Uruguay. This is without doubt an enviable record and it can be expected that as the sales efforts continue more countries will to join the ranks of the CALLPAC users.

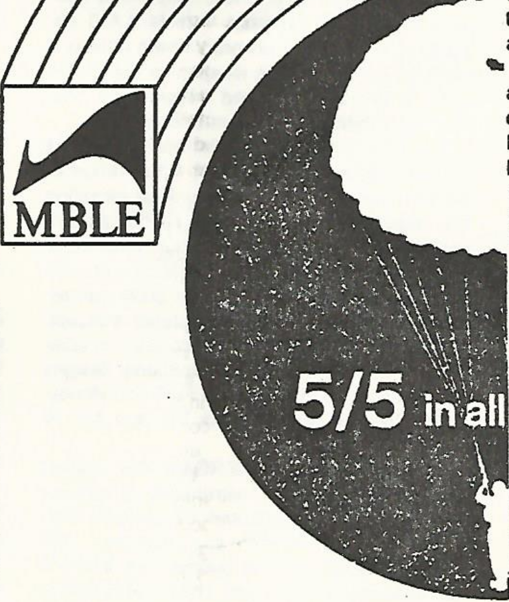
Another important order came towards the end of the past decade. As a result of a fruitful co-production of the NATO SEA SPARROW missile system, Philips & MBLE Associated undertook in a memorandum of understanding in 1977 with Raytheon and 5 other companies to develop a vertical launching system using the SEA SPARROW missile. The MBLE contribution to this joint venture was the missile launch controller unit, totally developed and built in its R & D prototype laboratory. In 1981, a successful demonstration at sea of the system was conducted on HMCS HURON. The work continues and will come to industrial fruition in the next decade; the system has already been adopted by the Canadian Navy (HALIFAX class frigates) and the Dutch Navy ("M" class frigates). The wide range of activities in which the firm is engaged is underlined by the R & D work for the US firm Loral. Following the co-production and installation of the Loral RAPPORT II ECM system on Belgian MIRAGE aircraft by MBLE a RAPPORT III development contract was awarded by the Belgian MoD to the US firm. The RAPPORT III is an improved version of the ECM system, designed for the Belgian F-16 aircraft. MBLE as subcontractor took part in the development of the system. The D/F cristal video receiver, the radio frequency (C/D band) receiver and system control boxes are designed and built in Belgium. Another contract pertaining to Belgian AF MIRAGE VBs has been completed. For Singer GPL MBLE manufactured the aircraft's AN/APN-153 Doppler nav/radar.

A major coup for MBLE is its cooperation with Westinghouse on the F-16 radar. MBLE has the contract to supply all radar computers for this system on a worldwide basis. Some 1400 computers have been delivered or are contracted for; more are expected to follow. The firm produces the intertial navigation system under license from Singer Kearfoot for the same aircraft. Other production contracts are in house from the USA, France, Germany, Switzerland, Italy and the Netherlands for various types of equipment.

A new venture in the communication field is BAMS which was launched in 1981. Its goal is to provide a new telecommunications network for the Belgian Army. BAMS stands for the initials of the participating firms: Bell Telephone, ACEC, MBLE and SALT.

BAMS is being supported by the Belgian Ministry of Science and Technology. As the MoD is by law not allowed to intervene directly in the industrial process, special military advisors are delegated to assist the endeavour. The goal of BAMS is the creation of a frequency hopping VHF system to be operational by 1988—89. It will have to interface with the RITA battlefield switching and message handling system, which Belgium has acquired from Thomson-CSF. Eventually more than 8000 BAMS will be required to fill the needs of the Belgian Army alone; export markets for the BAMS system are expected to emerge in the mid-'90s.

The future of the Philips & MBLE Associates Defence Division seems fully secured. The firm has diversified into many product ranges all having a high market potential. For example production units are equipped to manufacture thick and thin-film hybrids in large, medium and small quantities to strictly defined military standards. Achievements in this field are hybrids for F-16 inertial navigation units and for the NATO E3A-AWACS. Full automatic equipment is available for the manufacturing of flexible, flex-rigid, bi- and multi-layer printed boards according to customer specifications and military requirements. For example, multilayers for F-16 radar computer and antenna; laminas for F-16 inertial navigation unit; and multilayer boards for SEA SPARROW and



TARTAR missile systems were or are mass produced.

Not too far from Brussels is located the headquarters of MECAR. This firm has a truly international reputation for the creation and production of innovative and efficient weapons. The mother company is located in the USA but virtually all design, development and manufacture takes place in Belgium.

Allied Reasearch Associates, Inc. is a Delaware corporation whose business is conducted through a wholly-owned subsidiary, MECAR S.A., located in Belgium. A well-known defence manufacturer, MECAR develops, designs and produces technologically advanced weapon systems and ammunition, for export throughout the world.

MECAR employs about 400 persons and operates three sites in Belgium: the principal plant in Petit-Roeulx-Nivelles, 25 miles south of Brussels; a precision parts factory in Brussels; and a major test and development range in the Ardennes. Although it resides in Belgium, and acts in full accordance with the laws and system of checks and balances by which the Belgian government oversees its defense industries, MECAR is independent of other defence industries in Belgium. Its central location in Western Europe gives it easy access to most of its customers. It is represented by agents and correspondents in most free world countries and maintains a sales and service office in Southeast Asia.

MECAR's history began shortly after World War II, when the firm developed and manufactured one of the most successful anti-tank rifle grenades ever created — the ENERGA. During the Korean conflict, the US Armed Forces used millions of these grenades. To this day it continues to be a standard part of the arsenal of many countries, and is still in production.

New types of highly effective grenade systems were designed on the basis of ENERGA incorporationg advanced technology, which are now in world wide use. Most are produced as MECAR-patented Universal Bullet Traps (BTU), which are compatible with virtually all existing cartridges and all known types of rifles. These rifle grenades are noted for simplicity, dependability, flexibility and ease of use. Such characteristics are possible because of high technology engineering and the advanced production equipment in operation at the main plant. One of several new pieces of equipment recently installed is a multiple-spindle bar-feed lathe that fully automates one of the most important elements in the process, namely the cutting and shaping portions of the grenade tail tube.

All grenades have in common one important advantage: the soldier may fire the grenade from any position that he can fire his rifle. The

40 mm armour piercing BTU, for example, will penetrate up to 120 mm of tank armour and up to 300 mm of reinforced bunker concrete. The soldier can also depend on a standard safety distance of five metres, and he may also use a special sight calibrated from 50 to 300 metres to aim at targets within these distances. Other rifle grenades include anti-personnel projectiles for direct and indirect firing; a delay BTU that penetrates doors, windows, and screens before exploding; incendiary; smoke-generating and illuminating; and several types of rocket-assisted anti-personnel grenades.

Among the weapons and ammunition developed at MECAR in the last several decades, one of the most innovative and effective is the KEMERGA gun system. The gun itself is an advanced design, but its real power lies in its ammunition, the APDSFS round. Recent technological breakthroughs in the properties of tungsten penetrators and the development of more efficient propellant charges contributed to the creation of this shell. When fired from the KENERGA gun, a low mass sabot accelerates the sub-projectile to a velocity in excess of 1500 meters per second. Minimum drag fins and a small cross section maintain velocity drop to approximately 50 meters per second per kilometer. The result is a round whose effective combat range is about 2000 metres with a very high probability of hit, and penetration of up to 10 inches of the most advanced steel armour at 60° obliquity. A notable characteristic of the APDSFS round is its penetrating capability even if it hits its target at an angle. This is especially important in long-range warfare against modern tanks whose turrets and bodies have been designed with shell-resistant angled armour. The KENERGA gun also fires other types of ammunition including high explosive anti-tank (HEAT), high explosive (HE), Smoke and Canister shells.

If a weapon is powerful enough to pierce modern armour, it is often too heavy to be manoeuvred easily. Yet light-weight guns typically cannot penetrate the heavy steel of tanks. Determined to solve this problem, the firm has designed innovative gun systems that combine light weight with extraordinary power. One of the most important ballistic advances incorporated into these guns is a two-stage muzzle brake. The KENERGA muzzle brake reduces recoil energy by almost 70% and was developed at MECAR as a result of research on high velocity gas dynamics at the muzzle of high performance guns. While incorporating high technology and advanced ballistics, the semi-automatic KENERGA gun is simple to use, requires very little training for soldiers, and is easily maintained. The 90/46 mm KENERGA gun system provides the kind of performance previously expected only from main battle tanks, yet the gun can be mounted on armoured vehicles such as APCs and MICVs.

Another development is the 90 mm Light Weight Turret Gun System, which — although half the weight of the KENERGA gun — offers the same cleanness of line, simplicity of operation, and advanced ballistics technology. It can be installed on light armoured personnel carriers and armoured vehicles as well as on boats and trucks. The firm also has designed ammunition and turrets for this gun and thus offers a complete system. Combining versatility, power, and remarkably effective ammunition, this system is employed by the armed forces of many countries.

MECAR has received a contract from the US Naval Surface Weapons Center (NSWC), for the evaluation of its 90/46 mm KENERGA cannon. It was the only 90 mm calibre gun selected for evaluation for the United States Marine Corps' Light Armored Vehicle (LAV) Assault Gun Program. This programme reflects a need for a larger calibre weapon for the LAV in order to provide increased firepower for anti-tank and other assault-fire missions.

The NSWC order, which included increased options, requires a supply of a full range of MECAR battlefield-type ammunition including the MECAR Bunker-Buster High-Explosive round and the KE anti-armour long-range round which is fired in its latest version at 1600 m/s V° with a flat trajectory to 2000 metres. The contract requires an autoloder concept. MECAR was selected for this contract in competition with a number of international designs such as Giat 90 mm (teamed FMC and Honeywell), Cockerill 90 mm Mark VII, and AAI 76 mm (with new ammo).

Notable is the KENERGA's fire control system built by Texas Instruments. It features and works on a distributed TV principle with which the commander can observe the identical image as the gunner. An override facility is available for him. The turret is built in the USA. A land navigation system by Lear Siegler is also incorporated. If the KENERGA gun is the winner, MECAR will be offering gun and turret as main armament for the LAV of the USMC. The weapon system is also under consideration by several other countries and is offered for fitting on the following vehicles: Swiss MOWAG 8 x 8 (LAV) and 6 x 6; UK GKN MCV 80; Austrian Steyr 6 x 6; French Renault VBC 6 x 6; US Cadillac-Gage V-150; US DRAGOON 300 4 x 4; and Belgian ACEC COBRA.

In 1984 it was decided to enter the artillery ammunition market with a variety of rounds in the 105 mm, 155 m and 203 mm bracket, in addition to the special ammunition produced for the KENERGA 90 mm gun. The production range was extended in 1985 to cover 60 mm and 100 mm rounds. The former designed for an OTO Melara gun, while the latter is used in the 100 mm weapons mounted on tanks of Soviet origin.

Of considerable interest is the 155 mm base bleed shell. MECAR is producing this projectile as a basically one-piece item. The booster is not screwed on but is an integral part of the projectile. This implies that the projectile can easily be handled by standard ammunition trays and that it can be rammed like a normal shell. Special charges are not needed, the common Zone 8 charge M-203 is used. This base-bleed projectile was developed with markets in the Third World in mind where old 155 mm howitzers of US production are very common.

MECAR has furthermore entered the mortar ammunition market and is offering an 81 mm round which can be fired from the Royal Ordnance mortar for long ranges as well as from the old standard US Army 81 mm weapon. It may find a market where armies are in the process of switching from short to long range 81 mm mortar types. The US Army is a prime target for the marketing effort.

MECAR's design philosophy is to create weaponry which enhances the soldier's effectiveness by enabling him too defeat expensive and sophisticated threats with relatively simple means. The best example is the BTU rifle grenade which costing $ 60 has the potential to destroy a $ 1,000,000 tank, and here the firm is undoubtedly among the world leaders.

Typical for the low-key and unassuming stance taken by Belgian defence industry is the **Forges de Zeebrugge (FZ)** organisation. The headquarters are located near Liege in an unassuming back street with an entrance resembling that of a small business. Yet, behind this facade stretch two vast manufacturing complexes where some of NATO's most modern munitions are mass produced.

Prior to WWII the factory was moved from Zeebrugge to Herstal because the location was considered to be safer than the sea shore. In May of 1940 the Germans destroyed the new plant. It was rebuilt in the early '50s. In the middle '50s, following the execution of large US orders for conventional munition, FZ introduced products which required new techniques. Today FZ is an affiliate of PRB; it runs 6 factories and employs 900 people, selling its products worldwide with the exception of the USA, Canada and the East Bloc. The turnover in 1984 was 3,5 billion BFr.

The turning point for FZ came in 1958 when the company bought from the US exclusive licences and rights to produce the 2.75 in FFAR unguided air-to-air rocket. This weapon proved to be so flexible that, more than 30 years after its design, it could be adapted to all new combat requirements and by improvements be tailored to comply with new launch techniques. Initially designed as an air-to-air weapon, the 2.75 in rocket is now as suitable for high-performance aircraft as for slow aircraft and helicopters. It has also become an ideal air-to-ground weapon. Furthermore, the 2.75 in rocket can now be used for ground-to-ground applications. After having started in 1958 with bought-in patents, subsequent research by FZ brought the company to the position where it can now produce many components such as warheads, rocket motors or launchers of its own design. While the outer shape of the FFAR remained the same, the interior became almost completely new.

An example is the new NRZ 96 motor. The NRZ 96 is typical of the goal of retaining overall system flexibility. The improvements have not changed the external design. Consequently, it can accomodate existing warheads and is compatible with launchers already in use. This solid fuel motor, associated with other improvements such as an original nozzle-fin combination, results in a rocket with a higher initial velocity, longer combustion time, and increased impact velocity in comparison with its predecessor. An increased range of up to 10,000 m in ground-to-ground applications is achieved. In addition, as this new motor produces less smoke, the rocket does not leave a strong smoke trail.

The NRZ 96 is only the latest in the line of improvements. It completes the range of other motors, all of the FFAR type: the FZ 67 and FZ

68, with improved performance is compared with the standard Mk 4 and Mk 40 models. All these motors including the NRZ 96 are, as already mentioned, suitable for use with all types of heads and in all types of 2.75 in system launchers. Fourteen different heads have been designed by the R & D Office of FZ. Among them are the FZ 32 which, upon impact, releases a smoke cloud lasting 10 to 15 seconds. It is used to mark targets and serves training purposes. The HEAT FZ 49 hollow charge warhead can perforate more than 400 mm of armour plating, and produces up to 1200 shrapnels. The FZ 58 warhead can effectively engage any target which necessitates the use of a munition which perforates and then explodes. It can, for example, perforate 40 mm of steel, 1.20 m of concrete, or a composite target, for example 3.60 m of earth in addition to 30 cm of concrete, before detonation and desintegrating into some 600 fragments capable of piercing 8 mm thick aluminium sheets such as aircraft airframes. While this is a typical weapon intended for attacks against airfields, the FZ 71 is designed for use against troops on the ground. Upon detonation it releases 8000 effective shrapnels within a lethal radius of 21 m. The FZ 63, loaded with white phosphorus, is used as an incendiary agent to clear up targets and also to set up a smoke screen.

The LEM LXT 454-69 warhead, used to protect a platform against radar detection, releases chaff. In addition, a colouring charge released at the same time as the nylon or aluminium chaff, enables the pilot to observe the decoy cloud. The latest is the FZ 100 warhead, a cargo-projectile containing 9 hollow-charge type submunitions used for attacks against armoured formations, and also having anti-personnel effects. FZ also produces the fire control box required for this munition. While today the release sequence has still to be set on the ground it is expected that by 1990 the release time of the submunitions can be set in flight. The 2.75 in rocket can also be adapted for ground-to-ground applications. The Forges de Zeebrugge have developed a 40-tube rocket-launcher permitting area saturation missions over distances of up to 10 km.

Since 1979, combustible cartridge cases have been manufactured for the Rheinmetall 120 mm gun. All started in 1962, when FZ presented its combustible case to NATO representatives. Today, the firm owns patents covering these cases and their manufacturing process, not only for Belgium but also in West-Germany, France, Great Britain, Norway, Italy and Spain. Although different types of combustible cases have been developed for various calibres ranging from the 90 mm gun to the 155 mm howitzer, most of the current production is intended for the 120 mm gun in the LEOPARD II tank. FZ has set up a new plant which can produce 20,000 cases per month, to cover the present needs of the German and Dutch armies as well as, in the near future, those of the Swiss Army. It must also be noted that the USA have bought from Forges de Zeebrugge the know-how needed to produce this case. Large production runs can be expected in the USA for the M-1A1 tank armed with the 120 mm Rheinmetall weapon.

The firm continues its R & D efforts in the field of rocket ammunition and caseless ammunition. It has also begun development work on 81 mm mortar ammunition for the new Belgian mortar now under development at PRB. Export markets for FZ's munitions are found worldwide and customers are fully satisfied with the products, resulting in an ever increasing export percentage for this Belgian company.

Cockerill is one of the industrial giants in Belgium. Compared to its other activities its defence sector is small, but known worldwide for the excellence of its 90 mm gun which carriers the name of the company. Cockerill Mechanical Industries (CMI) can trace its history back to the early 1800s. The enterprise was founded then by John Cockerill, a Scotsman. The success of the firm, accelerated by the dawning industrial age, outstripped all expectations: in spite of the interruptions created by WWI and WWII progress continued unabated. Today, CMI sells its products throughout the entire world. With 2000 highly-skilled employees, it produces an annual turnover of more than US $140,000,000 and has a backlog of orders that approaches US $200,000,000. In 1975, export did not exceed 20% of total sales, for several years now they have been approaching 50%.

The Defence Division of CMI has always been a part of the firm. Up to WWII it produced high quality cannon of all types. After the war only incidental work was done on the defence market. It was not until 1973 that CMI started the development of a 90 mm gun designed for light armoured vehicles after an interruption of 30 years. The gun was fired for the first time in 1974. This first CMI gun named 90/36 mm Mk1 is the forerunner of the present range; it excelled in low weight and low recoil forces (462 kg; recoil 300 mm + 13 tons). In 1976 the next design, called MkII, weighed 520 kg and had a recoil of 500 mm and a recoil force of 8,5 tons. In that year CMI sold the manufacturing rights to the Brazilian company Engesa. It is fitted to this firm's ET-90 turret and is the main armament of the EE-9 armored vehicle.

In 1979 the first MkIII was fired. Essentially it combines the best features of the MkI and II. The recoil is 300 mm while the recoil force is 8,5 tons. This marked a major achievement. In the same year potential customers began to ask not only for a gun but also for a turret weapon system. CMI attempted to subcontract to other firms but was not successful because a larger production run was not in sight. Hence it decided to design and construct such a turret in-house. The result is the AC 90 turret fitted to the SCORPION tank. Only a few systems were built.

This was followed by the CM 90 turret for the Malaysian Army SCORPIONs. This features 30° elevation and the option of firing in the direct or indirect mode. Since no suitable FCS was available, CMI designed a computerised system under Malaysian specifications. This was built in the required quantities by the Belgian firm OIP. The FCS features a double sight for gunner and tank commander. The ammunition needed for indirect firing was also designed by CMI and is produced in Belgium.

While originally CMI had entered the turret business exclusively for its own gun, a major breakthrough came this year when the firm was contacted by Oerlikon to design and build a turret for a 25 mm machine gun. The turret, named C 25, is now under advanced test and mass production has been planned for.

It was desirable to fire with the Cockerill gun APDSFS ammunition at high muzzle velocities, but this could not be achieved with the relatively short barrel length of 36 cal. A MkIV was built which is now a 90 mm/50. It was discovered that the patented 36 cal muzzle break influenced the separation of the sabot. A new muzzle brake was designed which remedied the problem. This gun is called MkIV A2 and is offered today for a number of light tanks. CMI is attacking the 90 mm retrofit market with this low cost re-gunning solution. Uruguay has re-gunned its M-41s with the A2, and the Thai Army's M-41s are also a sales target. The 42 is indeed particularly suitable for re-gunning the old M-41 still in service worldwide; the M-41 turret can be retained with minor modifications only. The FCS from OIP built for Malaysia is suitable. An A3 gun model is also available which is aimed at the AMX-13 re-gun market.

A MkVII gun has been designed and produced and six guns are now under test. This gun is meant for the armament of vehicles above the 10 ton weight bracket. Originally it was intended for the LAV competition, where CMI however was eliminated. The MkV and VI were prototypes only. Today 17 different armoured vehicle types carry the MkIII as standard armament or have been fitted with it experimentally. The gun is used in 20 different countries.

CMI's efforts in the defence field, originally concentrated in gun development and manufacture, have spread now to FCS design and production. A windfall came with the orders to build the turrets as well. CMI is on the way to becoming a major designer and manufacturer of complete gun weapon systems, a remarkable achievment in only 12 short years of activity in the defence sector.

In the aviation field Belgian industry has a varied history marked by ups and downs ranging from success to disaster. An example is SONACA, a firm which today is among the foremost in Belgium.

In 1931 Fairey of Britain set up a manufacturing plant in Gosselies Belgium. This excluded Belgian participation. A large variety of aircraft were produced until 1940, when WWII ended the activity. In 1951 the firm emerged from the bombed-out ruins and its first aircraft constructed under licence for the Belgian AF was the Gloster METEOR jet fighter. In 1954 the firm was awarded a contract to build 256 Hawker HUNTERs; 1960 brought participation in the NATO F-104 program. In 1968 it was instrumental in fulfilling the contract for 106 MIRAGE 5B aircraft for the Belgian AF. Mismanagement which originated in the UK brought about the Collapse of Avions Fairey in 1977. Britten Norman ISLANDERs were produced in quantity and eventually could not be sold. This in turn contributed to and hastened the downfall of Britten Norman and also that of its Belgian subsidiary.

In 1976 the "Sale of the Century" was concluded by Belgium, Denmark, The Netherlands and Norway when their air forces decided to

buy the General Dynamics F-16 on the terms of a favourable offset contract. This led to the revival of Fairey which in 1978 re-emerged under the name SONACA. The firm is responsible for the construction of the rear fuselage and the fin as well as the assembly of the aircraft for the Belgian and Danish AFs. Some 222 aircraft are involved.

SONACA today employs 1300 people and has a basic capital of 260 million BFr. The Belgian government holds 50% of the shares, FN 24,4%, SAIT 12,2%, ACEC 7,3%, SABCA 4,9% and a private investor 1,2%. The workload is substantial. Parts are manufactured for the F-16, A-310/320, ALPHA Jet, C-130, C-141, ATLANTIC ATL 2, SF 340 and French helicopters.

A major effort is invested in R & D. Carbon fibre technology is being developed and CAD/CAM is one of SONACA's main goals which has been partially achieved. Chemical milling, sheet metal presses, and five axis mechanical milling machines have been installed. A large vacuum oven is in operation.

An unusual result of SONACA's new-found expertise in carbon fibre technology and associated manufacturing capabilities is the US Navy contract to produce skis for its C-130 operating in the Antarctic. Several C-130s have so far been fitted with ski-landing gear. A further contract is under negotiation involving 12 additional sets.

SONACA is investing heavily in a thorough modernisation of its manufacturing facilities. The most modern machinery is acquired so that the company may continue to compete successfully in the future sub-contract markets. The confidence placed in the managerial and professional capabilities of SONACA is underlined by a contract given by the USAF for the updating of its Europe-based F-16 As and Bs to C-standard. There is no doubt that SONACA today stands on sound financial ground and that its future looks bright.

Founded just after the First World War **SABCA** is the oldest aerospace company in Belgium. From 1920 to 1940, SABCA produced more than 600 military and civil aircraft of 19 different types, some of its own design and some manufactured under licence. The company's plant was destroyed during the Second World War, and in 1952 SABCA rebuilt the plant and fully reequipped its workshops in Brussels for the production of 200 Hawker-HUNTER fighters for NATO and the Belgian Air Force. In 1953, a new plant was built by Régie des Voies Aériennes at Gosselies/Charleroi airport, across the runway from today's SONACA factory. There, SABCA started the assembly, overhaul and flight tests of many licence-built fixed-wing and helicopter types.

SABCA's participation in the multinational F-104G programme and in other weapon systems such as the ATLANTIC and the HAWK, made it possible to acquire advanced technology for the manufacture of modern aircraft and to select some well defined specialised activities in which its competence is well recognized today, making the firm a highly valued subcontractor in this field.

These include special military and civil aircraft structures, servo-actuators for flight controls and associated precision machining as well as electronic systems. Thus SABCA manufactured all the servo-controls, the wings and other structural components for the F-104G. Next to the final assembly and the flight tests of 200 F-104G's, SABCA managed the integration of the eleven electronic subsystems in these aircraft. During the same period, the company undertook the design, development and production of the ATLANTIC engine-nacelles of which a new generation is being produced for the '90s. SABCA will also produce the engine nacelles for these.

Since 1969, SABCA has worked in collaboration with the Avions Marcel Dassault-Breguet Aviation (AMD.BA) on the MIRAGE 5 programme for the Belgian Air Force. As part of this cooperation, SABCA has designed, developed and has in full production the empennages of MIRAGE F-1s and incidentally also undertook the stress calculations for the fin on the prototype MIRAGE G 8. Additional work was acquired by SABCA with the overhaul and maintenance of Belgian air Force MIRAGES as well as the F-104G's which are being repaired and updated through the incorporation of modifications.

Final assembly and test flights of the Alpha Jet before delivery for the Belgian Air Force, are performed at the Gosselies plant, while the nose section is manufactured in single source at the Haren plant. The Belgian AF's choice of the F-16 gave the company the opportunity to participate in the integrated production together with the Netherlands, Norway, Denmark and the United States. SABCA was offered the production of wings and servo-actuators, not only for the consortium aircraft but also for those of the USAF and of third countries, while on the other hand, it performed the systems integration and flight tests of the Belgian and Danish aircraft. Other activities include work on the F-27, B-737, Airbus and other aircraft.

In the field of electronic equipment, SABCA is the first Belgian company to develop and produce integraded fire control systems (FCS). This FCS was originally designed to replace the stadiametric rangefinding system on the Belgian Army's LEOPARDS. It became such a success that the Australian and Canadian armies also decided to re-equip their LEOPARDS with this FCS. It consists of a modern computer, gunner's and commander's sight, a laser rangefinder, temperature and wind velocity sensors. Some 1100 FCS have been delivered so far and the system remains in full production.

Customer demands have led to an improved system which actually is a new generation FCS. Called Universal Tank Fire Control System (UTFCS) it is suitable to equip tanks of the future or as a retrofit for existing MBTs, such as the M-60s. The FCS features a thermal sight, laser rangefinder, fire-on-the-move capability and a muzzle reference unit. The system is fully digital.

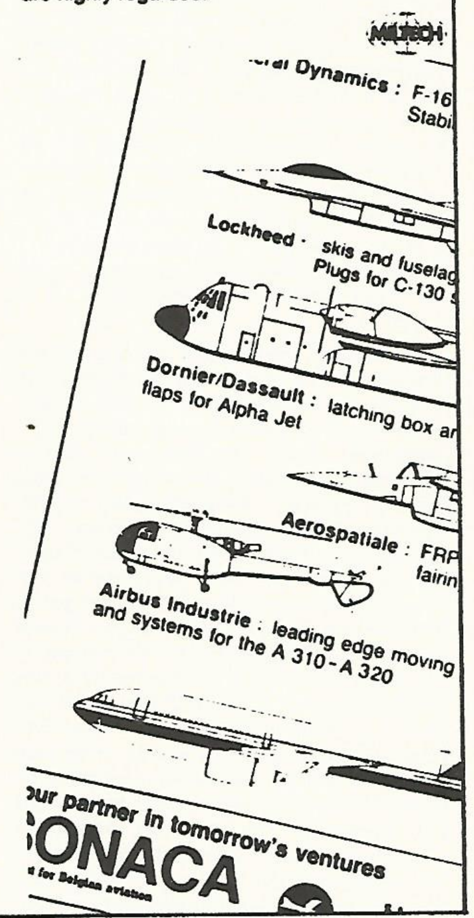
For these tank FCS SABCA offers a gunnery simulation and training system named TALAFIT. It can be used in a classroom, but is normally mounted in a few minutes on a tank, thus allowing the gunner to go through a large number of firing sequences in his normal environment, as the system inserts the targets into the FCS's computer. The instructor follows the progress of this trainees and reduces tolerances and time allowances according to their proficiency.

An interesting feature of the TALAFIT when installed on a tank is that, although the hydraulic gun drive system is not required to operate, the gunner uses all his controls in the usual way and the relative displacements of reticule, background, target and shell tracer which result are the same as they would be if the tank was on the training ground or in combat.

SABCA is also active in the space sector. The firm is participating in the ARIANE and Spacelab programs. The company has developed and manufactures the hydraulic servo-actuators for the three stages of the ARIANE, as well as the fins and fairings, while it realized the Igloo and the Utility Support Structure (U.S.S.) for Spacelab. The company intends to continue its participation in space programmes based on the experience acquired in these three specializations and by exploiting commercially new technologies created through such programmes.

Largely unnoted by the world as a whole, Belgian industry contributes substantially to the progress of defence technology. The products have found and are finding their way into the major weapon systems of NATO and the Western world. Its future seems assured, and not only on this basis alone. Belgian-made equipment is being widely exported to the Third World where its quality and performance are highly regarded.

MILTECH



ISRAEL, INTELLIGENCE & INTERVENTION. The arrest of Israeli agent Jonathan Pollard in Washington has been previously mentioned (II 86, p. 7), as well as the many articles on Israeli espionage in the USA that this arrest has generated. Wilbur Crane Eveland III, former high US intelligence official, has recently shown ("Fingering Chaim Herzog", MEI, 10 I 86, pp. 14-15) that thorough Israeli intelligence penetration of US institutions has existed since the early 1950s. A current case of such penetration is now coming up with the reopening of the FBI investigation of Defense Department official Stephen Bryen (New Statesman, 14 II 86, p. 19).

Palestine Perspectives has recently reprinted the Daily Telegraph (3 X 85) article "PLO victims were Mossad agents" by John Bulloch. Indeed, the three Israelis killed on 30 X 85 in Larnaca, Cyprus, were MOSSAD agents and included Sylvia Rafael. Under the names of Esther Palzur or Patricia Roxburg, she has been instrumental in the assassination of high PLO officials such as Abu Hassan Salameh. She had been condemned in Norway for the murder in 1974 of a Moroccan waiter, Ahmed Bouchiki.

A new book on the BfV ("Bundesamt für Verfassungsschutz", counter-espionage) methods and activitiy has been published: Fritz Seibert, Schnüffer, Fälscher, Provokateure (VMB, Brücken Verlag, Ackerstr. 3, D-4000 Düsseldorf 1; 1985, 195 pp., 13 DM). In the Swiss weekly, Die Weltwoche (Zürich, 19 XII 85, p. 20-21), an article by Frank Garbely ("In der Not hilft den Drogenhändler die Polizei") describes in detail the story of drug dealers Eric Charlier & Albert Gillet and how they both worked with US & European police.

MILIPOL: a small Satory?

MT 3/86

The second International Exhibition for Police and Civil and Military Security (MILIPOL) opened its doors at Le Bourget from 26 to 29 November, 1985 — with twice the exhibiting space and three times the number of visitors compared with 1984. Although international by definition, this second event had more French exhibitors than the first. More than 160 companies — about 90% of which were French — displayed a very wide range of products, equipment and materiel, which could be roughly subdivided into seven major headings: communications, vehicles and components, engineering, arms and ammunition, optics and optronics, uniforms and textiles, and diverse items.

One is tempted to speak of a "mini Satory". However, it would be more straightforward to look at the exhibitors and their products as belonging to three main categories, as follows:

☐ Equipment and systems directly derived from military materiel, but adapted to the different operational conditions and/or to special requirements. This encompasses vehicles, arms and ammunition, communication and C² systems, and so on: these are often quite sophisticated products, developed on the basis of the same advanced technologies as those adopted for modern weapon systems.

☐ Materiel developed to fulfill requirements which are not specifically military, and which within armed services are usually handled by the Supply organisation: texiles, combat and training uniforms, depot equipment, etc.

☐ Equipment intended to meet specific requirements for police and security operations. Most notable within this category are the highly automated and computer-based systems for boundary or area surveillance, rapid access to stored data, analysis and identification of documents, fingerprints, and so on.

The presence of quasi-military products, or those directly derived from items used by the armed services, was a good enough reason for MILIPOL participation by the major industries supplying the French and other armies. Also important was the participation by electronics companies, which were exhibiting communication, surveillance and enchiphering/dechiphering equipment.

For instance, **Thomson-CSF** was showing the THOMFAX 3000 secure facsimile system (with built-in enciphering module), the TRC762 and TRC773B HF/VHF radiotelephone networks (with analogue and digital crypto equipment, respectively), a series of EW systems (HF/VHF/UHF COMINT interceptors, panoramic radiogoniometer, identification and jamming modules), as well as the new TRC950 frequency agile VHF/FM transmitter.

LMT-Radio Professionelle, a subsidiary of Thomson-CSF, presented the new RB12A Ku-band coherent pulse-doppler radar. This radar, a mock-up of which had already been exhibited at the previous Satory, has dimensions and weight more or less comparable to those of the OLIFANT infantry radar adopted by the French Army; able to pinpoint both persons on foot, and vehicles, it is intended to be used in fixed emplacements for area and perimeter surveillance. A network of five radars can be remote-controlled from a single small console, and a thermal imaging camera could be added to identify intruders. The RB12A should enter series production towards the end of 1986.

The well-kown RASIT radar, which, thanks to its 30 km range is suitable for surveillance of larger areas, was also on show.

Amongst other manufacturers of communication equipment, **TALCO** showed a very comprehensive range of VHF/UHF radiotelephones. **SECRE** presented a word processor with very low radioelectric emission, as well as an IBM-compatible Grid Compass portable micro-processor.

Night vision equipment (for both surveillance and aiming purposes) was displayed by **Sopelem** (vehicle-mounted systems), **Swarovski Optik** (aiming devices on Steyr weapons), and **TRT** (OB41 goggles for night driving and mine clearance, OB42 goggles for identification of vehicles, and the CALLIOPE portable thermal imaging camera, compatible with either a TV monitor or a binocular and already presented at Satory). The CALLIOPE camera, suitable for many different applications, is cooled by either a 0.33 l gas bottle or by a Split-Stirling engine with integral compressor.

Renault presented some new versions of vehicles already developed for armed services, as well as a number of chassis suitably modified and equipped by companies (such as **Heuliez, Carrier, Labbe**) which usually works for the *Géndarmerie* (French military police). One of the most interesting such vehicles was the VAB/VMO (Véhicule de Maintien de l' Ordre, internal security vehicle): conceived for anti-guerrilla and border surveillance duties; this latest version of the VAB (the standard model is being mass-produced for the French Army by Renault and Creusot Industries) is fitted with a diversified armament — gun-mortar, MG, grenade launcher, tear gas cartridge dispenser — and with a bulldozer blade for the removal of barricades. It carries a squad of twelve men, which can fire their individual weapons from inside the vehicle through vision blocks with integral firing ports.

Panhard was showing the police version of the ULTRAV M11 (VBL in French Army service) light 4x4 vehicle, which can be equipped with either a heavy MG or an anti-tank weapon system. Able to carry from two to six men under armour protection with a weight not exceeding 3.5 t, the ULTRAV M11 is suitable for many different missions; it is powered by a militarized version of the XD3T turbo-diesel engine adopted for the Peugeot 505 and 604 cars, coupled to a ZF transmission.

Individual weapons were of course well in evidence on the **GIAT** stand, with the FAMAS 5.56 mm assault rifle and the FRF2 7.62 mm sniper rifle, recently developed from the FRF1 sniper rifle and allowing for rapid adaptation of different types of magnification sights. Side arms had the lion's share on the **Matra** stand: in addition to its association with Manurhin, Matra is the sole distributor for France of SIG, Haemmerli and Sauer pistols — well known to police forces all over the world.

Matra-Manurhin Défense and four other French companies have recently teamed to establish the EFS Group (Equipement Forces de Sécurité), pooling their specific knowledge in all the sectors of arms, ammunition, pyrotechnics and protection equipment. The other four companies are **Société Française de Munitions** (main supplier of small-calibre ammunition to the French armed services), **Société Nationale des Poudres et Explosifs** (a leading French manufacturer of combustible powders, explosives, propellants and new materials), **Ruggieri** (well known for its pyrotechnics for both civil and military use) and **Secrets** (specialised in perimeter defence systems).

CGEE Alsthom displayed target systems allowing for training with both live and training ammunition; the movements of the target silhouettes can be controlled either manually or with pre-recorded programmes. A wide range of modular subsystems permits a complete fire training installation, easy to transport and to maintain, to be rapidly assembled according to customer's requirements.

To complete our survey of weapons and weapon-related equipment, **Lacroix** — well known to the habitués of Satory — showed various types of mortar tubes for scattering flare and smoke cartridges or rockets. The company is currently developing, in co-operation with GIAT, the variable-azimuth GALIX system to lob tear, smoke and flare cartridges.

But the highest number of new developments linked to the special requirements of police and security forces was to be found in the field of data handling and, more in general, processors.

CIMSA, a subsidiary of Thomson-CSF, displayed a whole family of data handling systems, allowing for control of sensitive areas or border lines, authentication of confidential documents, fingerprint identification, and so on. Within this family, IDATA is intended for fully-automatic production of security-sensitive personal documents (ID cards, passports, driving licenses); VUDATA groups and compares images provided by TV cameras with zoom lenses mounted on patrol cars, and displays them on a large screen at the central command station (the whole system being integrated into a communication network); QUIDATA provides immediate identification of all registered documents (ID cards, passports, and so on); and DIGIDATA is a fully-automatic system for fingerprint identification (the memory of each single system can store 1,000,000 fingerprints).

It must also be remembered that tailor-made systems, developed and manufactured on demand, are an important part of the overall market — particularly for sensitive points in developing countries' infrastructures. In the last couple of years, this situation has led **COFRAS** — a company specialised in providing technical assistance to countries which purchase French military equipment — to establish, within its Division Informatique, a sector specialised in the development and manufacture of complete surveillance and protection networks. These networks are based on many different types of sensors, with immediate processing of the alarm information and direct control of the interception and intervention systems.

☆☆☆

At this second event, MILIPOL has established itself as a useful exhibition for major weapons manufacturers which have identified the market for police and security equipment as a useful adjunct to their military activities. This applies both to their national markets — as a direct result of the urgent demand by police forces for more modern and efficient equipment, needed to meet new forms of violence and aggression such as terrorism — and, to a far larger extent, to the export markets. Many countries face an internal threat just as severe as the threat from across their borders, and in fact, the two are often linked. It is likely that the next MILIPOL in late 1986 will see an increased participation by foreign companies; for instance, this year the German participation was limited to **Liebherr** (crane-equipped wrecker and recovery trucks) and **Valentin Mehler** (camouflage suits, body armour, NBC vests). However, some other German, Swiss and Austrian companies were represented by their French associates.

The MILIPOL programme was rounded off by a series of conferences on the most serious problems today facing police and security forces (suppression of drug trafficking, anti-terrorism, airport security, and so on) and by firing demonstrations with both individual and squad weapons.



Military Technology · MILTECH · 3/86



INHALT

NEUE "SICHERHEITS"-GESETZE: DOKUMENTATION - KRITIK - MATERIALIEN, STAND: 1. MÄRZ 1986

Vertriebshinweise

Einzelbestellungen und Abos über:
Kirschkern-Vertrieb, Lietzenburgerstr. 99, 1000 Berlin 15

Buchhandels- und Gruppenbestellungen bitte nur an:
Redaktion CILIP, Winklerstr. 4a, 1000 Berlin 33

SDZ 1-4-86

Bei der Bekämpfung des Terrorismus

Rom und Washington wollen enger zusammenarbeiten

a. Rom (Eigener Bericht)

Die Vereinigten Staaten und Italien werden voraussichtlich im Mai ein gemeinsames Abkommen zur wirksameren Bekämpfung des internationalen Terrorismus unterzeichnen. Das Abkommen wird die zweiseitigen Bestimmungen ergänzen, die bereits seit 1984 zur gemeinsamen Bekämpfung organisierten Verbrechertums und des Drogenhandels bestehen.

Der amerikanische Justizminister Edwin Meese hat in Rom mit seinem italienischen Kollegen Mino Martinazzoli und mit Innenminister Oscar Scalfaro ausführliche Besprechungen über die engere Abstimmung polizeilicher und gerichtlicher Maßnahmen in beiden Ländern geführt. Meese hat darauf hingewiesen, daß gerade Italien durch seine Nachbarschaft zu Libyen durch Terroranschläge besonders gefährdet sei. Der libysche Staatschef Khadhafi stecke „hinter so vielen Anschlägen in der ganzen Welt". Der Erfahrungs- und Datenaustausch zwischen den Polizeibehörden Italiens und der Vereinigten Staaten soll weiter verstärkt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollen die italienischen und amerikanischen Fahnder auf verdächtige Kapitalüberweisungen zwischen beiden Staaten richten.

Waarheid
2-4-1986

BVD ronselt onder krakers

Van onze redactie binnenland

„Kan ik je even spreken? Ben jij Niko Manshanden?"
„Ja, hoezo?"
„Ik zou eens met je willen praten over hoe jij tegen de democratie aankijkt en wat je visie is op groepen die gebruik maken van ondemocratische middelen. Ik denk aan de harde acties die rond Zuid-Afrika gevoerd worden, maar dat is maar een voorbeeld."
„Wie bent u eigenlijk?"
„Ik werk bij de BVD."

Op deze wijze zijn volgens het weekblad Bluf! het laatste jaar acht bij haar bekende mensen door de BVD benaderd. Het lijkt erop dat de veiligheidsdienst deze winter fanatieker dan ooit bezig is geweest informanten te winnen onder krakers en andere actievoerders.

Uit de acht gevallen trekt Bluf! de conclusie dat de BVD heftig in „de beweging" geïnteresseerd is. Tegelijk waarschuwt redacteur Wijnand voor een „BVD-obsessie". „Het lijkt op het verlangen naar een geordend wereldbeeld. Waarin de smeris de belichaming is van de vijand, van al het kwaad. En de smeris is een prettige vijand, denk ik dan cynisch. Met de politie hoef je niet te discussiëren. Argumenten spelen geen rol, het komt aan op handelen. Wij tegen hen, en voor je het weet is de rest van Nederland gedegradeerd tot toeschouwer. Kan je in hen geen medestander meer zien en voel je je geïsoleerd."

Aan het isoleren van „radicalen" werkt de BVD van harte mee. In elke benadering zit een verwijzing naar gewelddadig versus geweldloos verzet: „relschoppers" van de Utrechtse Rembrandtkade, „het ontstaan van een soort CCC" en „extreem-linkse en extreem-rechtse organisaties". De BVD heeft daarentegen het beste voor met geweldloze linkse acties, zo lijkt het.

De keuze van benaderde mensen is niet toevallig. Bijna steeds zijn het mensen die een tijd lang erg actief zijn geweest, maar zich min of meer hebben teruggetrokken. Rutger, ex-medewerker van Bluf!, werd benaderd nadat hij definitief uit de redactie was gegaan. „Waarom vroegen ze juist mij?" vraagt hij zich af. „Wisten ze dat ik met Bluf! gestopt was, dat dat wellicht met ruzie gepaard was gegaan en dat ik daardoor rancuneus zou zijn en bereid tot praten?"

Niko was jarenlang actief in Onkruit en de kraakbeweging. Toen hij benaderd werd had hij een part-time baan en probeerde hij af te studeren, waardoor er minder tijd voor acties overbleef. Barbara, ex-medewerkster van Bluf!, werkt bij een video-persgroep, als ze op straat wordt aangesproken door een BVD'er.

Bij het benaderen, meestal op straat, stelt de BVD-agent zich voor en toont daarbij een pasje met foto. Het lijkt op een giropasje. De BVD'ers proberen het gesprek op straat zo kort mogelijk te houden. Hun enige doel is te komen tot een vervolgafspraak op een rustige plaats. Daar wordt het verzoek uitgesproken of men bereid is voor de BVD te werken als informant.

Op het verzoek om een vervolgafspraak zijn verschillende mensen ingegaan. Sofie, woonachtig in Dordrecht, is het verst gegaan met een soort dubbelspel. Zij heeft vier afspraken met „haar" agent gemaakt om meer te weten te komen over de werkwijze van de BVD.

In die periode krijgt ze een paar beginnersopdrachten „om op elkaar ingespeeld te raken". Zo moet ze in Rotterdam een paar tijdschriften kopen en in Amsterdam deelnemen aan de demonstratie voor Hans Kok en Hmidou Takhrifa.

Het dubbelspel eindigt omdat de BVD'er Sofie doorheeft. Dat ze de gesprekken opneemt op een walkman is hem niet ontgaan. Maar ook als dat niet zou zijn gebeurd zou haar dubbelspel niet lang hebben geduurd, aldus Bluf!. „Standaard lijkt dat zij pas echt met jou in zee gaan wanneer jij echt interessante informatie aan hen gaat vertellen." Fakeverhalen werken niet, omdat de BVD de informatie uit een andere bron zal checken.

De juiste houding tegenover de angstig makende BVD-berichten is niet gelegen in fixatie op de politie, meent Bluf!. Wijnand: „Toch zou ik willen dat deze pagina's over informanten, over hoe dichtbij de politie is, niet die manier van denken versterkt. Dat we te veel over de politie gaan praten en schrijven. Dat we ze te belangrijk maken. Want er mogen dan wel af en toe mensen door de BVD benaderd worden, veel vaker hebben we toch te maken met buren, journalisten die ons vragen stellen, kassajuffrouwen, actiegroepen en noem maar op. Ik wil hun vragen kunnen beantwoorden en niet alleen worstelen met de problemen waar de politie ons voor stelt."

COMMUNIQUE

We come to express our unreserved support to the daring activities of *"AL-Jihad al-Islamy"* organization,which give the rightful struggle of the oppressed Moslem masses in the Arab World a revolutionary nature through the assaults directed against International Imperialism and Zionism,and through unmasking the Arab reactionary forces headed by **Saoudi Arabia**.

In fact,through the deeds initiated by *"Al-Jihad al Islamy"*,the rightful outburst of the oppressed peoples in the Mid-East gains momentum.The struggle to liberate Western Armenia from the yoke of Turkish Fascism is part of this rightful outburst.

Long Live the revolutionary unity of deprived peoples!

Death to International Imperialism and Zionism,as well as to their puppets,Turkish Fascism and Arab reaction.

JANUARY 15,1985 ARMENIAN SECRET ARMY FOR THE LIBERATION OF ARMENIA

"AL-JIHAD AL-ISLAMY"

WARNS TURKEY

"AS-SAFIR" : 1.1.86

"Al-Jihad al-Islamy" organization threatened , yesterday , that it will continue to strike at American targets in the world and it warned Turkey that its embassies in Beirut and in other Arab and European capitals will be exposed to assaults if Ankara does not stop supporting the American and the Israeli policies in the area.

The above was mentioned in a communiqué sent by post to the office of the "Associated Press" in Beirut, and the agency received it yesterday.

The declaration said:

"On November 25, 1985 , the Supreme Leadership of the *"Al-Jihad al-Islamy"* organization held an urgent session dedicated to study the situation in the Mid-East and the policy of each of the US and Israel, as well as to the punitive operations directed against American Imperialism, Zionism and their tools.

"The Supreme Leadership of the *"Al-Jihad al-Islamy"* organization deduced that the situation in the Mid-East is still complicated and unstable due to America's policy of giving full support to the Israelis, in particular within the scope of equiping them with the most developed weapons and of the provocations on the shores of the Arab countries.

"The sacred Arab lands have been reduced to ruins and thousands of innocent women and old men have been killed and subjected to terror mercilessly by the Israeli invaders.

"The Turkish government also has been reduced into an instrument which implements both the American and the Israeli policies in the area. The Turkish embassies in Arab capitals have been turned into dens for espionage , where information is gathered for the CIA and the MOSSAD.

"The Supreme Leadership of *"Al-Jihad al-Islamy"* decided that the punitive operations against American Imperialism will relentlessly go on until the US stops meddling in the internal affairs of the Arab countries and refrains from backing the Israelis. Also, attacks with bombs, kidnappings and assassinating terrorists abroad will continue.

"Reagan the terrorist should know that other Americans embassies and warships will be subjected to explosions exactly like the American Embassy and the headquarters of the Marines in Beirut.

"The Supreme Leadership of *"Al-Jihad al-Islamy"* warns that the revenge operations against the Israeli userpers who terrorize the Lebanese and the Palestinian peoples will continue not only in the occupied Arab lands but also everywhere in this world.

"It is the duty of every Moslem to kill the Jews and their tools , wherever they may be ; and let Mubarak, the traitor to the Arab Cause remember that.

"The Supreme Leadership of the *"Al-Jihad al-Islamy"* organization forewarns the Turkish government to stop supporting the American and Israeli antagonistic policies , to refrain from its destructive activities in the Arab countries , and to purify the espionage dens inside its embassies and to stop helping the CIA and the MOSSAD or else the revenge operations will not exclude the Turkish embassies in Beirut, Baghdad, Teheran, Cairo, Tripoli, Bonn, Vienna, Paris and also other capitals.

"The *"Al-Jihad al-Islamy"* organization does not posses carriers, sub-marines, destroyers, aircrafts or rockets. However, it has combatants ready to die for the sake of God; and with God's protection we shall lead a sacred struggle against the usurpers and the enemies of the Islamic Revolution."



Lyndon LaRouche: Beyond the Fringe

He has a bizarre agenda, a menacing manner and candidates in almost 30 states

NEWSWEEK/APRIL 7, 1986

Q. Are you carrying your message in person out around the country these days?

A. Well, a little bit. I've had a number of security problems. The Colombian drug pushers have a hit out against me . . . The Soviets have been running nasty little operations against me. [FBI Director William] Webster and [Executive Assistant Director Oliver] Revell are adversaries of mine. You know, I have to worry like everybody does about the odd kook, particularly when I have this controversial image.

—Lyndon LaRouche
in a NEWSWEEK interview

It is not easy to be Lyndon LaRouche in these dangerous times. Privy to the secret workings of a worldwide drug conspiracy led by, among other sinister forces, the royal family of England; prophet of a coming world economic collapse; champion of fusion power, Star Wars weaponry and the oppressed masses of Africa: is it any wonder that LaRouche has to walk carefully, ringed by security guards at his Leesburg, Va., estate and toting, for safe measure, his own holstered handgun?

Baldish and bespectacled, with the aloof manner of a tax auditor and the world view of a tent-show revivalist, Lyndon H. LaRouche Jr. is a true American Gothic. The product of a New England Quaker upbringing, he came by way of Marxist economic theory and radical leftist activism to the leadership of a strident right-wing political organization that the conservative Heritage Foundation has called "one of the most bizarre cults in the history of the United States." For 10 years LaRouche has prowled the fringes of establishment politics, running for the presidency in 1976 on his own U.S. Labor Party ticket, as a Democrat in the 1980 primary campaign and a third time, in 1984, under the aegis of the National Democratic Policy Committee (NDPC), cunningly named to be easily confused with the Democratic Party. Each time he drew only a fraction of the vote and was dismissed as an eccentric nuisance. But two weeks ago voters in Illinois's Democratic primary elections were startled to find they had nominated a pair of NDPC candidates to run for the top-level offices of lieutenant governor and secretary of state—bringing the LaRouche party into notoriety.

Flustered political analysts immediately tried to minimize the significance of the upset victory by ascribing it to voter apathy and the "all-America" names of the victors, Mark Fairchild and Janice Hart. Whatever the reasons, the results have thrown the Democratic campaign into chaos. Last week Democratic gubernatorial nominee Adlai Stevenson III announced he would resign from the ticket rather than run with the LaRouchians and campaign as an independent against incumbent James Thompson.

Meanwhile, the Illinois insurgency has sent a political chill across the country. State organizations are suddenly awakening to LaRouchians in their midsts and taking measures to alert voters with educational mailings. In Texas, where LaRouche's NDPC says it has more than 200 candidates seeking office this year, state Democratic officials are busy denying LaRouchian charges that the party is sown with "traitors" who should be tried for treason. "I think of them as a cult," says Barbara Stanley, Harris County (Houston) chairman, who plans to send thousands of letters to party workers listing the NDPC candidates. In California, 130 are seeking public office, some of them as Republicans. Democrats are also checking their lists for "hidden" LaRouchians. "They hide behind the Democratic label and confuse people," says Diana Walsh, spokeswoman for the state's Democrats. Walsh says that party officials have warned candidates to look at the LaRouchians as formidable opponents. "We didn't take them seriously in the past," she says. "All that changed with Illinois."

Under the central leadership of the National Caucus of Labor Committees (NCLC), the LaRouche organization does show the earmarks of a cult. Members, indoctrinated with heavy doses of revisionist economics and 1970s-style encounter-group training, faithfully echo their leader's byzantine construction of contemporary events—for example, the charge that discriminatory policies of the International Monetary Fund are responsible for the AIDS "pandemic," and that an international cartel of Jewish and Italian bankers has been laundering "drug money." All these conspiracies, as well as alleged attacks on LaRouchians, are somehow tied to a Soviet plan for world domination.

As the originator of what Harvard political-economy Prof. Marc Roberts calls this "crazy and naive mixture of extreme-left and extreme-right arguments," Lyndon LaRouche is a figure no less enigmatic than his beliefs. From various sources, including interviews with NCLC defectors—most of whom prefer not to give their real names for fear of reprisals—emerges the portrait of a leader more intimidating than charismatic, more a dabbler than the brilliant economic theorist he and some of his followers believe him to be. There are also intimations that a romantic setback triggered a change in LaRouche's personality and a shift to a more authoritarian leadership style.

'Gray' childhood: According to a 1974 biography published in the NCLC press organ, New Solidarity, LaRouche was born Sept. 8, 1922, in Rochester, N.H., to "emphatically 'evangelical' Quaker" parents. It was a "gray" and isolated childhood, he has recalled; his sole consolation was reading Kant and the rationalist philosophers. Because of his Quaker background, during World War II he went to a conscientious objector's camp where he met former communists who introduced him to Karl Marx's "Das Kapital." Later, after serving in a noncombatant role overseas, he joined the Communist Party in Calcutta. Back home, having fallen out with the communists, he enrolled in the Socialist Workers Party, remaining a member well into the 1950s.

In the late 1960s LaRouche organized his NCLC from a splinter group of Students for a Democratic Society. "By 1971 or 1972 he had managed to attract 1,000 people around him," says Dennis King, a New York free-lance writer who has followed

LaRouche's activities since he first saw him lecture in the '60s. Like many public critics of LaRouche, King alleges he has been the object of an intense smear campaign orchestrated by LaRouche followers. In a recent television interview, for example, Hart called King a drug addict.

Beer and burgers: In the early days of the caucus, former members recall, there was an air of easygoing confidence in the organization. The theory was that another Great Depression was inevitable, and the "LaRouchies," as some called them, would take power "just like the Bolsheviks" by the end of the '70s. Members attended classes in Hegel, Marx and Kant and worked as regional organizers, fund raisers or NCLC publicists. Others worked up economic analyses that LaRouche sold to corporations to help finance his operations. At first it was possible to criticize the leader. "The worst one could be called was wrong," says Roy Palmer,* a regional director who left the organization in 1983. "LaRouche would join members after meetings for beer and hamburgers and was accessible to the outside world." But an abrupt change was coming.

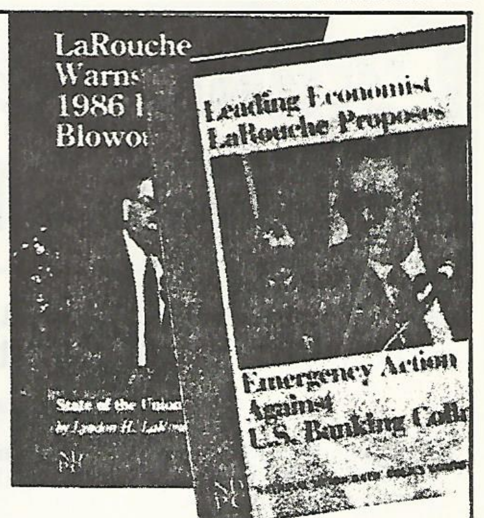
According to King, LaRouche had married a woman named Janice in the 1950s. They were divorced after having a son, Daniel, now in his 20s. LaRouche then began living with one of his followers. In 1972 the woman left LaRouche for another group member, and the two went to England. It was about that time, according to King and others, that LaRouche underwent a personality change. "All of the defectors say that definitely triggered a period of retreat," says King. "He would sit in his apartment with stockpiles of canned food and guards at the door."

Later, LaRouche married Helga Zepp, another group member whom he had first met in West Germany. Even so, the organization sunk to ever-darker paranoid depths. Roy Palmer says LaRouche began to purge members and put others in "sick bays" where leaders "psychoanalyzed" them "to find out what your mother did to you when you were three years old." There were "ego stripping" sessions where members were forced to reveal intimate details of their lives. LaRouche—defectors say—would accuse indecisive people of being homosexual or sexually impotent, and others were pressured to divorce spouses who were not members of the group.

There was no physical intimidation, but the rank and file were designated as "peons" in the organization's pecking order, working 18-hour days for a stipend of less than $100 a week. (The party paid for their housing, but bounced checks often resulted in members being evicted from their apartments.) Meanwhile, LaRouche and his executive committee traveled and dined lavishly, using credit cards. "It was the classic picture of the despot on top," says Jack Francis, a defector. There was festering resentment over the difference in lifestyles, but leaving the group was not easy. Many members, now in their 30s, had never held an outside job and didn't know how to find one. There was also considerable fear of the harassment the LaRouchians were capable of inflicting.

Virulent attack: Later, as his list of real or imagined enemies grew, LaRouche moved his headquarters from Manhattan to a closely guarded manor-house compound outside Leesburg, Va., which he seldom leaves for fear, he says, of assassination. Palmer thinks LaRouche's insulation from reality has increased over years of self-aggrandizement. "He really does believe he is whispering into the ear of power," Palmer says. In fact, the wide influence that the NCLC claims to have in Washington is generally discounted by observers. Rather, it is said to be a regular tactic of the group to phone up legislators and government officials and then claim them as "contacts."

That ploy is part of a ready bag of tricks the LaRouchians employ; similar deceptions are used to raise funds, recruit members and persuade unsuspecting citizens to run for office under their banner. The U.S. Attorney's office in Boston is investigating allegations that a half-dozen LaRouche groups have illegally used credit cards to transfer hundreds of thousands of dollars to their campaigns and publications. The investigation, under way for a year, alleges that LaRouche activists encourage travelers at airports to buy organization publications via credit card. When buyers get their bills



Queen Elizabeth II: LaRouche believes the British crown is plotting to subvert America. "The fight against illegal drugs," he says, "is nothing less than a war ... [to save] our youth from the destruction the British monarchy has projected for us."

Henry Kissinger: LaRouche thinks Kissinger betrayed the West and seeks to control the world. In 1984, for instance, he claimed that Kissinger had "explicit plans" to promote "genocide" in Africa.

David Rockefeller: The Rockefeller family is a LaRouche bête noire. The Rockefellers' "program for world reorganization," he wrote, "is modeled after the conceptions of Hitler's finance minister."

Jane Fonda: Targeted as an opponent of nuclear energy. An example of LaRouchian humor: "Feed Jane Fonda to the whales."

THE U.S. INTELLIGENCE COMMUNITY

JEFFREY RICHELSON

1985

Ballinger Publishing Company
A Subsidiary of Harper & Row, Publishers, Inc.
54 Church Street / Harvard Square
Cambridge, MA 02138

$16.95

[Printed in the United States of America]

ISBN 0-88730-025-1

The United States spends over $10 billion a year assimilating and monitoring security-related information around the world. Every hour of every day reconnaissance satellites, radar bases, signals intelligence systems, aircraft, vessels, and clandestine agents are marshalled in a prodigious effort to read the pulse of global politics and foreign enterprises.

THE U.S. INTELLIGENCE COMMUNITY is the first comprehensive portrait of the labyrinth of U.S. intelligence-gathering organizations whose true dimensions still remain shrouded in secrecy. Through the Freedom of Information Act, incisive interviews, and scrupulous research, Jeffrey Richelson has outlined the internal structure of the 30-odd organizations that comprise the U.S. intelligence community, and unveils a world known to most of us merely in terms of moles, spies, and spooks.

Richelson charts the evolution of the CIA, FBI, and military intelligence agencies and reveals the interrelationships between today's multifarious and awesomely sophisticated intelligence complexes. How are national security agendas born and carried out? What are the hierarchies and lines of power that shape and support the U.S. intelligence network? Who manages intelligence-collecting activities, and who hands down the orders for overt or covert involvement? More lucidly and more extensively than any single volume before, *THE U.S. INTELLIGENCE COMMUNITY* uncovers what intelligence is, who it is done by, and how it is perpetuated, interpreted, and used.

CONTENTS

Figure 4-3. Electronic Security Command Units Worldwide.

ELECTRONIC SECURITY COMMAND
Headquarters, San Antonio, Tex.

COMMANDER

Electronic Security, Pacific
Hq. Hickam AFB, Hawaii
- 6903d Electronic Security Group, Osan AB, Korea
- 6920th Electronic Security Group, Misawa AB, Japan
- 6922d Electronic Security Squadron, Clark AB, Philippines
- 6924th Electronic Security Squadron, Wheeler AFB, Hawaii
- 6990th Electronic Security Group, Kadena AB, Japan

Electronic Security, Strategic
Hq. Offutt AFB, Neb.
- 6949th Electronic Security Squadron, Offutt AFB, Neb.

Electronic Security, Alaska
Hq. Elmendorf, AFB, Alaska
- 6981st Electronic Security Squadron, Elmendorf AFB, Alaska
- 6985th Electronic Security Squadron, Eielson AFB, Alaska

Electronic Security, Tactical
Hq. Langley AFB, Va.
- Detachment 1, Eglin AFB, Fla.
- Hurlburt Field, Fla.
- Detachment 2, Davis-Monthan AFB, Ariz.
- Bergstrom AFB, Tex.
- Detachment 3, Nellis AFB, Nev.
- Shaw AFB, S.C.
- Tinker AFB, Okla.

Electronic Security, Europe
Hq. Ramstein AB, Germany
- 6910th Electronic Security Wing, Lindsey AS, Germany
- 6911th Electronic Security Squadron, Hahn AB, Germany
- 6912th Electronic Security Group, Tempelhof Airport, Berlin
- 6913th Electronic Security Squadron, Augsburg, Germany
- 6915th Electronic Security Squadron, Bad Aibling, Germany
- 6916th Electronic Security Squadron, Hellenikon AB, Greece
- 6917th Electronic Security Group, San Vito AS, Italy
- 6918th Electronic Security Squadron, Sembach AB, Germany
- 6931st Electronic Security Squadron, Iraklion AS, Crete, Greece
- 6950th Electronic Security Group, RAF Chicksands, UK
- 6952d Electronic Security Squadron, RAF Alconbury, UK
- 6988th Electronic Security Squadron, RAF Mildenhall, UK

DIRECT REPORTING UNITS

Air Force Electronic Warfare Center
Hq. San Antonio, Tex.
- 6940th Electronic Security Wing, Hq. Fort George G. Meade, Md.
- 6947th Electronic Security Squadron, Homestead AFB, Fla.
- 6994th Electronic Security Squadron, Fort George G. Meade, Md.

Air Force Cryptologic Support Center
Hq. San Antonio, Tex.
- 6960th Electronic Security Wing, Hq. San Antonio, Tex.
- 6906th Electronic Security Squadron
- 6948th Electronic Security Squadron
- 6993d Electronic Security Squadron